

Es wird eng Ein Heft über die Vereinigten Staaten von Amerika



Themen: Trump, Trumpismus, Demokratie; Armut der Arbeitenden; Mitbestimmung in Deutschland und den USA; Flüchtlingspolitik



Titelfoto:

Eines lehrt eine Reise durch Amerika: Es geht immer weiter. Dieser Highway führt durch Kalifornien.

[Foto: picture alliance / robertharding]

Editorial

- 5 **Flagge zeigen**
Jutta Allmendinger

Titelthema

- 7 **Das Problem heißt nicht Donald Trump**
Die lange Vorgeschichte der amerikanischen Gegenwart
Peter J. Katzenstein
- 10 **Worte und Taten**
Schon Donald Trumps Rhetorik ist gefährlich
Michael Zürn
- 12 **Tiefe Gräben in der politischen Kultur**
Sind die USA auf dem Weg zur defekten Demokratie?
Kilian Lüders und Wolfgang Merkel
- 16 **Radikale Dynamik**
Soziale Bewegungen und die Polarisierung der amerikanischen Politik
Sven Hutter
- 19 **Populistisch wählen?**
Elitenkritik, Nostalgie und Krisenstimmung in den USA und Deutschland
Heiko Giebler, Magdalena Hirsch, Benjamin Schürmann, Dietlind Stolle und Susanne Veit
- 23 **Wege aus der Erwerbsarmut in den USA**
Geschlecht und Herkunft entscheiden
Emanuela Struffolino und Zachary Van Winkle
- 26 **Das gelobtere Land im Norden**
Kanada und die Flüchtlinge aus den USA
Christine Keilholz
- 29 **Neue Mitglieder gewinnen**
Erfahrungen aus den USA können deutschen Gewerkschaften helfen
Wolfgang Schroeder
- 32 **Mehr Mitbestimmung**
US-Arbeitnehmer*innen wollen eine Stimme am Arbeitsplatz
Sigurt Vitols

- 35 **Wie die Wirtschaftswissenschaften zum Experiment kamen**
Ein deutsch-amerikanisches Gespräch
Steffen Huck und Daniel Friedman

Aus der aktuellen Forschung

- 38 **Die Hälfte von allem**
Warum ein Paritätsgesetz die Demokratie stärkt
Vanessa Wintermantel
- 41 **Nachgefragt bei Axel Schröder:**
Wie klappt der Wechsel von der Forschung in die Wirtschaft?
- 42 **Komplex ist das neue Normal**
Forschung muss mit der Widerständigkeit des Sozialen rechnen
Roland A. Römhildt

Aus dem WZB

- 45 **Konferenzbericht**
46 **Personalien**
49 **Vorschau: Veranstaltungen**
50 **Vorgestellt: Publikationen aus dem WZB**
52 **Nachlese: Das WZB im Dialog**

Zu guter Letzt

- 54 **Meine Forschung ganz groß**
Think-Tank-Analyse „live on air“
Dieter Plehwe

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 164, Juni 2019

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 491-0
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im
Jahr (März, Juni, September, Dezember)
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO
unentgeltlich

Redaktion

Dr. Harald Wilkoszewski (Leitung)
Gabriele Kammerer
Claudia Roth
Kerstin Schneider

Korrektorat

Martina Sander-Blanc

Dokumentation

Lisa Heck

Übersetzungen

Carsten Bösel (S. 23-25)
Gabriele Kammerer (S. 7-9; 35-37)
Kerstin Schneider (S. 32-34)

Texte in Absprache mit
der Redaktion
frei zum Nachdruck

Auflage

9.000

Abonnements: presse@wzb.eu

Foto S. 5: Boris Schaarschmidt

Gestaltung

Kognito Gestaltung, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag,
Paderborn



Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 190 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.





Flagge zeigen

In der ersten Jahreshälfte gab es für uns viel Anlass zur Freude: Es erreichte uns die offizielle Bestätigung, dass das WZB aufgrund der erfreulich positiven Evaluation für weitere sieben Jahre von Bund und Land finanziert wird. Die Aufstockung unseres Gebäudes geht flott voran: Im Frühjahr feierten wir zusammen mit den zuverlässigen Bauarbeitern Richtfest für die zwei neuen Stockwerke. Und zu unserem 50. Geburtstag diskutierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit und bei uns.

Niemand hatte geahnt, dass all dies plötzlich weit in den Hintergrund rücken würde. Am 9. April ging es um 11:30 Uhr im Saal 143 des Berliner Landgerichts um alles: um die Sicherung der Wissenschaftsfreiheit und um die Geschäftsgrundlage des WZB schlechthin. Erstmals klagte die AfD gegen eine wissenschaftliche Arbeit, gegen ein wissenschaftliches Institut. Die Landtagsfraktion der AfD in Thüringen wollte die weitere Verbreitung des WZB-Diskussionspapiers „Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten“, einer makellosen Arbeit unserer Forscher, unterbinden: Einige Schlussfolgerungen der Autoren hätten das Persönlichkeitsrecht der Fraktion verletzt – überhaupt sei der Studie die Wissenschaftlichkeit abzuspochen.

In ihrem klaren Urteil wies die Kammer des Berliner Landgerichts die Klage der AfD-Fraktion zurück: Das Diskussionspapier verletze die Persönlichkeitsrechte in keinem der vorgebrachten Punkte. Außerdem könne sich das WZB auf die in Artikel 5 des Grundgesetzes festgeschriebene Wissenschaftsfreiheit berufen. Im 70. Jahr ihres Inkrafttretens hätte uns unsere Verfassung nicht besser zeigen können, wie wertvoll die von ihr festgeschriebenen Prinzipien sind.

Der Vorfall verdeutlicht, wie schnell wissenschaftliche Arbeit auch in unserem Land ernststen Angriffen ausgesetzt sein kann. Dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen. Gemeinsam müssen wir zusammenstehen und Flagge zeigen gegen die Feinde der Wissenschaftsfreiheit.

Jutta Allmendinger



Wenn Donald Trump, der 45. Präsident der USA, seinen Amtsgeschäften nachgeht, dann tut er das unter dem strengen Blick von Andrew Jackson, der im 19. Jahrhundert der 7. Präsident des Landes war. In seinem Artikel zieht Peter J. Katzenstein eine direkte Linie zwischen den beiden: So singular die Figur des Donald Trump wirken mag, so tief verwurzelt ist seine Ideologie in der amerikanischen Tradition, zum Beispiel im Ethnonationalismus eines Andrew Jackson. (AP Photo/Alex Brandon)

Das Problem heißt nicht Donald Trump

Die lange Vorgeschichte der amerikanischen Gegenwart

Peter J. Katzenstein

Es gibt Donald Trump, und es gibt den Trumpismus. Beides ist nicht dasselbe. Amerika hat viele verschiedene Traditionen, die nach berühmten Präsidenten benannt sind, nach Madison, Jefferson, Wilson, Jackson. Selten tritt das Gute einer Traditionslinie ganz ohne schlechte Elemente aus einer anderen auf (und umgekehrt). Wenn wir nun nur auf die Schwächen von Donald Trump schauen, also seine Ignoranz, seine Vulgarität, seine Grobschlächtigkeit und seine autoritäre Art, oder auf seinen Politikstil, der darauf abzielt zu spalten, zu manipulieren, zu destabilisieren und zu korrumpieren, dann könnte man meinen: Wenn er abgewählt würde, könnte Amerika zu seiner normalen Form, seinem besseren Selbst zurückkehren. Weit gefehlt. Der Trumpismus ist ein Teil Amerikas. Um Walt Whitmans Gedicht „Song of Myself“ zu zitieren: „Widerspreche ich mir etwa? Es ist gut, wenn ich mir widerspreche – ich bin groß, ich umfasse vieles.“

Der Trumpismus ist keine Abnormität, er ist vielmehr der moderne Ableger einer amerikanischen Tradition, die auf den siebten Präsidenten der USA, Andrew Jackson, zurückgeht. Donald Trump mag leicht zu irritieren sein – der Trumpismus ist es nicht. Er ist an sich nicht kämpferisch, aber wenn er gereizt wird, dann kämpft er wild. Als Produkt des amerikanischen Kernlands ist er gegen die Eliten eingestellt, er ist anti-urban und rassistisch. Seitdem Newt Gingrich 1994 mit seinem „Vertrag mit Amerika“ den amerikanischen Populismus neu belebt hat, ist dieser auf beiden Seiten des politischen Spektrums gewachsen. Nach 2012 hat die Tea-Party-Bewegung im republikanischen Lager einen Aufstand angezettelt, der, mit Trump an der Spitze, schließlich die Partei übernommen hat. Die verbrauchte politische Kraft des Reaganismus konnte dieser Entwicklung nichts entgegensetzen. Sie hat allerdings davon profitiert, dass Millionen vorher vom politischen Prozess Ausgeschlossener jetzt mobilisiert wurden. In der demokratischen Partei wiederum belebte ab 2016 ein populistischer Aufstand den linken Flügel, was zu einem Erdrutschsieg bei den Kongresswahlen 2018 führte. Für die Präsidentschaftswahlen 2020 zeichnet sich so ein Duell zwischen Populisten ab.

Der Trumpismus hat sowohl den Mainstream der Konservativen als auch die intellektuellen Neo-Konservativen hinweggefegt. Damit hat er die konservative Bewegung in Amerika verändert. Einige Bestandteile des Reagan'schen Konzepts bestehen fort: Steuersenkungen, eine schlanke Regierung, starkes Militär, die bereitwillige Akzeptanz wachsender Ungleichheit, die Ablehnung oder zumindest Gleichgültigkeit gegenüber Umweltfragen und riesige Defizite. Neue Themen kamen dazu: Frauenfeindlichkeit, rassistische Vorurteile, Xenophobie.

Der Trumpismus ruht auf drei Pfeilern: Nationalismus, Religion und Ethnizität (Amerikaner sprechen hier schlicht von „race“/„Rasse“). Andrew Jackson war ein Ethnonationalist des 19. Jahrhunderts, der eine politische Revolution des kleinen Mannes ansah. Klein, also durchschnittlich war der Mann, solange er weiß war. Unter schottisch-irischen Siedlern und weißen Sklavenbesitzern der Südstaaten war der Ethnonationalismus fest verwurzelt. Er herrschte entlang der amerikanischen Siedlungsgrenze, an der Jackson einen völkermordähnlichen Krieg gegen die Eingeborenen führte. Jackson folgte dabei der Strategie, die imperialistische Siedler überall auf der Welt verfolgen: Land als „leer“ erklären und besiedeln und dann die vorhandenen Besiedler entfernen.

Summary: Donald Trump's presidency did not come out of the blue. Trumpist ideology can be neatly slotted into the history of American democracy. It is held up by the pillars of nationalism, evangelical Christianity, and an emphasis on ethnic identity, each of which is deeply rooted in the traditions and history of the United States.

Kurz gefasst: Die Präsidentschaft Donald Trumps ist kein unvorhersehbarer Unfall in der Geschichte der amerikanischen Demokratie. Die Ideologie des Trumpismus lässt sich vielmehr historisch einordnen. Sie ruht auf den Pfeilern von Nationalismus, evangelikaler Religion und einer Betonung ethnischer Identität – alles Elemente, die über starke Traditionslinien in der Geschichte der USA verwurzelt sind.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist der Jacksonianismus dreimal in Amerika aufgetreten. Joe McCarthys antikommunistische Hexenjagd in den frühen 1950er-Jahren entstand im Herzen Amerikas und richtete sich gegen das liberale Establishment an der Ostküste. In den 1990er-Jahren kandidierte Pat Buchanan dreimal als Präsident und machte mit protektionistischen und nationalistischen Ideen eine große Karriere als gesuchter Experte. Das Hauptthema der Präsidentschaftskampagne des Business-Tycoons Ross Perot im Jahr 1992 waren das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA und die vielen Jobs, die nach Kanada und Mexiko abwanderten. Perots Kandidatur für eine dritte Partei zog George H. W. Bush dem Älteren so viele Stimmen ab, dass der Newcomer Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wurde. Nach 2016 liefen diese Stränge des protestantischen Nativismus der 1950er- und des nationalistischen Populismus der 1990er-Jahre im Trumpismus zusammen.

Die zweite Säule des Trumpismus ist die Religion. Donald Trump selbst hat ein eher flüchtiges Verhältnis zur Religion. Er zieht Golfkurse Gottesdiensten vor. Was immer man davon halten mag – seine persönliche Lebensführung hat eine französische Note in den puritanischen Stil der amerikanischen Politik gebracht. In den republikanischen Vorwahlen war die christliche Rechte abgestoßen von diesem dreimal verheirateten, ehebrecherischen, selbstverliebten, grabschenden, zehnmal der sexuellen Belästigung angeklagten früheren Besitzers eines Striplokals. In der Hauptwahl stimmten dennoch 80 Prozent der weißen Evangelikalen für Donald Trump. Seither ist die christliche Rechte, mit wenigen Ausnahmen, zu einer starken Stütze des republikanischen Trumpismus geworden. Als er sein politisches Team zusammenstellte, ist Trump seinem Bündnis mit der christlichen Rechten treu geblieben: Einige seiner hochrangigen Berufungen (unter ihnen Vizepräsident Mike Pence, Wohnungsbauminister Ben Carson, Bildungsministerin Betsy DeVos, Energieminister Rick Perry und Außenminister Michael Pompeo) sollen einen kabinettinternen Bibelkreis unterhalten.

Europäer unterschätzen leicht die politische und soziale Kraft der organisierten Religion in Amerika. Seit 1945 haben der Aufstieg von Vorstadt-Kirchen, spirituelle Massenbewegungen und die religiöse Rechte dem Druck der Säkularisierung widerstanden. Amerikanische Kirchen haben das dichte Vereinsleben einer Zivilgesellschaft aufrechterhalten, die Alexis de Tocqueville fast zwei Jahrhunderte davor bewunderte. Auf der lokalen Ebene fangen die Kirchen die Schwächen des amerikanischen Staates auf. In nationalen Belangen ist die christliche Rechte seit den 1970ern – geeint durch die Unterstützung für Israel – eine starke konservative Kraft geworden, die starke antiislamische Ressentiments schürte und die in jüngerer Zeit eine Nähe zum orthodoxen Christentum in Russland entwickelte.

Die dritte Säule des Trumpismus ist die Kategorie „Rasse“. Seit Jahrzehnten hat der konservative Rassismus in Amerika die blinde Verliebtheit in den brutalen, imperialistischen europäischen Rassismus, die Teddy Roosevelt gezeigt hatte, abgelegt. Stattdessen näherte sich der konservative Rassismus einem liberalen Wilsonianismus an, der tief in Amerikas Siedler-Tradition verwurzelt war. Woodrow Wilson war ein Mann des Südens. Seine Ansichten über Ethnizität prägten die amerikanische Außenpolitik. Zum Befremden der japanischen Delegierten sprach sich Wilson beispielsweise beim Vertrag von Versailles 1919 gegen die Klausel einer rassischen Gleichheit aus. Ähnlich wurde die liberale Weltordnung nach 1945, die die USA gestalteten, von einer Koalition internationalistischer Demokraten aus dem Nordosten und segregationistischer Demokraten aus den Südstaaten getragen. Der Aufbau Deutschlands und Europas wurde also möglich durch ein politisches Arrangement in Amerika, das Afro-Amerikaner außen vor hielt.

Während der 1950er- und -60er-Jahre veränderten die Bürgerrechtsbewegung, Gerichtsentscheidungen und eine neue Gesetzgebung diese innenpolitische Lage. Die Demokraten verloren den Süden und wurden zu „Multikulturalisten“. Die Republikaner gewannen den Süden und kritisierten die „politische Korrektheit“. Das politische Wörterbuch Amerikas wurde um zwei Begriffe reicher. Und die unausweichliche demografische Zukunft Amerikas ist „nicht-weiß“. Illegale

Einwanderung und illegales Wählen sind zwei heiß umkämpfte Themen, ebenso wie die republikanische Strategie des Unterdrückens von Wahlen. Fragen der ethnischen Zugehörigkeit sind zu einem zentralen Element der amerikanischen Politik geworden, wobei alle Politiker Wähler gewinnen wollen, die sich selbst nicht für Rassisten halten. Trumps Kampagne und der Trumpismus haben Ethnizität sehr offen zu einem politischen Thema gemacht, indem sie zum Beispiel Zweifel über Präsident Obamas Geburtsurkunde gesät, Mexikaner zu „Mördern“ und „Vergewaltigern“ gemacht haben oder den Islam mit dem Islamischen Staat gleichsetzten.

Trump und der Trumpismus bekamen erst durch die prekären ökonomischen Bedingungen Auftrieb, denen viele Amerikaner ausgesetzt sind: Ihre Gesellschaft wird immer stärker geprägt durch wirtschaftliche Ungleichheit. Die ökonomisch Abgehängten, von denen Hillary Clinton sprach, waren von beiden Parteien über Jahrzehnte vergessen worden, und sie rächten sich, indem sie 2016 mit großer Mehrheit einen politischen Außenseiter wählten. Ihre Unterstützung für den Präsidenten ist nicht kleiner geworden – trotz des tiefen Sumpfs, den er nach Washington gebracht hat, trotz Steuerkürzungen, die vor allem Firmen und Reiche begünstigt haben, trotz seiner politischen Untätigkeit in den meisten Bereichen, in denen ihr Leben hätte verbessert werden können. Trotz all dieser Enttäuschungen hat die Jackson'sche Tradition, in der der Trumpismus steht, seine Anhänger fest im Griff.

Es gibt einen Spaghetti-Western von Sergio Leone, der wie eine Parabel auf die amerikanische Situation zu sehen ist. Treffender als der deutsche Titel („Zwei glorreiche Halunken“) ist hierfür der internationale: „The Good, the Bad and the Ugly“. Der Streifen erzählt die Geschichte von drei Revolverhelden, die im Chaos des Bürgerkriegs nach einem vergrabenen Schatz aus Gold der Südstaatenarmee suchen. Ein von Clint Eastwood verkörperter Kopfgeldjäger mordet nur zur Selbstverteidigung. Er will reich werden. Der sadistische Offizier der US-Armee, den Lee Van Cleef spielt, mordet, foltert und raubt. Gier zerfrisst ihn. Eli Wallachs Mexiko-Amerikaner schließlich wird nur von kurzfristigen Interessen angetrieben. In amerikanischen politischen Debatten gibt es traditionell zwei konkurrierende Bilder von Amerika: das gute Amerika (die USA als widerstrebende Supermacht) und das böse Amerika (die grenzenlose Expansion). Der Trumpismus und Trump nun richten unser Augenmerk auf das dritte, das hässliche Amerika. Hier geht es weder um den demokratischen Realismus der Konservativen noch um den interventionistischen Realismus der Liberalen. Das hässliche Amerika setzt auf einen transaktionalen Realismus, der von der Hoffnung auf kurzzeitige Gewinne angetrieben wird und von nationaler Größe träumt.

Niemand kann vorhersagen, wie lange und in welcher Form Hässlichkeit die amerikanische Politik beherrschen wird. Denn Sorge, Ekel und Wut bringen starke Anti-Trump- und Anti-Trumpismus-Bewegungen hervor. Aber man kann eines mutmaßen: Schon die Kraft von Amerikas vielfältigen Traditionen wird uns dazu zwingen, über das hässliche Amerika hinaus auch auf das böse und das gute Amerika zu blicken. Der Trumpismus ist ein unauslöschlicher Teil von Amerikas Vielfalt, und das lässt mich an diese Worte von Samuel Beckett aus dem Jahr 1953 denken: „Wir brauchen Grau. Aus Hell und Schwarz gemacht, kann es das eine oder das andere abstoßen, kann es das eine oder das andere sein. Allein.“



Peter J. Katzenstein ist Forschungsprofessor für Global Politics am WZB und Professor für Internationale Studien an der Cornell University, Ithaca. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die internationale politische Ökonomie sowie die internationale Sicherheits- und Kulturpolitik. [Foto: WZB]

pjk2@cornell.edu

Worte und Taten Schon Donald Trumps Rhetorik ist gefährlich

Michael Zürn

Summary: Some seek comfort in the assurance that Donald Trump's rhetoric does not directly translate into foreign policy measures. This may be partially true, but words, too, have consequences.

Kurz gefasst: Manche beruhigen uns mit dem Hinweis, dass die Worte von Donald Trump sich nicht direkt in außenpolitische Maßnahmen übersetzen. Das mag zum Teil zutreffen. Aber auch Worte sind Taten.

Gerne lausche ich den Worten meiner amerikanischen Kolleginnen und Freunde, die davor warnen, die außenpolitischen Wirkungen der Präsidentschaft von Donald Trump übermäßig zu dramatisieren. Das klingt dann ungefähr so: Ja, dieser Präsident und seine Außenpolitik sind eine Katastrophe. Handelskriege, die Kündigung des Pariser Abkommens und der Vereinbarungen mit dem Iran, das ist alles falsch. Aber die Effekte davon werden durch einen außenpolitischen Apparat und durch die starken *checks and balances* im amerikanischen politischen System gelindert, sodass alles reparabel bleibt. Die notwendige Kurskorrektur kann nach dem Wahlsieg einer demokratischen Kandidatin erfolgen. Sicherlich wird auch dann noch ein größerer Beitrag Deutschlands zur NATO gefordert werden, und auch Handelsungleichgewichte bleiben ein Thema, aber da müssen sich halt auch die Deutschen etwas bewegen. Ich lausche diesen Worten über die Einschätzung der Trump'schen Taten gerne, weil sie beruhigend sind. Wahrscheinlich sind sie auch zutreffend. Ich fürchte allerdings, dass die Wirkungen der Trump'schen Worte viel tiefer greifen und weniger reparabel sind.

Der Lektor meines Buchs „A Theory of Global Governance“ witzelte letztes Jahr kurz nach dem Erscheinen, dass wir es unbedingt an Donald Trump schicken sollten. Angesichts der bekannt gewordenen täglichen Leseleistung des amerikanischen Präsidenten errechnete ich, dass er unter Berücksichtigung der Sommerpausen voraussichtlich kurz nach Beendigung seiner ersten Amtszeit damit fertig sein müsste. Das empfand ich als ernüchternd. Doch als ich kurz darauf die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der Vereinigten Staaten mit dem Vorwort des Präsidenten sah, fragte ich mich überrascht, ob er zumindest das erste Kapitel meines Buchs bereits gelesen haben könnte.

Dieses erste Kapitel handelt von der normativen Grundierung des globalen politischen Systems. Demnach kann dann von einem globalen politischen System gesprochen werden, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: Erstens erkennen die Mitglieder des Systems an, dass es zumindest ein rudimentäres globales Gemeinwohl und zumindest einige Kollektivgüter jenseits des Nationalen gibt, deren Verwirklichung gemeinsam erreicht werden sollte. Zweitens existieren internationale Institutionen, die im Zweifelsfall auch gegen die kurzfristigen Interessen einzelner Mitglieder das Gemeinwohl durchsetzen können. Die Durchsetzungsfähigkeit beruht dabei weitgehend auf einem zwanglosen Zwang, das heißt der Anerkennung solcher Institutionen. Diese öffentlichen Autoritäten rechtfertigen sich drittens gegenüber denen, die von diesen Maßnahmen betroffen sind – egal ob mit guten Argumenten oder mit Manipulationsversuchen. Internationale Politiken müssen also vor einem breiten Publikum gerechtfertigt werden, zu dem neben der nationalen Öffentlichkeit eines Politikers andere Regierungen, andere Gesellschaften und eine imaginierte Weltgesellschaft gehören.

Ein globales politisches System, das diese Merkmale aufweist, ist in Ansätzen nach dem Zweiten Weltkrieg, spätestens aber mit dem Fall der Berliner Mauer entstanden. Ein solches System ist nicht notwendigerweise gerecht und friedlich, es ist gegenwärtig vielmehr von Machtasymmetrien, ungleichen Beteiligungschancen, materiellen Ungleichheiten, Protest, Widerstand und von (berechtigter) Kritik an vielen Politiken geprägt. Aber es beruht auf der Anerkennung einer globalen Schicksalsgemeinschaft, die den Nationalismus transzendiert. Die Anerkennung des globalen Systems impliziert, dass das sogenannte nationale Interesse nicht der letzte und höchste normative Referenzpunkt sein darf.

Die Radikalität, mit der der Präsident des Landes, das dieses globale politische System maßgeblich gestaltet hat, im Vorwort zur aktuellen NSS diese normativen Grundlagen unterläuft, ist vielleicht besorgniserregender als seine Taten. Seine Worte lassen die Putins, Xi Jinpings, Erdogans und Orbáns dieser Welt als rhetorische Apologeten von Global Governance erscheinen. Als ob Trump auf mein Kapitel antworten wollte, stellt er dabei zielgenau die drei genannten Grundlagen des globalen politischen Systems infrage. Erstens wird die bloße Idee eines globalen Gemeinwohls schlicht zurückgewiesen. Trump sieht eine von Konkurrenz geprägte Weltordnung. Insbesondere China und Russland werden als „rivalisierende Mächte“ gebrandmarkt, die den Einfluss der USA infrage stellten. In Trumps Worten: „My (sic) Administration’s National Security Strategy lays out a strategic vision for protecting the American people and preserving our way of life, promoting our prosperity, preserving peace through strength, and advancing American influence in the world.“ Gemeinsame Interessen, Kollektivgüter und ein globales Gemeinwohl kommen gar nicht erst vor. Und Frieden wird mit amerikanischer Dominanz gleichgesetzt. Dementsprechend sind zweitens auch politische Institutionen zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen überflüssig. Der Rückzug der USA aus dem Transpazifischen Handelsabkommen TPP sowie aus dem Klimavertrag von Paris werden von ihm daher als Erfolge seiner Politik gewertet. Drittens schließlich: Weder das Vorwort des Präsidenten noch das NSS-Papier vermitteln an irgendeiner Stelle den Eindruck, als würden sie sich an Menschen, Gruppen oder Regierungen außerhalb der USA wenden. Eine Rechtfertigung der Politik gegenüber all denen, die davon betroffen sind, findet nicht einmal versuchsweise statt. Vielmehr werden Maßstäbe der Politik entfaltet, die in ihrer Einseitigkeit die normative Grundierung des globalen politischen Systems unterminieren: der Schutz des US-Heimatlandes, die Förderung amerikanischen Wohlstands und wirtschaftlicher Sicherheit, die Verteidigung der amerikanischen Grenzen durch militärische Stärke und die Vergrößerung des amerikanischen Einflusses in der Welt. Die Weltgemeinschaft und das Kosmopolitische kommen konsequent nicht vor.

Damit unterscheidet sich der amerikanische Präsident in seiner Rhetorik von den Regierungschefs fast aller anderen Länder. Selbst Vladimir Putin und Xi Jinping versäumen es in ihren Grundsatzreden nicht, auf Aspekte eines globalen Gemeinwohls sowie auf die Notwendigkeit der internationalen Kooperation hinzuweisen und ihr Handeln auch mit Blick auf die Weltgemeinschaft zu rechtfertigen. Genau diese implizite Anerkennung normativer Grundlagen, gerade auch durch die Gegner einer westlich dominierten Ordnung, macht es sinnvoll, von einem globalen politischen System zu reden. Und diese zivilisatorische Errungenschaft scheint Donald Trump mit seiner Weltsicht, in der sich das Politische auf die Rivalität und das Nationale zu beschränken scheint, infrage zu stellen.

Die Trump’sche Feuerrhetorik ruft bei mir große Sorgen hervor. Sicher, Rhetorik und politische Praxis, Worte und Taten, sind nicht eins. Genauso wie viele konkrete Maßnahmen und Politiken der Putins und Erdogans ihre politische Rhetorik als leer und manipulativ erscheinen lassen, so hat die konkrete amerikanische Außenpolitik das globale politische System bisher nicht komplett negiert. Da haben die amerikanischen Kolleginnen und Freunde schon Recht. Auf den gut 60 Seiten der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie finden sich vereinzelt noch Hinweise auf dessen Anerkennung. Dennoch: In dem Maße, wie die Nationale Sicherheitsstrategie umgesetzt und die radikal-nationalistische Rhetorik fortgesetzt wird, sägen die USA an dem normativen Ast, auf dem das globale politische System sitzt. Sicher, das System ist defizitär und berücksichtigt die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsschichten in den westlichen Industrieländern und weiter Teile des Globalen Südens in unzureichender Weise. Das muss geändert werden. Eine Unterminierung der normativen Grundlagen des globalen politischen Systems ist aber schlicht unverantwortliches Zündeln. Ohne dieses globale politische System, seine Weiterentwicklung und verbesserte Legitimierung stehen uns schon in naher Zukunft eine Vielzahl an brutalen Krisen in unbekanntem Ausmaß bevor: eine Wirtschaftskrise, die an die frühen 1930er-Jahre erinnern wird, eine Klimakrise, die viele Tote fordern wird, und eine Migrationswelle, die die Rede von Obergrenzen und Mauern als lächerlich erscheinen lässt. Langfristig können Worte schlimmer wirken als Taten. Sie können die Bedingungen des Möglichen aufheben.



Michael Zuern ist Direktor der Abteilung Global Governance des WZB und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

michael.zuern@wzb.eu

Summary: Trump the opportunistic populist is frequently cast as the real threat to American democracy today. We counter this by arguing that American democracy was already fundamentally flawed before the election of Donald Trump. These flaws were even exacerbated during the presidency of Barack Obama. Viewed in this light, Trump seems to be profiting from tears in the democratic fabric more than causing them. At the same time, his discriminatory discourse only amplifies societal divides. This could well damage the hardware of the American constitution, even in the medium-term.

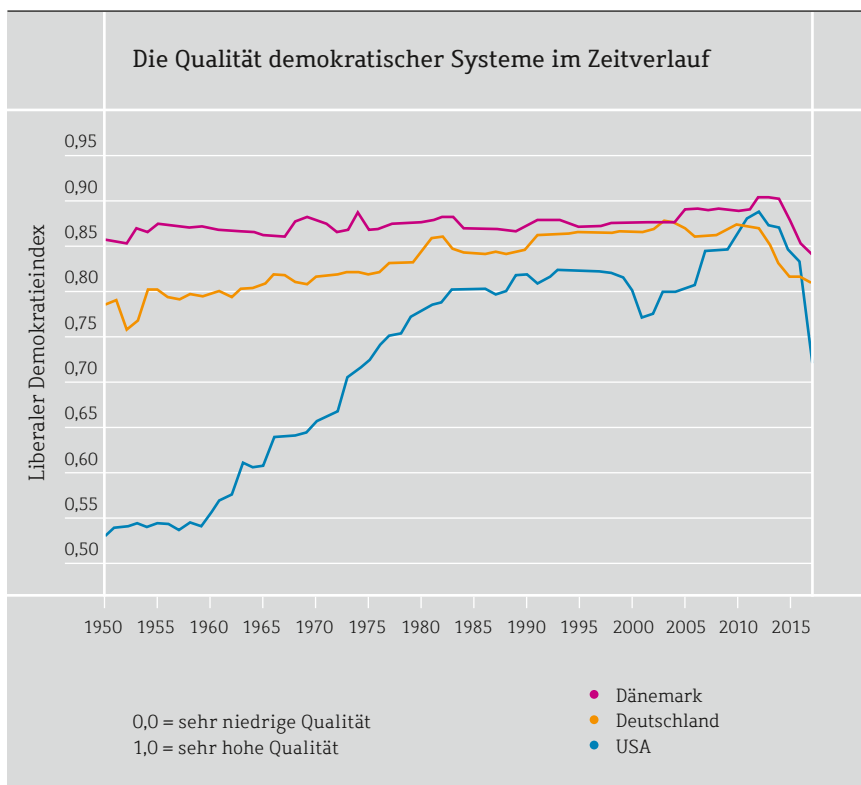
Kurz gefasst: Heute gilt der Opportunist und Populist Trump als die eigentliche Bedrohung für die Demokratie in Amerika. Wir argumentieren hingegen, dass die US-amerikanische Demokratie schon vor Donald Trump erhebliche Defekte aufwies. Diese haben sich nicht zuletzt während der Präsidentschaft von Barack Obama verschärft. Trump erscheint in diesem Licht eher als Nutznießer denn als Verursacher der Demokratiedefekte. Allerdings spalten seine diskriminierenden Diskurse die Gesellschaft noch zusätzlich. Dies könnte schon mittelfristig die institutionelle Hardware der amerikanischen Verfassung beschädigen.

Tiefe Gräben in der politischen Kultur Sind die USA auf dem Weg zur defekten Demokratie?

Kilian Lüders und Wolfgang Merkel

Nur selten hatten die USA eine schlechtere Presse als heute. Der Rechtspopulist Trump, ein Präsident mit ausgesucht schlechten Manieren, gewählt von ca. 27 Prozent der Wahlberechtigten, 39 Prozent der registrierten Wähler und 46 Prozent der tatsächlichen Wähler (Clinton: 48 Prozent), trägt mit seinen ständigen Tabubrüchen und der Transformation multilateraler demokratischer Politik in bilaterale „Deals“ wesentlich dazu bei, dass in der demokratischen Welt die Alarmglocken schrillen. In ihrem Bestseller *How Democracies Die* nehmen die beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt immer wieder die USA unter Donald Trump als Beispiel für liberale Demokratien, deren gewählter Präsident unter dem Verweis auf das Mehrheitsprinzip Minderheiten diskriminiert und autoritär durchregiert. Die Mehrheitsdemokratie ist ihm die eigentliche Verwirklichung der Volkssouveränität. Aber sind die USA tatsächlich weniger demokratisch als während der Amtszeiten Barack Obamas, George W. Bushs oder Bill Clintons? Befinden sich die USA auf dem Weg in eine „defekte Demokratie“?

Zur politischen Identitätskonstruktion der USA gehört seit jeher die Selbstbeschreibung, die älteste Demokratie der Neuzeit zu sein. So verortet der Politikwissenschaftler Samuel Huntington den Beginn der ersten Demokratisierungswelle im Jahr 1828: Damals durften zum ersten Mal mehr als 50 Prozent der erwachsenen weißen männlichen Bevölkerung die Regierung wählen. Bis tief in das 20. Jahrhundert hinein wurde allerdings das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht hinreichend verwirklicht. Erst 1965 gestanden die letzten Südstaaten Afroamerikanern das volle Wahlrecht zu. Die Beschreibung der USA als älteste Demokratie ist daher ein Mythos und hält einer empirischen Prüfung nicht stand. Das zeigen auch die Daten des Varieties-of-Democracy-Projekts (siehe Grafik). Während sein „liberaler Demokratieindex“ Ländern wie Deutschland und Dänemark seit den 1950er-Jahren durchgängig hohe Werte zwischen 80 und 90 Prozent zuweist, lagen die USA anfangs bei nur knapp 55 Prozent. Es ist in dieser Zeit nicht nur die Illiberalität der McCarthy-Ära, sondern auch die rassistische Segregation und Exklusion von Afroamerikanern in den Südstaaten, die die amerikanische Demokratie in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Mit der Bürgerrechtsbewegung, mehr Freiheits- und Wahlrechten beginnt die Qualität der Demokratie in den USA anhaltend zu steigen und sich ab



©WZB, Quelle: V-Dem-Projekt (www.v-dem.net)

den 1980er-Jahren jener Deutschlands und Dänemarks anzunähern. Nach einem Einschnitt um die Jahrtausendwende aufgrund von Ungereimtheiten bei der Präsidentenwahl von George W. Bush sowie den restriktiven innenpolitischen Antworten seiner Administration auf die Terrorattacken vom 11. September 2001 steigt die Qualität der US-Demokratie unter Bush jedoch schon bald wieder und erreicht 2011 einen Höchstwert von knapp 90 Prozent. Danach beginnt ein stetiger Absturz auf unter 75 Prozent. Ein guter Teil fällt – entgegen weitverbreiteter Annahmen – in die zweite Amtszeit Barack Obamas.

Was sind die Gründe dafür? Zunächst ist es die Qualität der US-Wahlen, die schon seit Längerem relativ niedrig ist, wie das international vergleichende Electoral Integrity Project eindrucksvoll dokumentiert. Dort wird die USA im Mittelfeld verortet, knapp hinter Tunesien und Argentinien, auf gleicher Höhe mit Peru und kurz vor Panama. Die US-Demokratie erlebt also keineswegs erst jetzt unter dem Rechtspopulisten Trump ihren Niedergang, sondern dieser vollzog sich nach genauerer empirischer Demokratiebeobachtung schon seit 2000 und entgegen aller Erwartung sehr prononciert unter Obama.

Hinzu kommt, dass in besonderer Weise liberale Rechte und gewaltkontrollierende Institutionen und Verfahren unter Druck geraten. So sind die *Checks and Balances*, mit denen die Kompetenzen von Präsident, Kongress, Senat und Justiz gewaltenschränkend austariert werden, gefährdet. Die Kontrolle des Präsidenten durch die Legislative hängt nicht nur von den Mehrheitsverhältnissen ab, auch das Selbstverständnis der Mitglieder von Repräsentantenhaus und Senat spielt eine entscheidende Rolle. So wurde in der Vergangenheit die legislative Gewaltkontrolle meistens dann konstruktiv verwirklicht, wenn der Kongress parteiübergreifend zusammenarbeitete, beispielsweise gegen Nixons „Watergate“ oder Roosevelts Versuche, die Amtszeit des Präsidenten zu verlängern. Seit geraumer Zeit ist jedoch eine verhärtete parteipolitische Konfrontation zu beobachten. Eine parteiübergreifende parlamentarische Kontrolle der Exekutive wird dadurch zunehmend erschwert.

Bereits unter der Präsidentschaft von George W. Bush kam es zur Absage führender Republikaner an eine Zusammenarbeit mit den Demokraten. Im Gegenzug blockierten die Demokraten häufig die Entscheidungen der Exekutive. Die Polarisierung der beiden Parteien nahm mit dem aggressiven Wahlkampf von 2008 zu und wurde von einflussreichen Medien, insbesondere dem umstritte-



Kilian Lüders ist wissenschaftliche Hilfskraft in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und studiert gegenwärtig im Masterstudiengang Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. (Foto: Martina Sander)

kilian.lueders@wzb.eu

nen Fernsehkanal *Fox News*, und der rechtskonservativen Tea Party angefacht. Die Kampagne setzte sich nach der Wahl fort und gipfelte in dem Vorwurf, Barack Obama sei nicht in den USA geboren; eine Verschwörungstheorie, an der sich führende Republikaner beteiligten. Obama galt unter Republikanern, wie Senator Ted Cruz verkündete, als „Threat to the rule of law“. Die Republikaner wandelten sich in ökonomisch brisanten Zeiten zur „Party of NO!“ – Blockaden von Entscheidungen durch die Legislative wurden zur Tagesordnung. Die Demokraten und Präsident Obama agierten jedoch nicht minder problematisch. Obama regierte weitgehend mit der Hilfe von Executive Orders, mit der Begründung: „We can't wait for an increasingly dysfunctional Congress to do its job. Where they won't act, I will.“

Die unversöhnliche Konfrontation, in der sich Republikaner und Demokraten befinden, spiegelt sich mittlerweile auch in den Einstellungen der Bürger wider. Dies betrifft nicht nur inhaltliche Fragen: Eine Umfrage von 2010 ergab, dass 33 Prozent der Demokraten und 49 Prozent der Republikaner nicht damit einverstanden wären, wenn das eigene Kind überparteilich heiraten würde. 1960 waren es nur 4 Prozent der Demokraten und 5 Prozent der Republikaner. Schon lange vor Trump entwickelte sich also eine starke Polarisierung der amerikanischen Wählerschaft, die dieser für seine extremen Wahlkampfbotschaften nutzen konnte.

Die Defekte der amerikanischen Demokratie sind wesentlich älter und liegen tiefer, als dass sie primär der Präsidentschaft Trumps zugerechnet werden könnten. Es sind vor allem drei langfristige Treiber, die das politische System stets aufs Neue unter Druck setzen:

- Das einstige Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung wurde durch neoliberale Deregulierung gestört. Während der Staat immer weniger Handlungsspielraum hat, bestimmen zunehmend Ölmagnaten, der militärisch-industrielle Komplex, Immobilien- und Finanzkonzerne wie auch die globalen Spieler der Informationstechnologie den Gang von Wirtschaft und Politik. Dazu haben alle US-Präsidenten seit Ronald Reagan beigetragen.
- Die angebotsorientierten Steuerreformen und die Wissensökonomie haben die Arbeit der traditionellen Arbeiterschichten zunehmend entwertet. Die sozioökonomische Ungleichheit – in den USA seit jeher bereits auf vergleichsweise hohem Niveau – ist gewachsen. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit provozieren nachweisbar politische Ungleichheit. So nimmt mindestens das untere Drittel der amerikanischen Bevölkerung nicht mehr am politischen Leben des Landes teil. Umfragen zeigen, dass dies für jegliche Form der politischen Partizipation gilt.
- Großmächte haben es generell schwerer, Demokratien auf hohem Niveau zu stabilisieren. Der Großmachtstatus verlangt den Einsatz militärischer Mittel nach außen, was wiederum die demokratische Herrschaftskontrolle der Exekutive nach innen erschwert. So hat die Instrumentalisierung des Globalen Krieges gegen den Terror nach dem 11. September 2001 dem Präsidenten auch im Innern enorme Machtbefugnisse beschert. Die Checks and Balances wurden teilweise außer Kraft gesetzt und den Sicherheitsapparaten eine nur schwer kontrollierbare Macht gegeben.

Dies ist die Lage, die der 45. Präsident der USA schon bei Amtsantritt vorgefunden hatte. Trumps Politik verschärft allerdings die Lage zusätzlich: So führt seine angebotsorientierte Steuerreform zu mehr sozialer Ungleichheit. Sein politischer Stil, der von bewussten sprachlichen Tabubrüchen und aggressiver Rhetorik geprägt ist, trägt dazu bei, dass die Gräben in der politischen Kultur des Landes noch tiefer werden.

Halten die Institutionen?

Trump's Handeln als Präsident erodiert die liberale Dimension der Demokratie durch Diffamierung, Exklusion und Populismus. Die Grenzen konstitutioneller

Verfahren werden stets getestet, häufig gedehnt, bisweilen auch überschritten. Minderheiten werden lächerlich gemacht oder verbal diskriminiert. Längerfristig beschädigt die von Trump verschärfte gesellschaftliche Polarisierung die diskursive Software der Demokratie. Die politische Öffentlichkeit dient nicht mehr der Verständigung, sondern der permanenten Inszenierung der Politik als Freund-Feind-Konflikt. Die große Frage aber lautet: Halten die Institutionen? Funktioniert die Gewaltkontrolle? Kann Trump auch die institutionelle Hardware der Demokratie beschädigen?

Bisher ist es Trump nicht gelungen, die demokratischen Institutionen substantiell zu beschädigen; jedenfalls nicht mehr als dies in den Jahrzehnten zuvor geschehen ist. Das mag eine unpopuläre Aussage sein, wird aber durch die unparteiischen Messungen von Varieties of Democracy (V-Dem) und anderen Demokratiemonitoren bestätigt. Auch vor den Kriegsverbrechen eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs, wie ihn G. W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld und die Neocons gegen den Irak geplant und ausgeführt hatten, hat er die Welt bisher verschont. Bei aller notwendigen und berechtigten Kritik an Trump kann eine neutrale Analyse nicht davon absehen, dass Trump eher der Nutznießer als der Verursacher der gegenwärtigen Malaisen der US-amerikanischen Demokratie ist. Der Verlust der republikanischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus setzt den populistischen Phantasien des Präsidenten legislative Grenzen. Die Demokratie der Vereinigten Staaten steht auf dem Prüfstand. Eine zweite Amtsperiode von Trump dürfte vor allem den liberalen Errungenschaften der Demokratie schaden. Es dürfte weiterhin den populistischen Irrglauben unter den Bürgern verstärken, dass Demokratie vor allem Mehrheitsherrschaft heißt und nicht auch Minderheitenschutz, Kompromiss, Inklusion und Fairness.

Wenn es aber nach Immanuel Kant möglich ist, die Institutionen einer guten Republik so zu ordnen, dass sie auch ein Volk von Teufeln regieren können („wenn sie nur Verstand haben“), warum sollten die erprobten Institutionen der amerikanischen Verfassung nicht auch einen Teufel im höchsten Amt im Zaum halten können – wenn allerdings, so muss man zweifelnd hinzufügen, dieser über Verstand verfügt.

Literatur

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. 1795.

Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel: How Democracies Die. New York: Crown 2018.

Merkel, Wolfgang: „Embedded and Defective Democracies“. In: Issue 5: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change. Democratization, 2004, Jg. 11, H. 5, S. 33–58.



Wolfgang Merkel ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB und Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. *[Foto: David Ausserhofer]*

wolfgang.merkel@wzb.eu

Radikale Dynamik Soziale Bewegungen und die Polarisierung der amerikanischen Politik

Swen Hutter

Summary: The political landscape of the U.S. is deeply polarized. In order to better understand the causes and characteristics of this polarization, social movements should be systematically included in the analysis of party politics and elections. From the civil rights movement of the 1960s up to the era of Donald Trump, mobilized minority groups continue to push Democrats and Republicans alike to the edges of the ideological spectrum. If we wish to explain these political trenches, we first have to bridge the gaps between different disciplines in political sociology.

Kurz gefasst: Die US-amerikanische Politik ist von einer starken Polarisierung geprägt. Um deren Ursachen und Ausprägungen besser zu verstehen, sollte die Rolle von sozialen Bewegungen systematisch in die Analyse des Parteienwettbewerbs und von Wahlen einbezogen werden. So waren und sind es mobilisierte Minderheiten, die seit der Hochphase der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er-Jahren bis zur Wahl Donald Trumps dazu beitragen, dass sich sowohl die Demokraten als auch die Republikaner stärker auf die Ränder des ideologischen Spektrums hinbewegten. Um die Entstehung dieser politischen Gräben zu erklären, müssen disziplinäre Gräben in der politischen Soziologie überbrückt werden.

Politische Parteien und soziale Bewegungen spielen für das Funktionieren demokratischer Repräsentation zentrale und sich oft ergänzende Rollen. Gerade in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren, der Ära der neuen sozialen Bewegungen und Gründung der Grünen und anderer links-libertärer Parteien, entstanden vermehrt konzeptionelle und empirische Arbeiten zum Verhältnis der beiden kollektiven Akteure, unter anderem von Dieter Rucht am WZB. Dabei wurde das Zusammenspiel von Bewegungen und Parteien als wesentlicher Mechanismus des Transfers sozialer Konflikte in den politischen Prozess angesehen: Bewegungen als Treiber und Parteien als Getriebene politischen Wandels.

Die heutige politische Soziologie ist allerdings geprägt durch eine starke disziplinäre Trennung zwischen Forschenden, die sich mit sozialen Bewegungen und Protesten beschäftigen, und jenen, die sich Parteien und Wahlen zuwenden. Zuletzt wurden jedoch wieder Brücken über diese disziplinären „Gräben“ gebaut, um die tatsächliche Dynamik politischer Konflikte besser verstehen zu können. Wichtige Impulse kamen dabei von US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, besonders von Doug McAdam, David S. Meyer, Karina Kloos und Sidney Tarrow.

Deren Studien verdeutlichen, dass gängige Annahmen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, insbesondere die klare Trennung und Zuordnung der einen zum etablierten Institutionensystem und der anderen zur außerparlamentarischen Opposition. Es scheint gerade ein Zeichen unserer Zeit zu sein, dass das Zusammenspiel von Bewegungen und Parteien nicht nur häufiger und enger, sondern auch konflikt- und folgenreicher geworden ist. Zudem bildet die momentane Repräsentationskrise, so die These, ideale Bedingungen für das Entstehen von hybriden Organisationen. Das sind Organisationen, die zugleich Bewegung und Partei sind und somit bestehende analytische Kategorien infrage stellen.

Der US-amerikanische Fall ist besonders aufschlussreich, da sich die extreme, fast täglich medial präsentierte Polarisierung nur verstehen lässt, wenn man den Einfluss radikaler mobilisierter Minderheiten auf die Demokraten und Republikaner mit einbezieht. Diese oftmals unüberbrückbar scheinenden politischen Gräben zwischen den Parteien spiegeln dabei in keiner Weise die Einstellungen der Bevölkerung wider.

Es war vor allem die Interaktion von Bewegungen und Parteien, die seit der Hochphase der Bürgerrechtsbewegung in den 1960ern und ihrer Gegenmobilisierung dazu führte, dass die Parteien immer weniger die gemäßigte Wählerschaft im Blick hatten, sondern auf Gruppen am ideologischen Rand reagierten, die eher Bewegungen entsprachen. Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten sollte also nicht als einmaliges Phänomen interpretiert werden, auch wenn dieser Präsident so viel einmalig Befremdliches an sich haben mag. Sein Erfolg ist eher eine Folge der langfristigen Entwicklung der US-amerikanischen Politik.

In ihrem Buch *Deeply Divided* zeichnen Doug McAdam und Karina Kloos nach, wie sich die Dynamik der US-Politik seit der Nachkriegszeit verändert hat. Der historische Rückblick zeigt, dass nicht die gegenwärtige Situation eine Anomalie ist, sondern vielmehr die Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Periode

zeichnet sich aus durch eine programmatische Konvergenz der beiden Parteien und eine relativ geringe Protestmobilisierung.

Diese zwei Merkmale änderten sich dramatisch mit dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Gegner. Seitdem lassen sich bei Demokraten wie Republikanern mehrfach Radikalisierungen beobachten, die einem ähnlichen Mechanismus unterliegen: Ausgelöst durch eine enge Kopplung von Organisationen und Parteibasis im Vorwahlkampf interagieren Bewegung und Partei so lange, bis sich Personal und Programmatik radikalisiert. Dabei vergrößern eine niedrige Wahlbeteiligung in den Vorwahlen und der fortschreitende Machtverlust der Parteieliten den Einfluss mobilisierter Minderheiten. Gleichzeitig schränkt eine enge programmatische und personelle Bindung den Spielraum der Partei ein, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen soll. Dieser Effekt nimmt meist durch eine reaktive Mobilisierung der enttäuschten Bewegungsbasis nach der Wahl zu. Während eine Mobilisierung vor der Wahl die Partei stärkt, verschärft sie nach der Wahl die generelle Spannung zwischen der Logik von Bewegungen und Parteien.

Sowohl die linke Wende der Demokraten im Zuge der Bürgerrechtsbewegung Mitte der 1960er-Jahre als auch der radikale Rechtsruck der Republikaner aufgrund der Gegenbewegung „White Resistance“ ein paar Jahre später folgten diesem hier nur kurz und schematisch skizzierten Mechanismus. Auch für das Verständnis der gegenwärtigen Situation in den USA ist er hilfreich. Die erneute Radikalisierung der Republikaner durch die Tea Party in den vergangenen zehn Jahren ist wohl das beste Beispiel für die „bewegungs-induzierte“ Radikalisierung einer Partei.

Die Tea-Party-Bewegung entstand 2009 aus verschiedenen Protesten, deren konkreter Anlass der Missmut gegen die Bankenrettung nach der globalen Finanzkrise 2007/2008 und die generelle Opposition gegen „zu viel Staat“ war. Über die Zeit kristallisierte sich jedoch die stark rassistisch motivierte Ablehnung von Präsident Obama als zentrale Klammer der Bewegung heraus. Die Tea-Party-Bewegung mobilisierte ihre Anhängerschaft zunächst massiv auf der Straße. Es dauerte aber kaum eineinhalb Jahre bis die Bewegung – die von Beginn an eine aktivistische Basis einflussreicher Sponsoren mit der Unterstützung rechter Medien kombinierte – ihre Präsenz in der Wahlarena gefestigt hatte.

Die republikanischen Zugewinne bei den Zwischenwahlen 2010 waren Ausdruck der Transformation der Tea Party. Zwar entsprachen die Verluste der regierenden Demokraten dem gängigen Muster. Ihr Ausmaß wurde aber durch mindestens drei Faktoren verstärkt: die Revitalisierung einer enttäuschten republikanischen Basis durch die Proteste der Tea Party, die hohe Medienpräsenz ihrer Anti-Staatsagenda und die enorme finanzielle Unterstützung für Kandidierende, die der Tea Party nahestanden. Diese drei Faktoren illustrieren den ersten Akt des vorhin beschriebenen Mechanismus. Die nachfolgende Eskalation inner- und zwischenparteilicher Konflikte – vom massivem Einsatz von Filibustern über die Verzögerung von Amtsbesetzungen hin zur Regierungsstilllegung im Jahr 2013 – verdeutlichen den zweiten Akt nach der Wahl: die zunehmende Unfähigkeit zum politischen Kompromiss nach bewegungs-induzierten Wahlerfolgen einer Partei.

Laut David S. Meyer und Sidney Tarrow ist diese wechselseitige „Bewegungswerdung“ (*Movementization*) der US-amerikanischen Parteien ein zentraler Hintergrund, vor dem die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten zu interpretieren ist. Die programmatische und personelle Radikalisierung der Republikaner durch die Tea-Party-Bewegung öffnete eine günstige Gelegenheit für seine radikale und populistische Agenda. Nach dieser Interpretation ist Trumps Durchmarsch bei den Vorwahlen 2016 die Zuspitzung eines Jahrzehnte andauernden Prozesses, der zurückreicht in die Zeiten der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Gegenmobilisierung. Der Erfolg kann also nicht nur auf strategische Machtkalküle oder die Zusammensetzung der Wählerschaft zurückgeführt werden.

Lassen sich diese Beobachtungen gleichermaßen auf Europa übertragen? Nur bedingt: Denn die Dynamik, die diese Prozesse in den USA entfalten konnten,



Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

swen.hutter@wzb.eu

wird mitangefacht durch die Logik des Zwei-Parteiensystems, relativ schwache Parteiorganisationen und die Bedeutung der Vorwahlen – Merkmale, die die politische Landschaft in den meisten Ländern Europas nicht aufweist.

Gleichzeitig greift diese Antwort zu kurz, wenn wir uns die weitreichenden Veränderungen der europäischen Parteiensysteme in den letzten Jahrzehnten genauer anschauen. Dazu gehört der Aufstieg neuer parteipolitischer Herausforderer, insbesondere populistischer Parteien zur Rechten und Linken. Die Beispiele reichen von der Alternative für Deutschland über die spanische Podemos hin zur italienischen Fünf-Sterne-Bewegung. Diese Herausforderer sind Ausdruck und Treiber der Restrukturierung des politischen Wettbewerbs und stehen für den Aufstieg neuer Konfliktlinien. Wichtig ist, dass sich diese neuen Formationen oft nicht nur in ihren Inhalten und Positionen, sondern auch in ihrer Form von traditionellen Parteien unterscheiden. Im Zug der Restrukturierung politischer Konflikte, so die These, haben sich auch in Europa die „Landschaften“ und Dynamiken politischer Mobilisierung grundlegend gewandelt. Dabei mögen Parteien weniger als Arenen der Auseinandersetzung dienen, wie dies in den USA der Fall ist; dennoch tun wir gut daran, die US-amerikanische Forschung zum dynamischen Zusammenspiel von Parteien und Bewegungen sowie dem Aufstieg hybrider Formationen genau zur Kenntnis zu nehmen.

Eine Gemeinsamkeit mit den USA ist, dass sich auch die europäischen Demokratien in einer Repräsentationskrise befinden. Sie ist gekennzeichnet durch instabile Repräsentationsmuster und Bürgerinnen und Bürger, die glauben, dass sie nicht ausreichend politisch vertreten werden. Sie zeigt sich in veränderten politischen Einstellungen, wie zunehmendem politischem Misstrauen und Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, und durch verändertes politisches Verhalten: Wahlenthaltungen, Volatilität und zunehmende Protestmobilisierung. Wir müssen weiter forschen, um aufzuzeigen, ob und wie sich die Interaktionen zwischen Bewegungen und Parteien systematisch unter Bedingungen einer solchen Repräsentationskrise verändern. Wie eingangs erwähnt, ist meine Erwartung, dass sie nicht nur häufiger und enger, sondern auch konflikt- und folgenreicher werden. Hierfür liefert der Blick über den Atlantik viel Anschauungsmaterial.

Literatur

Hutter, Swen/ Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine: „Social Movements in Interaction with Political Parties“. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi/Holly J. McCammon: (Hg.): *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. Zweite Auflage. Oxford: Wiley Blackwell: 2019, S. 322–337.

McAdam, Doug/Kloos, Karina: *Deeply Divided: Racial Politics and Social Movements in Postwar America*. Oxford: Oxford University Press 2016.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Resistance: The Dawn of the Anti-Trump Opposition Movement*. Oxford: Oxford University Press 2018.

Rucht, Dieter: „Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien“. In: *Journal für angewandte Sozialforschung*, 1987, Jg. 27, H. 3/4, S. 297–313.

Populistisch wählen? Elitenkritik, Nostalgie und Krisenstimmung in den USA und Deutschland

Heiko Giebler, Magdalena Hirsch, Benjamin Schürmann, Dietlind Stolle und Susanne Veit

In Deutschland wie in den USA kam es innerhalb etwa eines Jahres zu großen politischen Überraschungen und Umbrüchen: In Deutschland wurde bei der Bundestagswahl 2017 die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) mit knapp 13 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft. Inzwischen ist sie in allen Landtagen vertreten und nach aktuellen Umfragen in einigen ostdeutschen Bundesländern nicht weit davon entfernt, die meisten Stimmen aller Parteien zu gewinnen. Wir sehen im Erstarken der AfD einen historisch bedingten „Nachzüglereffekt“: In anderen europäischen Demokratien wie Österreich, Frankreich, den Niederlanden, aber auch in vielen nordeuropäischen Ländern sind populistische Parteien am rechten Rand schon lange Teil des Parteienspektrums. Auf der anderen Seite des Atlantiks gewann im Jahr vor der Bundestagswahl Donald Trump mit zwar einer Minderheit der Stimmen, aber einem Sieg im Wahlkollegium die US-Präsidentschaftswahl. Schon die Kandidatur des polarisierenden Unternehmers sorgte vielerorts für Stirnrunzeln. Mit seinem Sieg in den republikanischen Vorwahlen wurde klar, dass sich im Zusammenspiel mit der Tea-Party-Bewegung im rechtskonservativen Spektrum der USA etwas verändert hatte. Der Wahlkampf zwischen Donald Trump und Hillary Clinton war selbst für US-amerikanische Verhältnisse bombastisch und endete überraschend. Ähnlich wie beim Brexit-Referendum rieben sich am Wahlabend Menschen in vielen Ländern verwundert die Augen, als sie feststellten, dass der politische Anfänger Donald Trump neuer US-Präsident werden würde.

Die politischen Systeme, die Medienkulturen und die Lebensrealitäten in den USA und Deutschland sind zwar sehr unterschiedlich, doch die Parallelen sind nicht zu übersehen: In beiden Ländern fanden populistische Inhalte, Rhetorik und Stile zunehmende Unterstützung in der Bevölkerung. Zu beobachten ist außerdem eine Polarisierung des Politischen, die vor allem in neuen und alten Medien sichtbar wird – aber auch in der Tagespolitik.

Es wurde und wird viel darüber spekuliert, wie es zum Erstarken der AfD beziehungsweise zum Wahlerfolg Trumps kommen konnte. Bei der Frage nach den Ursachen für den Erfolg der AfD oder Donald Trumps helfen soziodemografische Faktoren wenig weiter: Weder in Deutschland noch in den USA sind es ausschließlich sozial abgehängte Personen, die für die AfD oder Trump gestimmt haben. Nicht von der Hand zu weisen sind hingegen starke Effekte rechter und autoritärer Positionen in soziokulturellen Fragen, also etwa in der Migrations- und Integrationspolitik, bei Rechten von Frauen oder sexuellen Minderheiten, aber auch im Umweltschutz. Hier bietet die AfD durchaus buchstäblich eine Alternative zu vielen Parteien in Deutschland. Ein ähnliches Bild ergibt sich in den USA, wo Donald Trump, spätestens seit dem Präsidentschaftswahlkampf, in nahezu allen Politikfeldern das rechte Spektrum besetzt.

Im Rahmen aktueller Forschung am WZB und an der McGill Universität in Montreal (Kanada) nehmen wir den Einfluss politischer Präferenzen ernst, gehen aber einen Schritt zurück und wollen vertiefend untersuchen, warum Akteure wie die AfD oder Trump auf dieser Grundlage erfolgreich sein können. Vieles spricht dafür, dass es nicht nur die konkreten politischen Inhalte sind, die Menschen mobilisieren. Es scheint vielmehr, dass Faktoren wie Anti-Elitismus und die romantisierende Rückbesinnung auf ein – nicht zwangsläufig, aber meist dann doch ethnisch – homogenes Volk sowie auf eine vermeintlich goldene Ver-

Summary: Both, in Germany as well as the USA, right-wing populist voters are characterized by anti-elitist attitudes and glorification of the past. However, differences between such voters and the general public are more substantive in Germany and only in Germany right-wing populist voters are also characterized by a strong sense of societal crisis. Hence, AfD supporters comply more with the typical populist citizen than supporters of Donald Trump who – partly driven by the electoral system – attracts a more heterogeneous electorate.

Kurz gefasst: Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien zeichnen sich in den USA wie in Deutschland durch Anti-Eliten-Einstellungen und eine Verklärung der Vergangenheit aus, wobei der Unterschied zur Gesamtbevölkerung in Deutschland größer ist. Krisenwahrnehmung ist sogar nur dort ein Merkmal rechtspopulistischer Wählerschaft. AfD-Unterstützer*innen entsprechen so deutlicher dem typischen Bild der Populisten als die Wähler*innen von Donald Trump, der, auch bedingt durch das Wahlsystem, eine heterogenere Wähler*innenschaft anzieht.



Magdalena Hirsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Brückenprojekt „Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus“. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Migration, Integration und interkulturelle Konflikte. (Foto: Martina Sander)

magdalena.hirsch@wzb.eu

gangenheit ebenfalls von zentraler Bedeutung sind. In Zeiten von Globalisierung und gesellschaftlichen Umbrüchen werden in vielen Teilen der Gesellschaft Unsicherheiten ausgelöst, die anscheinend von etablierten politischen Akteur*innen nicht (mehr) aufgefangen werden können. Der Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko oder der Kampf für Kohlebergbau und den Erhalt des Dieselmotors werden dabei zu Symbolen der „einfachen“ Lösungen, zur Beschwichtigung der Ängste vieler Bevölkerungsgruppen. Vielleicht hängt also der Erfolg der populistischen Akteur*innen mit den Auswirkungen massiver Umbrüche zusammen, die von Teilen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen abgelehnt oder zumindest kritisch betrachtet werden. Lässt sich tatsächlich zeigen, dass solche Faktoren für den Erfolg der AfD und Trump eine Rolle spielen? Und: ergibt sich für beide Länder trotz vieler Unterschiede ein vergleichbares Bild?

Die sozialwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre hat wichtige Faktoren im populistischen Weltbild identifiziert: Die Basis bilden die sogenannten populistischen Einstellungen, in denen sich eine hohe Unzufriedenheit mit etablierten politischen Akteuren und existierenden demokratischen Institutionen widerspiegelt. Die populistische Idee beruht auf einem antagonistischen Weltbild, das das gute Volk der korrupten politischen Elite gegenüberstellt. Die politische Klasse selbst, wie auch die Prinzipien und Prozesse in liberalen repräsentativen Demokratien (zum Beispiel Pluralismus oder Minderheitenschutz), werden als unterdrückend empfunden und abgelehnt, da sie der direkten Realisierung des Volkswillens entgegenstehen. Populistische Akteur*innen präsentieren sich als Vertreter*innen dieses Volkswillens und damit der „schweigenden Mehrheit“. Gleichzeitig ist mit der Anti-Eliten-Kritik häufig eine hohe Unsicherheit und das subjektive Gefühl verknüpft, dass sich die Gesellschaft in einer tiefen (durch die Eliten erzeugten) Krise befindet. Der aktuelle Zustand der Gesellschaft wird dabei mit einem idealisierten Bild einer besseren Vergangenheit abgeglichen, in der die Dinge noch so waren, wie sie sein sollten. Somit wird die offene Gesellschaft in der globalisierten Welt als Konsequenz eines wahrgenommenen liberalen Elitenkonsenses empfunden und zum Feindbild der Populisten auserkoren.

Um herauszufinden, welche Rolle populistische Einstellungen, Nostalgie und das Empfinden einer ernststen Gesellschaftskrise für populistische Wahlentscheidungen spielen, haben wir im Winter 2017 in Deutschland und im Frühling 2018 in den USA jeweils mehr als 2.000 repräsentativ ausgewählte Teilnehmer*innen befragt. Wir greifen auf eine relativ einfache Unterscheidung der Wähler*innen zurück und vergleichen in den USA jene Personen, die angaben, 2016 für Trump gestimmt zu haben, mit allen anderen Personen, die an der Wahl teilgenommen haben. Für Deutschland verfahren wir analog und stellen AfD-Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2017 Wähler*innen anderer Parteien gegenüber.

Im Vergleich zur AfD – und nicht zuletzt auch durch das spezifische Wahl- und Zweiparteiensystems bedingt – hat Donald Trump deutlich mehr Stimmen und damit auch eine relativ breite Gruppe der US- Bevölkerung für sich gewonnen. Die AfD wurde dahingegen von einer deutlich kleineren und entsprechend wohl auch homogeneren Gruppe gewählt. Die Unterschiede zwischen dieser Gruppe und der Wählerschaft anderer Parteien dürften also größer sein als in den USA. Zu berücksichtigen ist, dass die Befragung in den USA einige Zeit nach der Wahl stattgefunden hat – die Positionen von Wähler*innen und Gegner*innen Donald Trumps können sich also im Laufe der Amtszeit verändert haben.

Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Ausprägung populistischer Merkmale in den einzelnen Gruppen. Höhere Werte bedeuten dabei stärker ausgeprägte populistische Einstellungen, Nostalgie und Krisenwahrnehmung. Vier Einsichten ergeben sich:

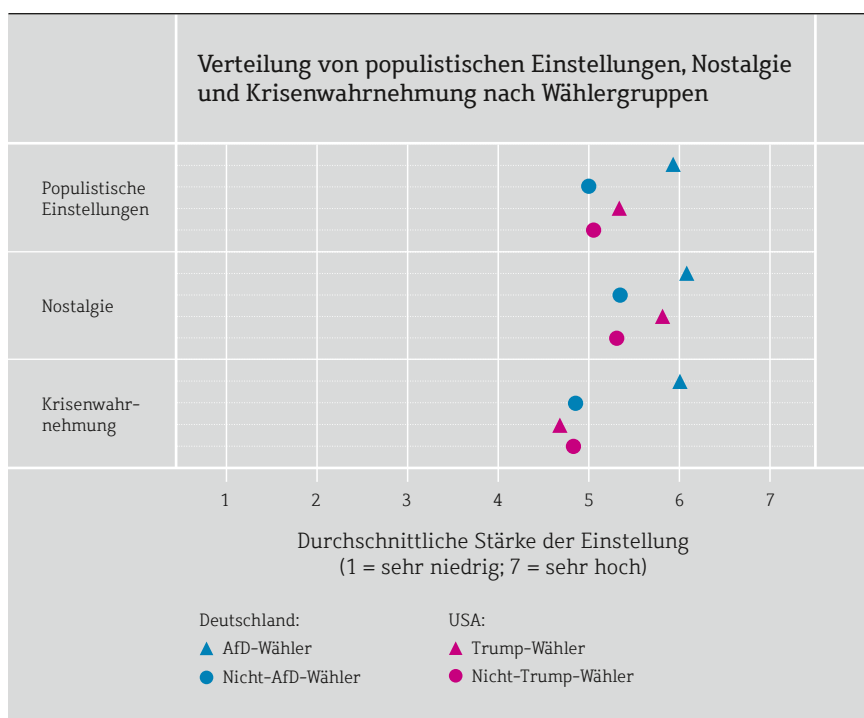
Erstens haben in beiden Ländern und Gruppen alle drei Konzepte hohe bis sehr hohe Werte. Dies entspricht anderen Studien, die belegen, dass populistische Einstellungen und nostalgische Gefühle (bezüglich einer besseren, früheren Zeit) weit verbreitet sind. Dieses Ergebnis deckt sich, allerdings etwas schwächer, mit einer erhöhten Krisenwahrnehmung. Es entsteht der Eindruck, dass die Bevölkerung die aktuelle Lage und die Zukunftsaussichten eher pessimis-

tisch sieht – und dies gilt durchaus über politische Lager hinweg. Zweitens unterscheiden sich die Menschen, die Trump beziehungsweise die AfD nicht gewählt haben, in den beiden Ländern kaum voneinander. Drittens weist die AfD-Wählerschaft für alle drei Konzepte die höchsten Werte auf: Hier finden sich die stärksten populistischen Einstellungen, die stärkste Nostalgie und vor allem, mit großem Abstand, die am stärksten ausgeprägte Einschätzung, dass die Gesellschaft auf eine Krise zusteuert. Diese Gruppe entspricht damit deutlich dem „Idealbild“ einer populistischen Wählerschaft – weit mehr, als dies für Trump-Anhänger*innen der Fall ist. Letztere sind zwar populistischer und nostalgischer als die Wähler*innen von Clinton beziehungsweise anderen Kandidat*innen, allerdings fällt der Unterschied deutlich geringer aus als in Deutschland. Tatsächlich attestieren Unterstützer*innen von Trump der Gesellschaft sogar etwas weniger Krisenhaftigkeit als andere US-Wähler*innen, was vorsichtig darauf zurückgeführt werden kann, dass die Umfrage eineinhalb Jahre nach der Wahl stattfand und es der Trump-Administration zumindest teilweise gelungen sein könnte, diese Sorgen zumindest seiner Wähler*innenschaft abzumildern. Schließlich ist festzuhalten, dass sich die Wählerschaft von Akteuren wie Trump oder der AfD durchaus vom Rest der Gesellschaft unterscheidet – insbesondere mit Blick auf populistische Einstellungen und nostalgische Gefühle. Es scheint also durchaus lohnenswert, diese und ähnliche Aspekte zukünftig vermehrt in den Blick zu nehmen. Klar wird aber auch, dass dies eben in weit stärkerem Maß für AfD-Wähler*innen gilt.



Benjamin Schürmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Brückenprojekts „Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus“. Hier forscht er zu den Zusammenhängen von Kommunikation populistischer Akteure, zu populistischen Einstellungen und politischer Partizipation. *(Foto: Susann Städter)*

benjamin.schuermann@wzb.eu



Quelle: ©WZB

Es gibt plausible Gründe, warum wir zwar tendenziell ähnliche Ergebnisse für beide Länder finden, die Einstellungen der AfD-Wähler*innenschaft aber im Vergleich der Gruppen am extremsten sind. Auch wenn es manchmal mit Blick auf den medialen und politischen Diskurs schwer vorstellbar erscheint, wird die AfD lediglich von einer kleinen Minderheit – natürlich mit relevanten regionalen Unterschieden – unterstützt. Wer momentan der AfD die Stimme gibt, tut dies sicherlich auch aus politischer Überzeugung heraus und nicht nur, um Protest gegen etablierte Parteien zu äußern. Die AfD-Wählerschaft steht damit aber nicht in der Mitte der Gesellschaft und stellt auch kein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Xenophobe Einwanderungspolitik und ein vormodernes Familienbild sind in Deutschland nicht mehrheitsfähig – und ebenso weist nicht die gesamte Bevölkerung extrem starke populistische Einstellungen, nostalgische Gefühle oder Krisenwahrnehmungen auf. Für die USA ergibt sich ein anderes Bild: Donald Trump wurde nicht nur von einem kleinen Teil der Gesellschaft gewählt, sondern von ganz unterschiedlichen Gruppen – nicht zuletzt von Personen, die

Heiko Giebler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Ko-Leiter des Brückenprojekts „Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus“.

heiko.giebler@wzb.eu

Dietlind Stolle ist Professorin für Politikwissenschaften an der McGill-Universität, Kanada, und Direktorin des Centre of the Study of Democratic Citizenship (CSDC). Sie war Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung.

dietlind.stolle@mcgill.ca

Susanne Veit ist Themenbereichsleiterin des Promotionskollegs „Gute Arbeit“: Ansätze zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung.

susanne.veit@wzb.eu

primär eine Präsidentin Clinton verhindern wollten oder die ohnehin nie auf die Idee kämen, die Stimme nicht für den republikanischen Kandidaten abzugeben. Auf diese Weise entsteht eine deutlich heterogenere Wählerschaft, die näher an der Mitte der Gesellschaft ausgerichtet ist. Unterschiede zwischen der Trump-Wählerschaft und anderen Wähler*innen könnten sich auch dadurch verringert haben, dass Trump als Präsident tatsächlich in der Lage ist, Politik und Alltag in den USA zu beeinflussen, so dass sich inzwischen vielleicht Demokrat*innen sogar eher als Republikaner*innen nach einer goldenen Vergangenheit sehnen. Dies ist für den deutschen Fall weniger zu erwarten, da die AfD bislang auf Bundes- und Landesebene, was Regierungsverantwortung angeht, außen vor bleibt. Ihr politischer Einfluss beschränkt sich in erster Linie auf parlamentarische Prozesse oder indirekte Effekte durch die Reaktion anderer Parteien auf ihren Wahlerfolg. Dass die Partei in ihrer Kommunikation weiterhin auf Anti-Eliten- und Krisenrhetorik setzt und dass ihre Wählerschaft zumindest teilweise von der Rückkehr in eine nie dagewesene goldene Vergangenheit träumt, erscheint sicher. Inwiefern die AfD weiter in die Mitte der Gesellschaft rückt oder gar Regierungsverantwortung bekommt, werden unter anderem die kommenden Landtagswahlen in Ostdeutschland zeigen.

Literatur

Akkerman, Agnes/Mudde, Cas/Zaslove, Andrej: „How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters“. In: Comparative Political Studies, 2014, Jg. 47, H. 9, S. 1324–1353.

Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press 2007.

Taggart, Paul: „Populism and Representative Politics in Contemporary Europe“. In: Journal of Political Ideologies, 2004, Jg. 9, H. 3, S. 269–288.

Wege aus der Erwerbsarmut in den USA Geschlecht und Herkunft entscheiden

Emanuela Struffolino und Zachary Van Winkle

Eine hohe Erwerbsarmut kann zu weitreichenden Problemen für eine Gesellschaft führen: Sie erzeugt soziale Ausgrenzung und Ungleichheit und kann so den Nährboden für den Erfolg populistischer Bewegungen legen. Als erwerbsarm gelten Erwerbstätige, die in Haushalten leben, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegen. Vom Risiko, erwerbsarm zu werden, sind verschiedene gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich stark betroffen. Dies können wir vor allem in den USA beobachten, wo der Zugang zum primären Arbeitsmarkt für Frauen und Angehörige von Minderheiten erschwert ist. Instabile und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse behindern also nicht nur berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, sondern setzen ohnehin schon benachteiligte Gruppen einem erhöhten Erwerbsarmutsrisiko aus.

In den USA wird Armut offiziell anhand eines absoluten Schwellenwerts gemessen, der abhängig vom Haushaltstyp ist und jährlich an die Preissteigerungsrate angepasst wird. So lag 2018 die Armutsgrenze für eine alleinlebende Person bei jährlich 12.140 US-Dollar vor Steuern und staatlichen Transferleistungen; für einen dreiköpfigen Haushalt waren es 23.900 US-Dollar. Als erwerbsarm werden in den USA Personen definiert, die älter als 16 Jahre sind, mindestens 27 Wochen im Jahr erwerbstätig sind und über ein Haushaltseinkommen verfügen, das unterhalb der vom Bund festgesetzten Armutsgrenze liegt. Dieser Maßstab steht im Gegensatz zum Konzept der relativen Einkommensarmut, das beispielsweise von Eurostat verwendet wird und demzufolge Personen, deren Netto-Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens beträgt, als arm gelten.

Anhand von Daten des Current Population Survey haben wir den Anteil der erwerbsarmen Personen in den USA zwischen 1971 und 2018 berechnet, und zwar sowohl nach den relativen wie nach den absoluten Kriterien. Der Anteil der erwerbstätigen weißen Männer und Frauen unterhalb der absoluten Armutsgrenze blieb mit rund 3 Prozent für Männer und 4 Prozent für Frauen über diesen Zeitraum bemerkenswert stabil. Die relativen Erwerbsarmutsquoten sind zwar höher, aber ähnlich stabil für weiße Männer und Frauen (9 und 10 Prozent). Der Anteil der erwerbsarmen Männer und Frauen schwarzer oder hispanischer Herkunft hingegen war deutlich höher und unterlag im Vergleich zu weißen Männern und Frauen größeren Schwankungen. Tatsächlich ähneln die absoluten Erwerbsarmutsquoten für Schwarze und Hispanics eher den relativen Erwerbsarmutsquoten weißer Männer und Frauen. Waren die Anteile erwerbsarmer schwarzer und hispanischer Männer in den 1970er-Jahren noch ähnlich, so begannen sich diese beiden Gruppen in den 1980er-Jahren auseinanderzuentwickeln. Im Jahr 1971 lebten jeweils rund 10 Prozent der erwerbstätigen schwarzen und hispanischen Männer in absoluter Armut. Nach der Sozialhilfe-reform der Clinton-Regierung im Jahr 1996 lebten deutlich über 13 Prozent der erwerbstätigen hispanischen Männer unterhalb der absoluten Armutsgrenze, und mehr als 30 Prozent lebten in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der relativen Armutsschwelle (1971: 24 Prozent). Unter den schwarzen Männern hingegen verringerten sich sowohl die absoluten wie auch die relativen Erwerbsarmutsquoten und erreichten im Jahr 2000 einen Tiefststand von 4 beziehungsweise 17 Prozent.

Anders als bei den Männern näherten sich die Erwerbsarmutsquoten der schwarzen und hispanischen Frauen Mitte der 1990er-Jahre an. Während der 1970er- und 1980er-Jahre hatten erwerbstätige schwarze Frauen noch ein höheres Armutrisiko als hispanische Frauen. Im Jahr 1971 betrug der Anteil der

Summary: High level of in-work poverty challenges the idea that employment is sufficient to escape poverty. We establish a typology of employment pathways out of in-work poverty and estimate its association with gender and race. Black men and women are more likely to remain vulnerable and at-risk of social exclusion. They also have a higher risk to experience recurrent spells of in-work poverty. This disadvantage persists over and beyond labor market related characteristics and other factors such as familial circumstances.

Kurz gefasst: Ein hoher Anteil an Erwerbsarmut widerlegt die Hypothese, dass allein ein bezahltes Arbeitsverhältnis dazu ausreicht, um der Armut zu entkommen. Wir haben daher eine Typologie von Beschäftigungsverläufen erstellt, die aus der Erwerbsarmut herausführen. Dabei interessierte uns insbesondere, welche Rolle Geschlecht und ethnische Herkunft für diese Verläufe spielen. Unsere Analysen zeigen, dass schwarze Männer und Frauen stärker von anhaltender Vulnerabilität und sozialer Ausgrenzung bedroht sind als andere Gruppen. Sie haben auch ein höheres Risiko, in immer wiederkehrende Phasen der Erwerbsarmut zu rutschen. Dieser Nachteil kann nicht durch andere arbeitsmarktbezogene Faktoren oder familiäre Umstände erklärt werden.



Emanuela Struffolino ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit. Sie forscht zum Zusammenhang zwischen Familie und Erwerbstätigkeit aus der Perspektive der Lebensverlaufsorschung und Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. (Foto: David Ausserhofer)

emanuela.struffolino@wzb.eu

erwerbstätigen schwarzen Frauen, die in Haushalten unterhalb der absoluten und relativen Armutsgrenze lebten, 16 beziehungsweise 31 Prozent. Bei den hispanischen Frauen waren es 7 oder 18 Prozent. Im Jahr 1996 lebten sowohl bei den schwarzen wie bei den hispanischen Frauen 10 Prozent in Haushalten unterhalb der amtlichen Armutsgrenze und 28 Prozent in Haushalten unterhalb der relativen Armutsgrenze. Seitdem haben sich diese Quoten nur geringfügig geändert.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass Erwerbsarmut nicht gleichmäßig über die US-Bevölkerung verteilt ist und dass überdies große Ungleichheiten nach Geschlecht und ethnischer Herkunft bestehen. Über die individuelle Erfahrung von Erwerbsarmut ist bislang nur wenig bekannt. Für manche Personen ist Armut trotz Arbeit ein Dauerzustand, während andere Erwerbsarmut nur als kurze und sporadische Episode erleben. Über die Dauer einer einzelnen Erwerbsarmutsepisode hinaus fallen manche Personen, die der Erwerbsarmut entkommen konnten, nie wieder in diesen Status zurück, während andere möglicherweise immer wieder Episoden der Erwerbsarmut erleben und ihr niemals entkommen können.

Die zeitliche Dynamik der Erwerbsarmut, in der sich die individuellen Erfahrungen der betroffenen Personen widerspiegeln, ist bisher noch nicht näher erforscht worden. Wir haben die Erwerbsarmut deshalb aus einer Längsschnittperspektive betrachtet, die über eine binäre Definition des Ein- und Austritts aus der Erwerbsarmut hinausgeht. Unser Modell erfasst stattdessen verschiedene Wege aus der Erwerbsarmut heraus, indem Beschäftigungsstatus und ökonomische Vulnerabilität kombiniert werden. Beispielsweise geraten Personen, die die Erwerbsarmut durch einen Austritt aus dem Arbeitsmarkt verlassen, in einen Zustand der sozialen Ausgrenzung, während andere, die die Erwerbsarmut durch Überschreiten der Armutsgrenze verlassen, sich noch immer in einer prekären wirtschaftlichen Lage befinden. Indem wir Personen nach ihrem Austritt aus der Erwerbsarmut über die Zeit folgen, können wir die eingeschlagenen Wege besser verstehen und ermitteln, wie vorteilhafte und weniger vorteilhafte Verläufe in der Bevölkerung verteilt sind. Uns interessiert dabei vor allem, wie sich diese im Hinblick auf Geschlecht und ethnische Herkunft der Betroffenen unterscheiden.

Für unsere Untersuchung kombinieren wir Daten aus drei Datenquellen: die National Longitudinal Surveys of Youth der Jahre 1979 und 1997 (NLSY79 und NLSY97) sowie die Panel Study of Income Dynamics (PSID). Die kombinierte Stichprobe enthält 37.925 Personen, deren Lebensverläufe von 18 bis zum Alter von maximal 50 Jahren verfolgt werden können. Anstatt die Wahrscheinlichkeit eines Ein- oder Austritts aus der Erwerbsarmut zu bestimmten Zeitpunkten zu untersuchen, erstellen wir für jede Person einen Verlauf. In ihm wird für jedes Lebensjahr ein Status definiert, der die Position der befragten Person im Arbeitsmarkt- und Armutsstatus erfasst. Es ergeben sich folgende Kombinationsmöglichkeiten: „erwerbstätig und nicht arm“, „erwerbstätig und von Armut bedroht“, „erwerbstätig und arm“, „nicht erwerbstätig und nicht arm“, „nicht erwerbstätig und von Armut bedroht“ oder „nicht erwerbstätig und arm“. Wir verwenden die amtlichen Schwellenwerte des U.S. Census Bureau zur Definition der absoluten Armutsgrenzen und die Eurostat-Definition der relativen Armut zur Beschreibung des Armutrisikos. Mithilfe der Verläufe können wir typische Wege ermitteln, die Personen in den fünf Jahren nach ihrem Austritt aus einer Phase der Erwerbsarmut durchlaufen. Unsere Untersuchung zeigt, dass diese Wege durch ein unterschiedlich starkes Maß an Arbeitsmarktanbindung, an ökonomischer Vulnerabilität, sozialer Ausgrenzung und Unbeständigkeit gekennzeichnet sind.

Ein Fünftel der Austritte aus der Erwerbsarmut führt zu einer Phase, bei der die folgenden fünf Jahre in einem stabilen Beschäftigungsverhältnis außerhalb von Armut verbracht werden („sofortige Rückkehr“). Verglichen mit allen anderen Wegen ist dies der vorteilhafteste. Die Wahrscheinlichkeit, diesen Weg einzuschlagen, ist jedoch stark abhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft: Verglichen mit weißen Männern haben alle anderen geschlechterspezifischen und ethnischen Gruppen eine geringere Wahrscheinlichkeit, eine sofortige

Rückkehr aus der Erwerbsarmut zu erreichen. Diese Gruppen erleben stattdessen häufiger eine „zyklische Erwerbsarmut“ oder eine „Erwerbslosigkeit in Armut“ – zwei Pfade, auf die zusammengenommen 30 Prozent der Verläufe entfallen. Innerhalb von vier Jahren fallen diese Personen zurück in die Erwerbsarmut oder unter die absolute Armutsgrenze außerhalb des Arbeitsmarkts. Frauen und nicht weiße Männer entkommen der Erwerbsarmut häufiger durch einen Austritt aus dem Arbeitsmarkt als weiße Männer. Diese Personen bleiben auch häufiger weiter erwerbstätig und verlassen die absolute Armut, leben jedoch weiterhin in Haushalten, die dauerhaft von Armut bedroht sind. Dieser Pfad der „anhaltenden Vulnerabilität“ wird unter weißen Männern am wenigsten häufig beschritten. Die Gruppe der schwarzen Frauen ist besonders benachteiligt: Für sie ist auch die Wahrscheinlichkeit, zumindest eine „schrittweise Rückkehr“ zu erleben, geringer als bei anderen Gruppen: Selbst ein weniger glatter Übergang, der durch Phasen der Armutbedrohung und Arbeitslosigkeit zu einer Beschäftigung außerhalb der Armut führt, ist für sie schwer erreichbar.

Diese von uns beobachteten Effekte von Geschlecht und ethnischem Hintergrund auf die Wege aus der Erwerbsarmut bleiben auch dann bestehen, wenn wir andere arbeitsmarktbezogene Einflussfaktoren in unsere Untersuchung einbeziehen, etwa Bildungsstand, Arbeitserfahrung oder Berufsstand. Auch demografische Aspekte wie Elternschaft, Ehe oder Scheidung können die beobachteten Ungleichheiten nicht erklären.

Unsere Untersuchung liefert wichtige Anhaltspunkte für politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in den USA. So lässt sich aus unseren Ergebnissen schließen, dass Strategien der Armutsbekämpfung, die sich allein auf eine Erhöhung der Beschäftigung konzentrieren, nicht zu einer Verringerung der Erwerbsarmut führen. Anstatt die Erwerbsarmutsquote zu senken, wird eine Politik, die Menschen in den Niedriglohnssektor drückt, eher noch zu einer Erhöhung des Anteils der erwerbstätigen Bevölkerung führen, der in verarmten Haushalten lebt. Um erwerbstätige Haushalte wirkungsvoll und dauerhaft aus der Armut zu holen, müssen beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung mit angemessen hohen Löhnen, etwa durch staatlich regulierte Mindestlöhne, und einem gesetzlichen Kündigungsschutz verknüpft werden.

Literatur

Struffolino, Emanuela/Van Winkle, Zachary: *Is There Only One Way out of In-work Poverty? Difference by Gender and Race in the US*. WZB Discussion Paper SP I 2019. Berlin: WZB 2019.

Van Winkle, Zachary/Struffolino, Emanuela: „When Working Isn't Enough: Family Demographic Process and In-Work Poverty across the Life Course in the United States“. In: *Demographic Research*, 2018, Jg. 39, H. 12, S. 365–380.



Zachary van Winkle ist Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit und Postdoctoral Fellow an der Universität Oxford. In seiner Forschung beschäftigt er sich vor allem mit dem Sozialstaat und der sozialen Ungleichheit. (Foto: David Ausserhofer)

zachary.van.winkle@wzb.eu

Das gelobtere Land im Norden Kanada und die Flüchtlinge aus den USA

Christine Keilholz

Summary: Canada is often held up as the poster child of successful migration policy. Its immigration model has been lauded the world over, especially in Europe in the wake of the 2015 refugee crisis. But this model is based on a highly selective refugee policy which, despite the liberal government of Justin Trudeau and a few championed examples, remains highly restrictive. A closer look at the Canadian system shows that it is far from the perfect solution to the European situation.

Kurz gefasst: Kanada gilt international als Paradebeispiel der erfolgreichen Einwanderungspolitik. Sein Migrationsmodell wird von allen Seiten und vor allem seit der Flüchtlingskrise 2015 in Europa gelobt. Doch bei der Aufnahme von Geflüchteten wählt Kanada streng aus. Die Flüchtlingspolitik bleibt auch unter der liberalen Regierung von Justin Trudeau trotz einiger berühmter Ausnahmen sehr restriktiv. Ein genauerer Blick auf das kanadische System zeigt, dass es sich kaum auf die europäische Situation übertragen lässt.

Im Januar 2017 setzte Justin Trudeau einen Tweet ab, nein ein Symbol: „An die, die vor Verfolgung, Terror und Krieg fliehen“, schrieb der Premier auf Twitter, „Kanada heißt Euch willkommen, unabhängig von Eurer Religion“. Der Tweet war eine Reaktion auf US-Präsident Donald Trumps Einreisestopp gegen Muslime. Trudeau fand damit weltweit Beachtung. Sein Land gilt als eine erfolgreiche Einwanderergesellschaft. Kanada scheint richtig zu machen, was Europa noch überfordert.

Über das gelobte kanadische Einwanderungssystem der Kanadier ist in Deutschland wenig Konkretes bekannt. Es dient in der Debatte eher als Chiffre. Dahinter steht eine Politik, die auf harte Auswahl und weiche Förderung setzt. Zum einen konzentriert sich das kanadische Modell bewusst auf die Einwanderergruppen, die sich gut in den Arbeitsmarkt einfügen. Zum anderen wird denen, die Zugang erhalten, Gleichberechtigung bei Jobsuche und Aufstiegschancen geboten.

Der Unterschied zu Deutschland und Europa wird schnell klar: Das kanadische Modell basiert auf einer positiven Grundhaltung gegenüber Migration. Kanada ist grundsätzlich einwanderungsfreundlich eingestellt, darüber herrscht in der Gesellschaft ein breiter Konsens. Zugrunde liegt die Überzeugung, dass der heimische Wohlstand auf dem Zuzug qualifizierter Ausländerinnen und Ausländer basiert. Von Europa aus wird gern auf das Punktesystem verwiesen, das die Zuwanderung nach Kanada seit 1967 regelt. Dieses System wählt Einwandernde nach Kriterien wie Ausbildung, Sprachkompetenz, Berufserfahrung und Anpassungsfähigkeit aus – und lässt nur diejenigen zu, die diese Kriterien erfüllen.

Dieses System wurde in der Flüchtlingskrise 2015 in Europa berühmt. Damals kam der Ruf nach einer Regulierung entsprechend dem kanadischen Modell aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern. Vielen in Europa erscheint es sinnvoll, nur jene Flüchtlinge hereinzulassen, die die Kriterien des kanadischen Modells erfüllen. Aber dieses Modell ist eben für Einwanderung gedacht – und nicht für eine humanitäre Leistung wie die Flüchtlingsaufnahme. Schutzsuchende können eben nicht nach Zeugnissen und Sprachkenntnissen gefragt werden. Dennoch: Kanada wirkt Zuwanderern und Flüchtlingen gegenüber offener und menschlicher als westliche Gesellschaften. Im Vergleich zu Deutschland gelingt es Kanada, mehr Migrantinnen und Migranten in Arbeit und mehr Einwandererkinder an die Universität zu bringen. Was sich hier auszahlt, ist die längere Erfahrung in der Kunst, Menschen unterschiedlicher Herkunft zu vereinen. Zum Markenkern der kanadischen Methode gehört es, den Gruppen ihre Eigenarten zu belassen. Multikulturalismus, Diversität und Einwanderung gehören zur Identität Kanadas.

Unter Premierminister Justin Trudeau mehr als je zuvor. Der 47-jährige Liberale präsentiert sein Land als internationalen Pionier in allen wichtigen Zukunftsfragen. Trudeau hat eine ehrgeizige Klima-Agenda gesetzt, er treibt die Versöhnung mit den First Nations voran, den indigenen Völkern Kanadas, und zeigt der Welt, wie Multikulturalismus geht.

Ganz so umfassend, wie es klingt, ist das Willkommen allerdings nicht. Denn auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen wählt Kanada streng aus. Das flächenmäßig zweitgrößte Land der Erde und Mitglied der G7 der reichsten Industrienationen ist offen – aber eben nicht für alle. Das zeigt sich aktuell, wo das Land erstmals mit illegaler Einwanderung in großer Zahl zu tun hat. Grund ist die

restriktive Einwanderungspolitik der USA. Seitdem Trump Präsident ist, ziehen Menschen, die sich illegal in den USA aufgehalten haben, nach Kanada weiter. Gut 40.000 Geflüchtete, die hauptsächlich aus Mittelamerika stammen, kamen seit 2017 über die grüne Grenze nach Kanada – ohne dort wirklich willkommen zu sein. Nur die Hälfte der Kanadier zeigte sich in Umfragen bereit, Flüchtlinge aus den USA aufzunehmen. Kanada ist gewohnt, selbst auszusuchen, wer kommt.

Seit der Staatsgründung 1867 hielt die ehemalige britische Kolonie immer wieder Ausschau nach für sie attraktiven Einwanderergruppen. Ihnen gewährte das Land gute Bedingungen, bevor sie anderswo Aufnahme suchten. Das brachte Menschen ins Land, die gute Ausbildung und Mobilität beisteuern konnten und motiviert waren, in Kanada etwas aufzubauen. Sie mussten freilich in das Bild passen, das Kanada von sich hatte. Das war bis in die 1960er-Jahre das Bild einer weißen Siedlergemeinschaft, die ausschließlich in Europa um neue Mitglieder warb. Von dort bis zur multikulturellen Nation, die Kanada heute ist, war der Weg weit. Die Öffnung für eine Einwanderung aus aller Welt folgte schlicht der Notwendigkeit. Denn aus den bevorzugten Herkunftsländern Großbritannien und Frankreich machten sich nicht genug Menschen auf den Weg, um Kanadas Weiten zu besiedeln.

In den 1930er-Jahren, zur Zeit der Großen Depression, bot sich das Land als neue Heimat für Osteuropäerinnen und Osteuropäer mit landwirtschaftlichem Hintergrund an. Sie sollten ihr Glück auf dem Land suchen, aber nicht den städtischen Arbeitsmärkten zur Last fallen. Viele Polen folgten damals dem Ruf Kanadas und dem Versprechen auf Land. Nach dem Prager Frühling 1968 bot Kanada gut ausgebildeten Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei Aufnahme an, die ihr Land nach der sowjetischen Machtübernahme verlassen wollten. Heute zählt die tschechische Community in Kanada 100.000 Menschen. Doch längst sind Menschen aus Europa nur noch ein kleiner Teil jener, die sich entschließen, Kanadier zu werden. Tausende Industriearbeiter aus Jamaica kamen, als sich Kanada in den 1960er-Jahren auch für nicht weiße Einwanderung öffnete. Bis heute kommt ein Drittel der schwarzen Bevölkerung Kanadas aus Jamaica.

In seiner Integrationspolitik profitiert Kanada von einer günstigen geografischen Lage: Es ist umgeben von drei Weltmeeren, die es von den meisten Konflikten in der Welt abschirmen. Dass die USA der einzige direkte Nachbar sind, ist für die Wirtschaftspolitik ein Problem – aber für die Einwanderungspolitik ein Segen. Die USA wirken als Puffer gegen illegale Einwanderung aus dem Süden. Jedenfalls taten sie das, bis Donald Trump ins Amt kam. Derart geschützt, hat sich in Kanada ein Grundkonsens etabliert, der die Aufnahme von Flüchtlingen als moralische Selbstverständlichkeit begreift. Fast die gesamte politische Klasse spricht sich für Einwanderung aus. Noch gibt es in Kanada keine große Anti-Immigrations-Partei.

Doch Kanada ist keine Insel in der weltweiten Stimmungslage. Einwanderungskritische Positionen, die in den USA und Europa um sich greifen, werden langsam lauter. Aber die Diskussion entfaltet bei Weitem nicht dieselbe Schlagkraft wie in Europa. Eine große Ausnahme stellt die Provinz Quebec dar, wo nationalistische Kleinparteien regelmäßig Stimmung gegen Neuankömmlinge machen. Die Provinz ist die einzige französischsprachige Region in Nordamerika. Dort herrscht die Mentalität einer schrumpfenden Kultur, die sich gegenüber der englischsprachigen Mehrheit behaupten muss. Quebec fährt gegenüber Muslimen einen strengeren Kurs als der Rest des Landes. Parteien, die auf Identität, Abschottung und Eigenständigkeit pochen, erzielen regelmäßig Erfolge. Zuletzt bei den Provinzwahlen im Herbst 2018, als der rechte Bloc Québécois die Liberale Partei aus der Regierung fegte.

In Toronto zeigt sich ein ganz anderes Bild. Die 2,7-Millionen-Stadt am Ontario-See ist der Magnet für Einwanderer. 47 Prozent der Torontonians sind nicht in Kanada geboren. Die Stadt hat ein indisches Viertel, ein koreanisches, ein Little Italy und Greektown. Auch das entspricht dem kanadischen Prinzip der Integration. Den Gruppen wird ihre Identität gelassen. „Niemand braucht seine Kultur aufgeben, wenn er zu uns kommt“, lautet der Grundsatz dieser Politik. In Europa wäre sofort die Sorge um Parallelgesellschaften geweckt.



Christine Keilholz ist freie Politikjournalistin in Dresden mit den Schwerpunkten Demokratie, Bildung und Integration. In den Monaten April und Mai war sie Journalist in Residence im WZB. Sie wertete Eindrücke und Recherchen aus Kanada aus, wo sie zuvor sieben Monate als Fellow Gast an der Monk School of Global Affairs war. (Foto: privat)

chkeilholz@web.de

Der kanadische Multikulturalismus ist eine politische Erfindung der 1970er-Jahre. Um den alten Konflikt zwischen dem englischen und dem französischen Kanada zu befrieden, erklärte der damalige Premier Pierre Trudeau – der Vater des amtierenden Regierungschefs – Kanada zum multikulturellen Land. Das hat die vielfältige Nation zusammengehalten und ihr eine neue Vision gegeben, die bis heute trägt; und das prägt auch Kanadas Rolle in der Welt.

Als wertebasierte Gesellschaft hat Kanada in der Nachkriegsordnung die Rolle eines Friedensstifters eingenommen. Zu den großen Mächten gehörte das Land mit heute gerade 36 Millionen Einwohnern nie – es war aber in internationalen Organisationen immer stark vertreten. In letzter Zeit zieht sich der Staat mehr zurück; umso wichtiger werden Zeichen des guten Willens, die Kanada auf dem Feld der Flüchtlingspolitik zeigt. Justin Trudeaus Willkommens-Tweet an die Muslime war ein Beispiel dafür. Ein weiteres war die Aufnahme der Saudi Rahaf Mohammed al-Qunun Anfang 2019. Die junge Frau, die auf der Flucht vor ihrer Familie war, wurde am Flughafen von Toronto von Außenministerin Chrystia Freeland empfangen. Auch die Aufnahme der pakistanischen Christin Asia Bibi fand weltweit Aufmerksamkeit. Solche symbolischen Akte senden eine Botschaft: Kanada bietet den Verfolgten der Welt Zuflucht.

Doch das sind Einzelfälle. Die Flüchtlingspolitik bleibt restriktiv. Kein Flüchtling kann seine Umsiedlung nach Kanada beantragen. Um große Zahlen ging es bei der Frage, wie sich Kanada zu den Flüchtlingen aus Syrien stellt. Dieser Krieg im Nahen Osten hat die Migrationsbewegung in Gang gesetzt, die 2015 mehr als eine Million Menschen nach Europa brachte. Kanada engagierte sich in dieser Krise mit einem Resettlement-Programm. Und kanadische Behörden wählten in den Flüchtlingslagern Menschen aus, die dann mit Charterflügen einreisen konnten. 40.000 Syrer fanden auf diesem Weg Aufnahme in Kanada. Viele von ihnen aber nur deshalb, weil engagierte Bürger sie unterstützten. Ohne bürgerliches Engagement würde das kanadische Einwanderungssystem nicht funktionieren. Sponsorinnen und Paten können Flüchtlinge benennen, die sie ins Land holen wollen. Diese unterstützen sie dann finanziell und durch Begleitung. Bis zu drei Jahre kümmern sich die Paten um einzelne Flüchtlinge. Sie helfen bei der Jobsuche, sorgen für Unterkunft, Kleidung und Essen. Die Bereitschaft, solche Patenschaften zu übernehmen, ist unter Kanadiern so groß, dass die Behörden sie in die institutionelle Flüchtlingsaufnahme einbauen können.

Die Techniken des Integrierens hat Kanada als Einwanderungsland mit Jahrzehnten an Erfahrung den europäischen Ländern voraus. Beispiel Arbeitsmarkt: In Deutschland wird der relativ hohe Anteil gering qualifizierter Flüchtlinge zur größten Herausforderung für die Integration in den Arbeitsmarkt. In Kanada sind die Anreize auch für Flüchtlinge hoch, schnell in Arbeit zu kommen. Sozialleistungen, die sie bekommen, sind zeitlich begrenzt. Durch den erschwerten Zugang mittels Punktesystem wird die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer erhöht. Positiv wirkt ein System aus Hilfen, die auch der Kinder-Generation von Einwanderern zugutekommt.

Bei der Flüchtlingsaufnahme verlässt sich Kanada auf die Auswahl, die auch für „economic immigrants“ gilt. Resettlement-Programme, wie sie in Syrien praktiziert wurden, zielen darauf ab, Menschen auszusuchen, die zum sozioökonomischen Anforderungskatalog passen. Auf die Flüchtlingssituation, wie Europa sie 2015 erlebte, lässt sich diese Praxis kaum übertragen. Hier wurde aus humanitärer Notwendigkeit Menschen Zugang gewährt, die den kanadischen Kriterien kaum entsprochen hätten.

Neue Mitglieder gewinnen Erfahrungen aus den USA können deutschen Gewerkschaften helfen

Wolfgang Schroeder

Solidarität unter den Beschäftigten zu organisieren und zu institutionalisieren, ist im modernen Kapitalismus ein Prozess voller Herausforderungen. Das haben auch die deutschen Gewerkschaften lernen müssen. Allein durch gute Tarifverträge, Streiks und die Aktivitäten der Betriebsräte lässt sich ein hoher Organisationsgrad nicht mehr erreichen. Interessanterweise liefern insbesondere die US-Gewerkschaften, die teilweise in einem gewerkschaftsfeindlichen Kontext agieren, wichtige Impulse für die Reform der mitgliederbezogenen Aktivitäten der deutschen Gewerkschaften.

Im Zentrum steht das Konzept des Organizing. Der englische Begriff bezeichnet eine aktivierende Form der Mitgliederpolitik, die nicht nur neue Mitglieder rekrutieren will, sondern damit auch inhaltliche Veränderungen anstrebt. Gemeint ist eine Art „grassroot-movement“, das an den virulenten Interessen der Beschäftigten und konkreten betrieblichen Konflikten ansetzt, um deren Mobilisierungsfähigkeit in eigener Sache zu fördern. Organizing ist ein Konzept, das ein strukturiertes Angebot an Kampagnenmitteln einsetzt, um Beschäftigte zu aktivieren, sie zur Mitgliedschaft zu motivieren und die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften zu verbessern. Zum Grundverständnis gehört auch, dass durch Organizing die gewerkschaftliche Stellvertreterpolitik relativiert werden soll. Statt eines versicherungsartigen Engagements von hauptamtlichen Funktionär*innen für Mitglieder soll Hilfe zur Selbsthilfe, im Sinne von „Empowerment“ und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, verstärkt werden. Die „Justice for Janitors“-Kampagne (Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) schaffte es im Jahr 1990, einen größeren Anteil von Gebäudereiniger*innen gewerkschaftlich zu organisieren. Damit wurde die US-Dienstleistungsgewerkschaft Service Employees International Union (SEIU) zu einem auch international beachteten Hoffungsanker für die Revitalisierung der Gewerkschaften. Denn im Zuge der weiteren Professionalisierung des Organizing-Konzepts, unter anderem durch den neu gegründeten Gewerkschaftsdachverband „Change to Win. Strategic Organizing Center“ als Alternative zur American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO, Dachverband der US-amerikanischen Gewerkschaften), konnte die SEIU ihre Mitgliederzahlen von 1990 bis 2006 verdoppeln.

Ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen und eindrucksvollen Mitgliedererfolge wurden schließlich auch von den deutschen Gewerkschaften rezipiert. Angesichts der spezifischen Bedingungen des deutschen Modells der Arbeitsbeziehungen muss das Konzept des Organizing jedoch in veränderter Form angewandt werden. Neben der konsensorientierten Sozialpartnerschaft und der starken Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen (Arbeits-, Tarif-, und Betriebsverfassungsrecht) spielen in Deutschland die Betriebsratsgremien und Vertrauensleute nicht nur in der betrieblichen Interessenvertretung, sondern auch als Bindeglieder und Mitgliederwerber für die überbetrieblich aktiven Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Dabei sind die betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremienstrukturen insgesamt stark auf stellvertretendes Handeln orientiert. Einerseits ergibt sich dadurch die Herausforderung, bestehende Beharrungskräfte zu überwinden. Andererseits gibt es bereits betriebliche Akteure, an die aktive Politik im Sinne des Organizing andocken könnte (insbesondere die Vertrauensleute).

Insofern wundert es nicht, dass der konfliktorientierte Ansatz des Organizing eher zu den hart umkämpften US-amerikanischen und weniger zu den koopera-

Summary: Changes in trade unions' membership policy are the result of a series of crises and organizational lessons learned from these crises. IG Metall, Germany's largest trade union, is investing heavily in an innovative approach to organizational politics. The American organizing concept breathed new life into German trade unions' membership policy, forging a new, systematic membership policy that combines separate project approaches into a network of policy specialisms. The policy area of „membership policy“ could be sitting alongside the traditional pillars of internal trade union policy, such as management, tariffs, and social policy.

Kurz gefasst: Der Wandel der gewerkschaftlichen Mitgliederpolitik ist das Ergebnis von Krisen und Lernprozessen. Mit einem umfangreichen Investitionsprogramm versucht die größte deutsche Gewerkschaft IG Metall, neue Wege in der Organisationspolitik zu gehen. Durch das US-amerikanische Organizing-Konzept erhielt die Mitgliederpolitik in den deutschen Gewerkschaften wichtige neue Impulse. Zentral ist, dass die neue, systematische Mitgliederpolitik darauf zielt, einen arbeitsteilig vernetzten Politikanatz zu entwickeln. Ein eigenständiges Politikfeld „Mitgliederpolitik“ könnte seinen Platz neben den traditionellen innergewerkschaftlichen Politikfeldern der Betriebs-, Tarif und Gesellschaftspolitik einnehmen.

tiven deutschen Arbeitsbeziehungen passt. Im Ergebnis haben die deutschen Gewerkschaften – allen voran die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die IG Metall – dieses Konzept allerdings rezipiert und auf ihren Bedarf hin verändert. Vorreiter war dabei ver.di, die 1994 ihre erste Organizing-Kampagne bei Schlemmer startete. Es folgten unter anderem Kampagnen bei Lidl und im Hamburger Wach- und Schließgewerbe. Dort assistierte die SEIU sogar direkt, unter anderem mit Schulungen durch Organizing-erfahrene Gewerkschafter*innen. Das Verdienst dieser ersten Kampagnen liegt darin, für neue Wege und Methoden in der betrieblichen Arbeit zu sensibilisieren, um so Prozesse der Übertragbarkeit auf die Agenda der deutschen Gewerkschaften zu rücken. Nachhaltige Erfolge in der Mitgliederrekrutierung blieben allerdings zunächst eher aus.

Auch wenn deutsche Gewerkschaften immer wieder Elemente des Organizing in einzelnen Kampagnen aufnahmen, erfolgten strukturierte Versuche einer nachhaltigen Veränderung der gewerkschaftlichen Organisation im Sinne einer neuen Mitgliederpolitik zunächst nicht. Dies scheint sich zumindest bei der IG Metall seit einiger Zeit zu verändern. Treibende Kraft für eine grundlegendere Auseinandersetzung waren dort die Mitgliederverluste: Zwischen 2000 und 2007 hat die Mitgliederzahl um rund 500.000 abgenommen. Aus der Erkenntnis, dass eine systematische Neujustierung der Mitgliederarbeit die Voraussetzung dafür ist, um gegenüber den Arbeitgebern und der Politik wieder handlungsfähiger zu werden, folgte die Suche nach neuen Strategien. Diese sollten die Mitglieder-, Beteiligungs- und Konfliktorientierung wirkungsvoller integrieren. Eine zentrale Frage lautete deshalb: Wie kann die IG Metall das Spannungsverhältnis zwischen etablierten Strukturen und neuen organisatorischen Akteuren und Prozessen so ausbalancieren, dass daraus eine handlungs- und innovationsfähige Politik entsteht, die den inneren und äußeren Herausforderungen Rechnung trägt?

Mit dem Gewerkschaftstag 2015 gab die IG Metall den Startschuss für die bis heute weitreichendste Neuausrichtung ihrer mitgliederpolitischen Aktivitäten, deren strategischer Horizont auf neun Jahre angelegt ist. Durch die Etablierung bezirklicher Mitgliederprojekte, auch Erschließungsprojekte genannt, wird erstmals eine größere Zahl von Funktionär*innen exklusiv mit der Aufgabe der Mitgliedergewinnung und -aktivierung betraut. Träger dieser Projekte ist eine Gruppe eigens eingestellter Organizer*innen, 140 an der Zahl, denen zugetraut wird, dass sie die Klaviatur von Mitglieder-, Beteiligungs- und Konfliktprozessen zwischen Betrieben und lokalen Geschäftsstellen bedienen und steuern können. Denn wenn es durch diese projektformigen Arbeitsformen nicht gelingt, die dabei gewonnenen Ergebnisse in der Regelarbeit der Geschäftsstellen zu verankern, dann wird es kaum eine nachhaltige Veränderung in diesem Bereich geben können. Es geht um eine systematische Erschließungsarbeit, die auf der Basis regionaler Konzepte, professioneller Akteure und zusätzlicher finanzieller und organisatorischer Ressourcen neue Wege zu beschreiten versucht. Insgesamt werden für das Bundesgebiet für die neun Jahre währende Projektarbeit 170 Millionen Euro eingesetzt. Angestrebt wird ein an die Bedingungen der industriellen Beziehungen in Deutschland angepasstes „German Organizing“.

Die hier vorgestellte Studie konzentriert sich in der empirischen Analyse (Zeitraum 2016–2018) auf das 2015 begonnene Gemeinsame Erschließungsprojekt (GEP) der baden-württembergischen IG Metall. Baden-Württemberg war in den letzten Jahrzehnten meist der zentrale Raum für die tarifpolitischen Aktivitäten in der deutschen Metall- und Elektroindustrie. Mit rund 20 zusätzlichen Akteuren ist dort eine Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungseinheit geschaffen worden, die eigenständig, aber in Kooperation mit der Regelarbeit der Geschäftsstellen, innovative Formen der Mitgliedererschließung entwickeln soll. Dabei sollen durch diese neue Projektarbeit Ziele der Mitglieder-, Organisations- und Personalentwicklung verbunden werden. Die Ziele sind anspruchsvoll: Es sollen 43.000 zusätzliche Mitglieder gewonnen und 135 neue handlungsfähige Betriebe erschlossen werden; außerdem soll der Generationenwechsel beim hauptamtlichen Personal bewältigt werden.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind: Systematisch wirksame betriebliche Faktoren, die die Chancen einer erfolgreichen Mitgliederrekrutierung erhö-

hen, lassen sich zwar identifizieren, aber vermutlich erst längerfristig gesichert nachweisen. Entscheidend ist, ob es gelingt, die innovativen Ergebnisse der Projektarbeit in die Regelstrukturen der Geschäftsstellen zu übertragen. Um dies strukturell zu ermöglichen, sind sogenannte Erschließungsbeauftragte in den Geschäftsstellen ernannt worden, deren Aufgabe es ist, als Brücke zwischen der Geschäftsstelle und externen Projektakteuren zu wirken. Es zeigt sich, dass sie alleine dieses Ziel nicht garantieren können. Denn ihre Rolle als Verbindungsglied ist zuweilen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, die mit der traditionell starken Autonomie der Geschäftsstellen und ihrer Akteure zusammenhängt. Die flächendeckende und langfristig erfolgreiche Einbindung der Erschließungssekretär*innen stellt Anforderungen an alle beteiligten Akteure.

Wichtig für den Erfolg der Projekte sind die Rollenverständnisse der Erschließungssekretär*innen: Einerseits ist ein eher pragmatischer, mitgliederorientierter Typus beobachtbar, der auf eine professionelle Rekrutierungsarbeit zielt, die stark arbeitsteilig ausgerichtet ist und zwischen kurz- und längerfristigen Zielen zu pendeln weiß. Andererseits ist ein eher grundsätzlich die Organisationskultur verändernder Typus erkennbar, der auf längerfristige und strukturelle Ziele setzt, dabei seine politische und handlungsorientierte Eigenständigkeit stärker betont und eher skeptisch gegenüber kurzfristigen, quantitativen Zielen und Steuerungsmethoden ist. Die beiden Typen könnten sich dabei entweder gut ergänzen (und die innerorganisatorische Heterogenität abbilden) oder aber sich wechselseitig blockieren, Widerstände und schlechtere Performanz hervorrufen.

Die Erschließungsprojekte sind damit Teil eines andauernden innerverbandlichen Lernprozesses. Seit den 1990er-Jahren sind unterschiedliche Ansätze des Organisationslernens in der IG Metall beobachtbar. Dazu zählen eine Professionalisierung der Rolle der Gewerkschaftssekretär*innen, etwa durch das Traineeprogramm (seit 2000) und durch Fort- und Weiterbildungsaktivitäten. Im Zentrum der neuen Entwicklung steht eine Stärkung der Projekt- und Kampagnenarbeit. Einzelne Arbeitsschritte der Mitgliederpolitik, die teilweise auch vorher schon angewandt wurden, sollen nunmehr systematisch aufeinander bezogen werden. Damit einher geht eine andere finanzielle, institutionelle und politische Aufwertung des Politikfelds Mitgliederpolitik. Mit den bezirklichen Erschließungsprojekten werden also systematische Ansätze des reflexiven Lernens institutionalisiert. Es bleibt abzuwarten, ob mehr deutsche Gewerkschaften den Pfaden der US-amerikanischen Organisationen folgen, und vor allem stellt sich die Frage, ob das deutsche Modell der sozialpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen in den Teilen, in denen es noch besteht, stabilisiert werden kann.

Literatur

Schroeder, Wolfgang/Fuchs, Stefan/Heller, Lukas (Mitarbeit): Neue Mitglieder für die Gewerkschaften. Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall. OBS-Arbeitsheft 97. Frankfurt: Otto Brenner Stiftung 2019.



Wolfgang Schroeder ist Fellow in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung des WZB. Als Professor an der Universität Kassel leitet er das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. (Foto: Rolf Schulten)

wolfgang.schroeder@wzb.eu

Summary: The concept of American Exceptionalism, which emphasizes cultural individualism, is frequently used to explain why features of western European countries like a strong welfare state and social partnership are lacking in the US. This theory is challenged by new proposals in the US senate for introducing German-style co-determination and by the increasing support of American workers for collective representation. This suggests that the thesis of exceptionalism should be critically reevaluated, as US workers do not appear to be so different concerning the wish for exercising „voice“ at the workplace.

Kurz gefasst: Das Konzept des „amerikanischen Exzeptionalismus“, das den kulturellen Individualismus betont, wird häufig verwendet, um zu erklären, warum es in den USA anders als in westeuropäischen Länder keinen starken Sozialstaat und keine Sozialpartnerschaft gibt. Diese Theorie wird infrage gestellt – zum einen durch neue Gesetzesvorschläge im US-Senat zur Einführung einer Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen, wie sie in Deutschland seit Jahren existiert, und durch die Forderung der amerikanischen Beschäftigten nach einer kollektiven Repräsentation. Dies deutet darauf hin, dass die These des Exzeptionalismus kritisch neu bewertet werden sollte, da die US-Arbeitnehmer*innen in Bezug auf den Wunsch, am Arbeitsplatz mitbestimmen zu wollen, doch nicht so anders sind.

Mehr Mitbestimmung US-Arbeitnehmer*innen wollen eine Stimme am Arbeitsplatz

Sigurt Vitols

Das Konzept des „amerikanischen Exzeptionalismus“ wird in den Sozialwissenschaften oft verwendet, um zu erklären, warum die USA in vielerlei Hinsicht so anders sind und unter den westlichen Staaten eine Sonderstellung einnehmen. So haben die USA im Gegensatz zu vielen Industrieländern keine bedeutende sozialdemokratische Partei, nur einen schwachen Sozialstaat und nur wenige Beschäftigte sind Mitglied einer Gewerkschaft. Die These des „Exzeptionalismus“ ist, dass die amerikanische Kultur ungewöhnlich individualistisch sei und dass die meisten US-Bürger den Kollektivismus ablehnen und die Freiheit des Einzelnen, einschließlich der Unternehmer, an die erste Stelle stellen. Aber stimmt das überhaupt?

Die Arbeitsbeziehungen, besonders die kollektive Vertretung der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz und in den Unternehmensgremien, gilt als einer der Bereiche, in denen der Individualismus besonders ausgeprägt ist. Eine Mehrheit der Arbeitnehmer*innen in den USA wurde noch nie von Gewerkschaften vertreten. Der Spitzenwert der Gewerkschaftszugehörigkeit von rund 33 Prozent wurde Anfang der 1950er-Jahre erreicht und ist seither gesunken; er beträgt derzeit nur rund 6 Prozent im privaten Sektor. Dies steht im starken Gegensatz zu der Mehrheit der EU Länder, in denen mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer*innen durch Gewerkschaften vertreten sind. Darüber hinaus verfügen die meisten EU-Länder über einen rechtlichen Rahmen für die Vertretung der Arbeitnehmer*innen in den Unternehmensorganen, während es in den USA keine solche Gesetzgebung gibt.

Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass vor kurzem in den USA eine neue Debatte über „Putting workers on the board“, also die Wahl von Arbeitnehmern in den Verwaltungsrat entstanden ist. In den USA gibt es mit seinem System aus Vorstand und Aufsichtsrat, anders als in Deutschland, nur einen Verwaltungsrat, genannt Board, der das Unternehmen führt. Zwei US-Senatoren haben Gesetzesvorschläge zur Mitbestimmung vorgelegt, die große US-Unternehmen verpflichten würden, Arbeitnehmervertreter*innen in ihre Verwaltungsräte aufzunehmen. Im März 2018 führte die Politikerin Tammy Baldwin aus dem Bundesstaat

Wisconsin die Idee des „Reward Work Act“ ein, der von den öffentlichen Unternehmen verlangt, dass die Beschäftigten ein Drittel der Vorstandsmitglieder auswählen dürfen. Und im August 2018 stellte Elizabeth Warren (aus dem Bundesstaat Massachusetts), derzeit eine der führenden Kandidatinnen der Demokratischen Partei für die Vorwahlen zu Präsidentschaftswahl, den „Accountable Capitalism Act“ vor. Darin wird vorgeschlagen, dass Arbeitnehmer*innen in Unternehmen mit einem Umsatz von über einer Milliarde US-Dollar mindestens 40 Prozent der Verwaltungsratsmitglieder des Unternehmens wählen können.

Politische Beobachter*innen geben beiden Gesetzentwürfen in dem von den Republikanern dominierten Senat keine Chance. Es ist jedoch wichtig, dass eine potenzielle Präsidentschaftskandidatin und andere Politiker des fortschrittlichen Flügels der Demokratischen Partei jetzt vorschlagen, die Macht der Aktionäre und des Managements in der Unternehmensführung ernsthaft einschränken zu wollen. Die Idee, die Mitbestimmung nach deutschem Vorbild in den USA einzuführen, war lange Zeit hauptsächlich auf US-Wissenschaftler*innen beschränkt, die Europa studiert hatten. Nun ist sie in den amerikanischen Mainstream-Diskurs eingetreten.

Was erklärt diese Verschiebung im politischen Diskurs, die der These des „amerikanischen Exzeptionalismus“ widerspricht? Einer der Faktoren, die zur Erklärung dieser Entwicklung beitragen, ist die immer populärer werdende Vorstellung, dass der unregulierte Kapitalismus in den USA dem Großteil seiner Bürger*innen keinen Nutzen gebracht hat. Eine besonders markante Entwicklung ist die drastische Zunahme der Ungleichheit in den USA und die Stagnation der Realeinkommen der großen Mehrheit der Amerikaner*innen. Obwohl das Vermögen des reichsten „ein Prozents“ der Bevölkerung stetig zugenommen hat, ist das mittlere Vermögen der US-Haushalte heute niedriger als 1984. Ein bedeutender Teil dieser „Superreichen“ besteht aus den Top-Managern und -Managerinnen von US-Unternehmen. Da sie weitgehend in Aktien und Aktienoptionen bezahlt werden, hat der langfristige „Bullenmarkt“ mit seinen anhaltend steigenden Kursen zu einem massiven Anstieg des Vermögens dieser Personen geführt. Die US-Presse berichtet regelmäßig über den wachsenden Wohlstand prominenter CEOs wie Bill Gates von Microsoft, Jeff Bezos von Amazon und Warren Buffet von Berkshire Hathaway.

Befürworter*innen der Einführung einer Unternehmensmitbestimmung stützen ihre Argumente zum Teil auf internationale Vergleiche, besonders aus Deutschland. So hat das WZB-Forschungsprojekt „Mitbestimmung und eine zukunftsweisende Unternehmensführung: Messung von Stärke und Einfluss durch einen Mitbestimmungsindex (MB-ix)“ deutlich gemacht, dass Unternehmen mit starker Mitbestimmung mehr in Ausbildung investieren und nachhaltiger sind als Unternehmen in Deutschland, in denen die Arbeitnehmer*innen nicht mitbestimmen. Internationale Vergleiche zeigen, dass der Stundenlohn im privaten Sektor und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung viel höher in Ländern sind, in denen es eine Unternehmensmitbestimmung gibt.

Die Anhänger*innen der Mitbestimmung argumentieren, dass die Vertretung der Beschäftigten in Unternehmensgremien eine Reihe positiver Auswirkungen hätte. Erstens erhalten die Top-Führungskräfte dieser Unternehmen tendenziell weniger Vergütung und ein geringerer Teil dieser Vergütung entfällt auf Aktienoptionen. So würde die Aufnahme von Arbeitnehmervertreter*innen in den Verwaltungsrat das Einkommen der Superreichen direkt verringern. Es würde auch die Ausrichtung dieser Top-Manager*innen auf die Aktionäre reduzieren und mehr auf andere Interessengruppen im Unternehmen verlagern.

Zweitens neigen Unternehmen, in denen die Arbeitnehmervertreter*innen mitbestimmen, dazu, ihre eigenen Aktien seltener zurückzukaufen als Unternehmen ohne Mitbestimmung. Vermutlich auf Druck von kurzfristig orientierten Investoren haben börsennotierte Unternehmen in den USA einen massiven Teil ihrer Gewinne genutzt, um ihre Aktien zurückzukaufen. Das bedeutet jedoch, dass weniger Geld für Investitionen zur Verfügung steht, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der langfristigen Perspektiven der Unternehmen beitragen. Durch den Abbau von Aktienrückkäufen könnte die Menge



Sigurt Vitols ist Themenbereichsleiter des Promotionskollegs „Gute Arbeit“: Ansätze zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. (Foto: David Ausserhofer)

sigurtvitols@wzb.eu

der für die Wiederinvestition in die Unternehmen verfügbaren Mittel erhöht werden.

Ein zweiter Erklärungsansatz für das Interesse an Mitbestimmung ist jedoch der seit langem unerfüllte Wunsch der Arbeitnehmer*innen nach einer kollektiven Stimme am Arbeitsplatz und im Unternehmen. Im direkten Gegensatz zur These des „amerikanischen Individualismus“ zeigen groß angelegte Umfragen in den USA, dass die Mehrheit der Amerikaner*innen – ähnlich wie in anderen Ländern – mehr Entscheidungsbefugnisse an ihrem Arbeitsplatz haben will. Das Projekt „What do Workers Want“ von Richard Freeman (Harvard University) und Joel Rogers (University Wisconsin-Madison) in den 90er-Jahren zeigte, dass eine Mehrheit der Arbeitnehmer*innen kollektive Repräsentationsmodelle wie Betriebsräte unterstützte. Berichten zufolge hatte die Clinton-Regierung damals Rechtsvorschriften einführen wollen, die Betriebsräte in den USA ermöglicht hätten.

Eine neuere Umfrage eines Forscherteams um den Professor for Management Thomas Kochan vom Massachusetts Institute of Technology aus dem Jahr 2017 macht deutlich, dass der Anteil der Arbeitnehmer*innen, die einer Gewerkschaft beitreten wollen, in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen hat. Eine weitere aktuelle Umfrage des Umfrageinstituts Civic Analytics unter 3.300 wahlberechtigten Personen zeigt, dass 53 Prozent die Idee unterstützen, Arbeitnehmer*innen in die Unternehmensleitung zu entsenden; nur 22 Prozent waren dagegen.

Die Reaktion von Wirtschaft und Konservativen auf diesen Vorschlag ist – das war vorauszusehen – negativ. Die Bestrebungen gelten als sozialistisch, da sie im Widerspruch zu den amerikanischen Werten stünden. Kevin Williamson, Korrespondent für die einflussreiche konservative Zeitschrift *National Review*, schrieb, der Vorschlag von Elizabeth Warren sei „die größte Beschlagnahme von Privateigentum in der Geschichte der Menschheit“. Scott Shackford, Redakteur der liberalen Zeitschrift *Reason*, behauptete, der Gesetzesentwurf sei „Elizabeth Warrens Plan für die Zerstörung des Kapitalismus“. Aber trotz dieser Widerstände hat die Unterstützung der Mehrheit der Amerikaner*innen für eine kollektive Repräsentation in Unternehmen ihren Weg in den politischen Mainstream-Diskurs gefunden. Es ist an der Zeit, die Theorie des „amerikanischen Exzeptionalismus“ neu zu bewerten, wenn US-amerikanische Entwicklungen analysiert werden sollen. Die US-amerikanischen Arbeitnehmer*innen scheinen doch nicht anders als ihre europäischen Kolleginnen und Kollegen zu sein, wenn es um den Wunsch geht, eine Stimme am Arbeitsplatz zu haben.

Literatur

De Spiegelaere, Stan/Hoffmann, Aline/Jagodziński, Romuald/Lafuente Hernández, Sara/Rasnača, Zane/Vitols, Sigurt: „Democracy at Work“. In: European Trade Union Confederation/European Trade Union Institute (Hg): Benchmarking Working Europe 2019, Brüssel: ETUC/ETUI 2019, Kapitel 4.

Freeman, Richard/Rogers, Joel: What Workers Want. Ithaca: Cornell University Press 1999.

Kochan, Thomas A./Yang, Duanyi/Kimball, William T./Kelly, Erin L.: „Worker Voice in America: Is There Still a Gap between What Workers Expect and What They Experience?“ In: ILR Review, 2019, Jg. 72, H. 1, S. 3–38.

Lipset, Seymour: The First New Nation: The United States in Historical and Comparative Perspective. New York: Anchor 1963.

Scholz, Robert/Vitols, Sigurt: „Co-determination: a Driving Force for Corporate Social Responsibility in German Companies?“ In: European Journal of Industrial Relations (im Erscheinen).

Wie die Wirtschaftswissenschaften zum Experiment kamen Ein deutsch-amerikanisches Gespräch

Steffen Huck und Daniel Friedman

Huck: Oft wird gesagt, die moderne experimentelle Ökonomie speise sich aus zwei Traditionen: der deutschen und der amerikanischen. Als Väter der deutschen Schule gelten Heinz Sauer mann und Reinhard Selten, als der der amerikanischen Vernon Smith. Aber so einfach ist es nicht.

Friedman: Ja, Geschichte ist wie ein fraktales Gebilde – je genauer man hinsieht, desto mehr Verästelungen entdeckt man. Vernon Smith ist sicher eine zentrale Figur, aber er kam ja nicht aus dem Nichts. Die sehr einflussreichen Marktexperimente, die er in den 1950er- und 1960er-Jahren machte, sind zum Teil eine Gegenreaktion auf die Arbeit seines Lehrers in Harvard, Edward Chamberlin, und sie greifen amerikanische Experimentalpsychologen wie vor allem Sidney Siegel auf. Die experimentelle Psychologie wiederum hat tiefe Wurzeln gerade in Deutschland.

Huck: Da müssen wir bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen. An der Universität Leipzig begründete Ernst Weber 1830 die experimentelle Psychologie, als er erforschte, wie subjektive Sinneseindrücke mit objektiv messbaren Größen wie etwa Dezibel zusammenhängen. Etwa 30 Jahre später systematisierten Gustav Fechner und Wilhelm Wundt diese Arbeit, die inzwischen als Psychophysik bekannt war – ebenfalls in Leipzig. Das hat der ökonomischen Theorie enorme Anstöße gegeben. Francis Ysidro Edgeworth zum Beispiel hätte seinen mathematischen Ansatz in der Erforschung dessen, welchen Wert Menschen Objekten und Tausch beimessen, nie so weit voranbringen können, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, dass die Psychophysik eines Tages Glück und Wohlbefinden verlässlich würde messen können.

Friedman: Ich bin nun kein Experte in experimenteller Psychologie, aber ich weiß, dass die Amerikaner Louis Leon Thurstone lieben, der in der Entwicklung dieses Fachs eine wichtige Rolle spielte.

Huck: Er war ausgebildeter Ingenieur und arbeitete mit Thomas Edison zusammen, bevor er begann, Psychologie zu studieren.

Friedman: Wie die Leipziger Weber und Fechner waren diese frühen Psychophysiker Materialisten. Aber die wichtigste Rolle für die experimentelle Ökonomie in Amerika spielte der Psychologe Sidney Siegel. Obwohl er sehr jung starb – nur acht Jahre nach seiner Promotion! –, lehrte er Vernon Smith die Kunst des strengen, wiederholbaren Experiments. Unsere Anleitungen bei Experimenten enthalten oft immer noch Sätze, die direkt von Siegel stammen. Er schrieb einen Text über parameterfreie Statistik, mit dem manche von uns immer noch arbeiten, und er hat gemeinsam mit Larry Fouraker einige der besten Experimente zum Oligopol aufgelegt – also zu einer Marktsituation mit wenigen Anbietern bei großer Nachfrage.

Huck: Dieses Thema hat auch Sauer mann und Selten beschäftigt, wobei man sagen muss, dass ihre Experimente dazu unglaublich kompliziert waren. Diese Eigenschaft der frühen deutschen Schule, die Vorliebe für sehr vielschichtige Settings, wird oft ziemlich ausgeblendet.

Friedman: Na ja, dieser Hang zum Komplexen war ja nicht nur eine deutsche Sache. Austin Hoggatt hat um 1960 in Berkeley sehr komplizierte – und interessante – computerbasierte Experimente entwickelt, zusammen mit dem Spieltheoretiker James Friedman, mit dem ich übrigens weder verwandt noch verschwägert bin.

In der Physik oder der Biologie sind Experimente schon lange methodischer Standard. Die Ökonomie als Fach zog erst langsam nach und begann, menschliches Verhalten in Laborversuchen zu studieren. Mit dem Nobelpreis an Vernon Smith im Jahr 2002 ist die experimentelle Ökonomie endgültig im Kanon angekommen. Über Wurzeln, Zweige und Blüten des Fachgebiets unterhalten sich Steffen Huck, Direktor der WZB-Abteilung Ökonomik des Wandels, und sein amerikanischer Kollege Daniel Friedman von der University of California, Santa Cruz.



Steffen Huck ist Direktor der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB und Professor für Ökonomie am University College London. (Foto: David Ausserhofer)

steffen.huck@wzb.eu

Nun mögen Komplikationen ja dem wahren Leben entsprechen, aber deswegen sind sie wissenschaftlich noch lange nicht sinnvoll. Wie viele andere Experimentelle, die um 1980 herum in die Arbeit einstiegen, haben mich die eloquenten Ausführungen von Charlie Plott über die Tugend der Einfachheit im Labor sehr überzeugt. Die Theorie zeigt dir die entscheidenden Variablen, und du hast deine Laborumgebung so zu bauen, dass du den Einfluss dieser Variablen isoliert zeigen kannst. So bringst du die Wissenschaft voran.

Huck: Aber wenn mit einfachsten Umgebungen die Grundlagen erstmal gelegt sind, dann kann man schon Komplikationen hinzufügen und immer noch verwertbare Ergebnisse erhalten. Wir beide haben ja genau das gemacht, in unseren Oligopol-Experimenten mit Ryan Oprea und Simon Weidenholzer. Wir haben auf die Arbeit von 50 Jahren aufgebaut, konnten aber die Informationsstruktur und die Dauer der Interaktion verändern und so neue Erkenntnisse darüber gewinnen, wie Kooperation entsteht.

Friedman: Allerdings. Ich würde sogar sagen, dass wir erst jetzt die Experimente von Hoggatt und Friedman richtig interpretieren können. Deren Mitspieler*innen haben versucht, ihre Bereitschaft zu Absprachen zu signalisieren, also zu kooperieren. Damals hat das niemand erkannt.

Huck: Deshalb sind diese Untersuchungen so nachhaltig. Oligopol-Spiele behandeln viel mehr als nur unvollkommene Märkte. Tief drinnen geht es bei diesen Experimenten um den ewigen Konflikt zwischen Kooperation und Wettbewerb – ein Konflikt, der letztlich auch der Evolutionsbiologie zugrunde liegt. Aber wenn wir nochmal auf die drei „S“ zurückkommen, auf Sauermann und Selten in Deutschland und Smith in den USA, dann fällt doch auf, dass ihre Schulen sehr unterschiedlich in der Ausrichtung waren, obwohl sie ungefähr Zeitgenossen waren. Die amerikanische Linie war sehr affirmativ, sie wollte zeigen, wie gut Markttheorien funktionieren. Die Deutschen dagegen legten den Schwerpunkt auf mögliche Abweichungen von der Rationalität.

Friedman: Aber diese deutsche Fixierung wurde in Amerika aufgegriffen. 1948 schrieb Edward Chamberlin einen Artikel, in dem er die Logik des Marktgleichgewichts bestritt, also durchaus ähnlich der deutschen Agenda. Vernon Smith – der zufällig ein Teilnehmer der Experimente war, die Chamberlin in seinen Vorlesungen machte – war nicht überzeugt davon. Und so ging er daran zu zeigen, dass sich in Märkten sehr wohl Angebot und Nachfrage wie in der Theorie treffen, wenn sie denn gut organisiert sind; besonders, wenn es genug Transparenz über Preise und zur Verfügung stehende Mengen gibt.

Huck: Das war ein enorm wichtiger Beitrag.

Friedman: Allerdings – obwohl er ironischerweise zunächst gar nicht gut ankam. Die eingefleischten Neoklassiker hielten diese Erkenntnisse für selbstverständlich, viele Theoretiker hingegen (darunter auch meine Lehrer!) waren skeptisch, weil Smith kompetitives Verhalten bei nur vier Käufern und vier Verkäufern zeigen konnte.

Huck: So ging es ja auch mit dem nächsten bahnbrechenden Experiment. Werner Güth hat mit seinem Ultimatum-Spiel die zentrale Rolle von Fairness belegt – heute spricht man in der Wirtschaftswissenschaft von „sozialen Präferenzen“. Ich hatte einmal Einsicht in die Originalgutachten. Sie nannten die Ergebnisse, die zeigten, dass Menschen eben nicht nur ihr eigenes Einkommen zu mehren versuchen, eine „Kuriosität“, die der Veröffentlichung nicht wert sei. Zum Glück war Richard Day, der Mitbegründer des damals ganz neuen *Journals of Economic Behavior and Organization*, anderer Meinung. Der Rest ist Geschichte.

Friedman: Aber selbst dann brauchte es noch lange, bis der Mainstream der Ökonomen den empirischen Wert von Laborexperimenten anerkannte. Das ist das wahre Erbe der Pioniere.

Huck: Unbestritten. Aber die amerikanischen Pioniere machten auch entscheidende Fehler. Ich sage es nicht gerne, Dan, aber ihre Datenanalyse war manchmal schlicht falsch.

Friedman: Du spielst jetzt auf die Frage an, was als Beobachtung gelten kann?

Huck: Genau. Viel zu lang gab es viel zu viele Studien, die mehrfache Entscheidungen eines Teilnehmers als statistisch unabhängige Entscheidungen werteten. Das verfälschte die Ergebnisse. Ich habe solche Artikel noch nach der Jahrtausendwende gesehen; unter den Autoren waren Superstars unseres Fachs.

Friedman: In Deutschland kam das nicht so oft vor – was Reinhard Selten zu verdanken ist.

Huck: Der konnte sich wahnsinnig aufregen über dieses Problem der wiederholten Messungen. Ich kann mich an eine Konferenz in Deutschland erinnern, kurz nach seinem Nobelpreis, bei der er einem Redner, der extra aus Australien ange-reist war, erklärte, seine Arbeit sei „wissenschaftliche Umweltverschmutzung“.

Friedman: Das ist ganz schön hart. Aber alles in allem bin ich ein großer Fan von Selten, er hat mich mit seinen Beiträgen zur Spieltheorie und zur experimentellen Ökonomie sehr beeinflusst. Allerdings konnte ich mich nie seiner Lösung dieses Problems anschließen, nämlich alle Daten einer Sitzung zu einer Zahl zusammenzufassen – also vielleicht Hunderte von einzelnen Entscheidungen! Ich habe schon 1988 gesagt, dass wir, bis wir die Unabhängigkeit der Beobachtungen ad-äquat charakterisieren können, darüber nachdenken sollten, beides zu berichten: die konservativen Tests und die Tests, die vielleicht immer noch „wiederholte Messungen“ enthalten. Aber glücklicherweise scheint diese Kontroverse in den letzten Jahren abgeebbt zu sein, als die Ökonometrie ihren Siegeszug in der experimentellen Ökonomie antrat und man angefangen hat, die Fehlerstruktur in Daten formal zu erfassen. Ich denke, das ist ein guter Kompromiss; so können wir Fortschritte in der Erforschung von Interdependenzen machen.

Huck: Ja, in diesem Streit scheint man sich aufeinander zuzubewegen. Wie überhaupt. Seit Mitte der 1990er-Jahre sehen junge Experimentalökonom*innen in Deutschland das Feld ganz ähnlich wie ihre jungen amerikanischen Kolleg*innen.

Friedman: Da stimme ich zu. Ich bin sicher, dass es neue Kontroversen geben wird und auch unterschiedliche Schwerpunkte, aber ich denke, sie werden nicht mehr so stark geografisch strukturiert sein. Es gibt heute viel weniger Hemmungen, voneinander zu lernen. Ich bin den Pionieren auch dafür dankbar.

Huck: Also Selten, Smith und Plott?

Friedman: Ja, aber auch anderen, die die Economic Science Association (ESA) gegründet und etabliert haben. Die Gründung 1986 haben Vernon Smith und Charlie Plott verantwortet, aber bald kamen Ray Battalio, Al Roth und andere amerikanische Pioniere dazu. Und sie hatten engen Austausch mit Selten und anderen in Europa. 1997 wurde die ESA international, mit jährlichen Regionaltreffen in Europa, später im Asien-Pazifik-Raum und jährlichen Weltkonferenzen, die mindestens jedes dritte Jahr außerhalb Amerikas stattfinden. Allerdings stammen bislang erst zwei ESA-Präsidenten, nämlich Ernst Fehr und Jacob Goeree, nicht aus Amerika.

Huck: Allerdings hat die experimentelle Revolution Deutschland stärker geprägt als Amerika. Wenn man zum Beispiel auf die Länderrankings des Netzwerks RePEc (Research Papers in Economics) schaut, dann sind unter den Top-Ökonom*innen der USA gerade mal 5 Prozent experimentell arbeitende – in Deutschland sind es 30 Prozent.

Friedman: In Deutschland gibt es seit zwanzig Jahren einen richtiggehenden Boom der experimentellen Ökonomie. Denkst du, das spiegelt den alten Einfluss des deutschen Idealismus in unserem Feld wider?

Huck: Oh ja! Für einen Idealisten ist das Laborexperiment doch das perfekte Instrument empirischer Forschung – den Unebenheiten der Welt da draußen weit entzogen.



Daniel Friedman ist Distinguished Professor of Economics an der University of California, Santa Cruz, und Forschungsprofessor am WZB. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der angewandten ökonomischen Theorie mit Schwerpunkt Lernen und Evolution sowie von Laborexperimenten und Finanzmärkten. *(Foto: Martina Sander)*

dan@ucsc.edu

Die Hälfte von allem Warum ein Paritätsgesetz die Demokratie stärkt

Vanessa Wintermantel

Summary: A cross-party initiative advocates a gender parity law in order to increase the proportion of women in the German Bundestag. The objection that such a law would violate the principles of electoral freedom and equality can be countered from a democratic theory perspective. In fact, a parity law could be an essential step towards combating structural discrimination and towards the democratization of party-based political decision-making.

Kurz gefasst: Eine fraktionsübergreifende Initiative setzt sich für ein Geschlechterparitätsgesetz ein, um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen. Einwänden, das Paritätsgesetz sei ein Eingriff in die Grundsätze der freien und gleichen Wahl, kann mit demokratietheoretischen Argumenten begegnet werden. Denn das Paritätsgesetz kann ein wichtiger Schritt sein, um struktureller Diskriminierung entgegenzuwirken und die durch die Parteien organisierte politische Willensbildung zu demokratisieren.

„Die Hälfte der Welt gehört den Frauen – und damit auch die Hälfte der Parlamentssitze“. Mit diesen Worten begründete Andrea Nahles in einem Interview im Februar den Vorstoß einer fraktionsübergreifenden Initiative von Parlamentarier*innen, die sich dafür einsetzt, den Frauenanteil im Bundestag per Gesetz zu erhöhen. Dieser ist mit knapp 31 Prozent gegenüber der letzten Legislaturperiode sogar gesunken. Paritätsgesetze, wie sie etwa in Frankreich oder Tunesien bereits existieren, verpflichten Parteien dazu, abwechselnd männliche und weibliche Kandidat*innen auf ihren Wahllisten zu nominieren. Diesem Prinzip folgt auch das Paritätsgesetz, das der Brandenburger Landtag im Januar verabschiedet hat. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in der Verfassung vorgeschrieben – und damit keineswegs der inhaltlichen Ausrichtung oder freiwilligen Verpflichtung einzelner Parteien oder der Präferenz der Wahlberechtigten überlassen. Grund genug, sich mit der vehement geführten Auseinandersetzung über ein Paritätsgesetz aus demokratietheoretischer Perspektive zu befassen.

Einige Verfassungsrechtler*innen halten den Vorschlag eines Paritätsgesetzes für unvereinbar mit dem Grundgesetz: Es schränke erstens das freie Wahlvorschlagsrecht ein. Zweitens sei das Paritätsgesetz ein Eingriff in die Wahlgleichheit, da nicht mehr alle Parteimitglieder die gleichen Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz hätten. Drittens schränke es die Parteienautonomie ein, da es das inhaltliche Profil und die Unabhängigkeit einer Partei beeinflusse.

Diese Auffassung unterstellt, dass die Chancen auf günstige Listenplätze, Ämter und Führungspositionen heute – ohne das Gesetz – bereits für alle gleich sind. Von diesem Ideal ist die Bundesrepublik jedoch weit entfernt: Tradierte Parteistrukturen und Rekrutierungsmaßnahmen, stereotype Rollenzuschreibungen, die Frauen den größten Anteil an Haus-, Familien- und Sorgearbeit aufbürden, organisatorische Bedingungen wie abendliche Sitzungen und informelle „Männerbünde“ erschweren Frauen bis heute nicht nur den Zugang zu politischen Führungsämtern, sondern bereits den Einstieg in die Parteienpolitik. Diese diskriminierenden Strukturen sind so tief in Konventionen und Traditionen verankert, dass die Andersbehandlung von Frauen häufig sogar den Betroffenen natürlich vorkommt.

Entgegen manchen Einwänden würde das Paritätsgesetz keine neue Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts erschaffen, sondern einer bestehenden entgegenwirken – und zwar der Privilegierung männlicher Kandidaten. Immer noch wird Männern grundsätzlich ein größerer Sachverstand unterstellt. Sicheres Auftreten wird ihnen als Führungsstärke und nicht als Herrschsucht ausgelegt. Niemand fragt sie, wie sie es schaffen, ihr politisches Amt mit der Familie zu vereinbaren oder ob sie sich ein Amt wirklich zutrauen. Männer sind niemandes Mädchen und niemandes Mutti. Sie sind in ihrem Amt, weil sie es draufhaben und nicht wegen ihrer schönen Beine. Niemand findet ihre Stimme oder ihr Auftreten zu laut, zu schrill, zu burschikos oder zu unscheinbar.

Dieser strukturelle *gender bias* sorgt dafür, dass Frauen und Männer nicht unter den gleichen Bedingungen für Ämter ins Rennen gehen. Das Paritätsgesetz würde einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die alten Strukturen zu durchbrechen. Weit davon entfernt, die Grundsätze der freien und gleichen Wahl zu verletzen,

könnte es gewährleisten, dass diese wichtigen Wahlrechtsgrundsätze künftig auch uneingeschränkt für Frauen gelten.

Gegner*innen des Paritätsgesetzes beschreiben es häufig als falsch verstandene Identitätspolitik. Sie kritisieren, dass es Frauen auf ihre weiblichen Geschlechtsmerkmale reduziere. Dabei teilen nicht alle Frauen bestimmte Eigenschaften wie Empathie oder Risikobewusstsein, die sie von allen Männern unterscheiden. Solche geschlechterstereotypen Zuschreibungen sind gefährlich, da sie diskriminierende Vorurteile reproduzieren und verfestigen. Denn gerade aufgrund der Rollen und Eigenschaften, die die Gesellschaft Frauen seit Jahrhunderten zuweist, haben sie bis heute schlechtere Chancen auf eine Karriere in der Politik – oder sonst wo. Nicht die romantisierenden Vorstellungen weiblicher Eigenschaften begründen die Notwendigkeit eines Paritätsgesetzes, sondern die Tatsache, dass Frauen als Hälfte der Gesellschaft zu gleichen Teilen an politischen Entscheidungen beteiligt werden müssen.

Dass drei der wichtigsten Parteipositionen in Deutschland bis vor Kurzem von Frauen besetzt waren, ist übrigens kein Grund zur Entwarnung. Angela Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer und Andrea Nahles müssen und mussten eine unverhältnismäßige öffentliche Infragestellung ihrer politischen und persönlichen Kompetenzen in Kauf nehmen. Und der Blick in die zweite Reihe zeigt, dass sie noch immer Ausnahmen sind. Volle Gleichberechtigung der Geschlechter ist heute in Deutschland ebenso wenig erreicht wie die postrassistische Gesellschaft in den USA – trotz der Präsidentschaft Barack Obamas.

Auch manche Frauen lehnen frauenfördernde Maßnahmen wie das Paritätsgesetz ab, da sie befürchten, dass sie als „Quotenfrau“ belächelt werden könnten. Dabei ist es heute häufig noch so, dass Frauen erheblich besser qualifiziert sein müssen, um objektiv weniger kompetente männliche Konkurrenten auszustechen. Dieser Ungleichbehandlung würde das Paritätsgesetz ein Ende setzen. Niemand möchte sich vorwerfen lassen, aufgrund einer Quote gewählt worden zu sein – aber noch viel weniger sollte qualifizierten Frauen mangels einer Quote der Weg ins Amt verwehrt werden.

Da sich die Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern auch heute noch maßgeblich unterscheiden, kann demokratische Repräsentation nur gewährleistet werden, wenn Frauen dieselben Chancen haben, ihre Anliegen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Es geht nicht darum, eine etwa von der Repräsentationstheoretikerin Hanna Pitkin geringgeschätzte „deskriptive Repräsentation“ zu erreichen, bei der die rein äußerlichen Eigenschaften der Bevölkerung im Parlament bestmöglich gespiegelt werden müssten. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass politisch bedeutsame Unterschiede repräsentiert werden und benachteiligte Gruppen so ihre Interessen gleichermaßen in den demokratischen Entscheidungsprozess einbringen können. Das Geschlecht eines Menschen ist kein rein äußerliches Merkmal, sondern hat durch die daran gekoppelte Andersbehandlung eine politische Dimension. Wie Anne Phillips überzeugend darlegt, bestimmt die Politik der Präsenz maßgeblich, welche Ideen in der politischen Arena verhandelt werden. Welche Ideen das sind, lasse sich im Voraus allerdings nicht bestimmen: Das Interesse jeder benachteiligten Gruppe sei zunächst das *inter-esse*, das Dabeisein und Mitbestimmen.

Solange sich die Lebenswirklichkeiten der Menschen nach Geschlecht unterscheiden, ist die paritätische Repräsentation von Frauen ein wichtiger Maßstab zur Bewertung der Qualität einer Demokratie. Sicherlich kann auch ein Mann eine frauenfördernde Politik vertreten, ebenso wie sich westdeutsche Abgeordnete für ostdeutsche Interessen oder Besserverdiener*innen für die Belange der sozial Benachteiligten einsetzen können. Auch kann eine Frau durchaus eine antiemanzipatorische Politik vertreten. Die Unterrepräsentation einer benachteiligten Gruppe und die daraus resultierende unverhältnismäßige Homogenität unter den Repräsentierenden führen jedoch dazu, dass die Auswirkungen eines politischen Vorhabens auf sie nicht mitgedacht werden.

Versuche, die Benachteiligung sichtbar zu machen, müssen unter diesen Umständen scheitern. Die Interessen der Benachteiligten können entweder gar



Vanessa Wintermantel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der demokratischen Legitimität verschiedener Arten von Grenzen. (Foto: David Ausserhofer)

vanessa.wintermantel@wzb.eu

nicht erst vorgebracht werden oder haben geringe Chancen, eine Mehrheit zu finden. Es ist ein Teufelskreis: Je schlechter eine benachteiligte Gruppe im politischen Prozess vertreten ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die Anliegen und Interessen, die sich aus ihrer schlechtergestellten Position ergeben, proportional vertreten werden. Aktuelle Forschung geht davon aus, dass es einer *critical mass* an Frauen bedarf, damit sich ihre Präsenz in substantielle Repräsentation übersetzt. Die paritätische Repräsentation von Frauen muss also gesetzlich garantiert werden, weil das Fortbestehen ihrer Diskriminierung eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes darstellt.

Einige Kritiker*innen befürchten, dass das Paritätsgesetz Männer diskriminieren könnte, da durch seine Einführung manch qualifizierter Mann schlechtere Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz hätte. Durchaus kann sich Gleichberechtigung aus einer privilegierten Position heraus wie Diskriminierung anfühlen. Aber dieses Gefühl kann nicht die Grundlage für das Fortbestehen der faktischen Benachteiligung von Frauen sein. Das Paritätsgesetz hat zum Ziel, jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu bekämpfen. Würde eine Partei versuchen, wesentlich mehr Frauen auf ihrer Wahlliste zu nominieren, würde das Paritätsgesetz auch diesem Ungleichgewicht entgegenwirken und die paritätische Repräsentation von Männern erhalten.

Ein ernst zu nehmender Einwand gegen das Paritätsgesetz ist, dass es das Konstrukt binärer Geschlechteridentitäten verfestigt und somit Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugehörig fühlen, benachteiligt. Dieser Einwand markiert drei wichtige Einsichten: Erstens weist er zu Recht darauf hin, dass jede Kategorisierung nicht nur Gewinner*innen und Verlierer*innen schafft, sondern auch Marginalisierte, die durch jedes Raster fallen und somit unsichtbar werden. Zweitens verdeutlicht er, dass gesellschaftliche Identitätszuschreibungen diskriminierend sein können – vor allem, wenn sie von den Betroffenen als unzutreffend empfunden werden. Drittens unterstreicht er, dass Frauen nicht die einzige soziale Gruppe sind, die gesellschaftlich benachteiligt und in politischen Ämtern unterrepräsentiert sind. Schlecht vertreten in der Politik sind auch Menschen, die sich jenseits der Kategorien Mann und Frau verorten, junge Menschen und solche mit Behinderung oder geringer Bildung, Ostdeutsche, Armutsgefährdete, Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte, LGBTIQ – und vor allem Menschen, auf die mehrere dieser Merkmale zutreffen. Das Gesetz zur Geschlechterparität kann also nur ein erster Schritt auf dem langen Weg der umfassenden Demokratisierung der politischen Repräsentation sein. Denn das Prinzip der Gleichheit erfordert eine angemessene Vertretung aller benachteiligten sozialen Gruppen.

Diese Erkenntnis liefert allerdings den Gegner*innen des Paritätsgesetzes ein weiteres Argument: Sie warnen, dass seine Einführung der Zerstückelung des Parlaments durch komplexe Quotierungen die Tür öffnen könnte, dass also demnächst alle möglichen Gruppen eine eigene Quotenregelung einfordern könnten: Menschen mit Rassismuserfahrung, Armutsgefährdete und unter 30-Jährige, aber auch Hobby-Jäger*innen, Bankangestellte oder Reichsbürger*innen. Wie könnte entschieden werden, welche sozialen Gruppen politisch relevant sind, und wie müssten die Gruppen zugeschnitten sein, um allen gerecht zu werden? Entscheidend ist dafür, inwiefern die Zugehörigkeit zu einer Gruppe die Grundlage für eine andauernde gesellschaftliche Benachteiligung darstellt. Nun ist die politische Bedeutung verschiedener Gruppenzugehörigkeiten wandelbar: Vielleicht wird das Merkmal Geschlecht im Laufe der Zeit an politischer Bedeutung verlieren, anderen Gruppenzugehörigkeiten könnte dafür eine größere politische Wichtigkeit zukommen. Um vor dem Hintergrund dieser Kontingenz gleiche Teilhabe für alle zu garantieren, müsste das Recht auf angemessene Repräsentation für benachteiligte Gruppen grundsätzlich verfassungsrechtlich gestärkt werden. Als selbstreflexives System ist die Demokratie verpflichtet, immer wieder zu hinterfragen, wen sie entgegen ihren eigenen Grundsätzen benachteiligt oder gar ausschließt. Das ist kompliziert, unbequem und lästig – aber genau das bedeutet Demokratie.

Literatur

Blome, Agnes/Fuchs, Gesine: *Macht und substantielle Repräsentation von Frauen*. In: *Femina Politica*, 1–2017, S. 55–69.

Phillips, Anne: *The Politics of Presence*. Oxford: Oxford University Press 1995.

Pitkin, Hanna Fenichel: *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press 1967.

Young, Iris Marion: *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press 1990.

Nachgefragt bei Axel Schröder: Wie klappt der Wechsel von der Forschung in die Wirtschaft?

Welche Erfahrungen aus der Forschung können Sie im Unternehmen einbringen? Meine Arbeit im WZB untersuchte sehr praxisnah, wie Arbeitnehmervertreter ihre Anliegen in internationalen Lieferketten beziehungsweise Produktionsnetzwerken über globale Rahmenvereinbarungen durchsetzen können. Der Kaffee- und Konsumgüterhändler Tchibo hat eine solche Vereinbarung seit 2016. Deren Umsetzung im Unternehmen und den Lieferketten gehört jetzt zu meiner Arbeit. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse spielen in meinem Arbeitsbereich eine wichtige Rolle – in Bezug auf Menschenrechte, gute Arbeit und soziale Dynamiken in der Produktion. **Wie profitiert Tchibo von Ihren Erkenntnissen?** Von der Tradition der kritischen Analyse, die am WZB gepflegt wird, profitiert mein Arbeitgeber nicht unbedingt direkt. Aber ich kann ihm helfen, seinen Blick zu weiten und aus Erkenntnissen anderer zu lernen. **Wie schwer war der Wechsel in die freie Wirtschaft?** Meine Kenntnis der wissenschaftlichen Diskussionen in meinem Tätigkeitsfeld hat mir den Start eher erleichtert. Anders als befreundete Forscher*innen stieß ich nicht auf Vorbehalte gegenüber Wissenschaftler*innen. Schnell wurde mir aber klar: Du schaust nicht mehr aus der Distanz auf „dein“ Thema, sondern stehst mittendrin und musst Entscheidungen treffen. Und: Die Geschwindigkeit ist deutlich höher. **Wie bewerten Sie die Arbeit in der Praxis?** Zu meinem Forschungsthema in der Praxis zu arbeiten, empfinde ich als sehr bereichernd. Noch wird der Wert der (Sozial-)Wissenschaft in der Wirtschaft oft unterschätzt, aber das ändert sich langsam. Für mich als Forscher schärft die Arbeit im Unternehmen den Blick auf das Feld. Das Verhältnis ist also keine Einbahnstraße. Und für die Karriere ist es sicher keine Sackgasse.

Axel Schröder war bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion, bevor er Sustainability Manager (Human Rights) bei Tchibo wurde. *[Foto: Martina Sander]*

Die Fragen stellte Kerstin Schneider.



Komplex ist das neue Normal Forschung muss mit der Widerständigkeit des Sozialen rechnen

Roland A. Römhildt

Summary: Social science should delineate society's complexity not as one phenomenon amongst others. Rather, complexity constitutes the peculiarity of its subject-matter and thus its main work focus. This should be reflected in its epistemological orientation, which cannot function monofactorially. Its task is to render network effects, which are difficult to grasp, more comprehensible, without proceeding reductionist. By opposing „all or nothing“ approaches and developing institutional solutions more flexible than these commonly advocated politically, social science can stay relevant for democratic politics.

Kurz gefasst: Sozialwissenschaft sollte die steigende Komplexität der Gesellschaft nicht als ein Phänomen neben anderen betrachten. Vielmehr liegt hier das Eigentümliche ihres Gegenstands und damit der Kern ihrer Arbeit. Das muss sich in ihrer Erkenntnisorientierung spiegeln, die nicht monofaktoriell funktionieren kann. Ihre Aufgabe liegt darin, schwer fassbare Netzwerkeffekte nachvollziehbarer werden zu lassen, ohne sie zu reduzieren. Indem sie einem „Alles oder Nichts“ entgegentritt und flexiblere institutionelle Lösungen erarbeitet, als sie politisch meist vertreten werden, kann sie demokratiepolitisch relevant bleiben.

Mit einem berühmt gewordenen Bonmot umschrieb der Quantenphysiker Wolfgang Pauli das Weltbild seines Kollegen Paul Dirac: „Es gibt keinen Gott und Dirac ist sein Prophet“. Pauli spielte auf das islamische Glaubensbekenntnis an und unterstrich damit, dass auch naturwissenschaftliche Weltbilder glaubensförmig funktionieren, sobald sie ihre Perspektive absolut setzen und ihre Voraussetzungen ignorieren. Eben diese Perspektive nimmt der Historiker Jerry Z. Muller in seinem Buch „The Tyranny of Metrics“ ins Visier, in dem er eine „metric fixation“ darstellt. Diese möchte in ihrer Fixierung auf Zahlen und Messbarkeit wissenschaftlich sein. Durch die Ausblendung kontextueller Faktoren bei der Quantifizierung wissenschaftlicher, schulischer oder medizinischer Belange (einige Beispielgebiete Mullers) geht jedoch das Gespür für die Genese vermeintlich objektiver Maßstäbe verloren. Unbeabsichtigte Folgeeffekte passieren, wenn der Glaube herrscht, eine Messung impliziere schon die einzig richtige Lösung einer Angelegenheit. Zahlen werden geschönt, instrumentalisiert oder nicht auf heikle Vorannahmen abgeklopft. Das zeigen Probleme mit Algorithmen; deren Datensätze haben eine Geschichte, sind nach bestimmten Maßstäben erstellt und nicht vom Himmel gefallen. Vermeintlich neutrale Programme können rassistische Ergebnisse produzieren, etwa wenn der Datensatz die Gleichsetzung Schwarzer Menschen und Gorillas nahelegt, wie bei Google jüngst geschehen.

Der unreflektierte Rückgriff auf vermeintlich naturgegebene Universalschlüssel wie Objektivität oder reine Zahlenschemata liegt im Zeitgeist. Das Vorbild liefern Wirtschaftswissenschaften in Anschluss an mathematisch verfasste Naturwissenschaften. Auch die Politikwissenschaften suchen Orientierungen an mit vereinheitlichendem Maßstab messenden Methoden. Ebenso symptomatisch ist der aktuelle Methodenstreit im Umfeld der Deutschen Gesellschaft für Soziologie über den Geltungsbereich quantitativer im Gegensatz zu qualitativen Methoden. Die rein quantitative Perspektive greift aber zu kurz. Sie verkennt, dass Fragen, Kategorien, Begriffe und selbst die Gegenstände, die beschrieben und charakterisiert werden sollen, historisch in sozialen Konstellationen gewachsen und nicht einfach irgendwie immer schon vorhanden sind. Jede neue Beschreibung, wissenschaftlich oder nicht, greift wiederum mehr oder weniger in solche Konstellationen ein. Dies ist eine zentrale Einsicht komplexitätsorientierter Sozialwissenschaft. Wenn Individuen Rational-Choice-Motive unterstellt werden, wird man andere Schlüsse ziehen, als wenn sie als affektgetrieben gesehen werden oder wenn statt auf Individuen auf Gruppen oder Netzwerkeffekte geachtet wird.

Das heißt jedoch genauso wenig, dass alles einfach relativ zu einer Person ist, die eben mal so oder so beobachtet. Das wäre nur die Ersetzung eines objektivistischen Reduktionismus durch einen subjektivistischen. Dieses Manöver wird häufig der sogenannten Postmoderne nachgesagt, doch ihre konsequentesten Vertreter drängen und dringen auf genau das Gegenteil: Um die Komplexität des Sozialen zu erfassen, braucht es mehr als ein „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“ oder „anything goes“. Stattdessen müssen die komplexen Verschränkungen von Faktoren beleuchtet werden, die – geprägt durch ihre Vorgeschichte – ein bestimmtes Spektrum an sozialen Phänomenen und Praktiken möglich werden lassen.

Der Soziologe Dirk Baecker hat das jüngst am Beispiel der digitalen Transformation vorgeführt: Sie vollzieht sich nicht linear und damit unberechenbar, da vielfältige soziale Handlungslogiken (von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft usw.)

sowie technische und ökologische Faktoren aufeinandertreffen. Die dabei entstehenden Netzwerke sind in ihren Effekten nicht mehr auf einzelne Bestandteile oder Handlungen reduzierbar. Baecker beobachtet hier eine neue Normalität, in der verknüpft wird, was nicht ohnehin schon notwendig zusammenhängt. Diese Form der Komplexität ist nicht neu, sie wird aber zunehmend prägend für gesellschaftliche Konstellationen. Objektive und subjektive, Makro- und Mikro-faktoren setzen einander immer schon voraus. Sozialität entfaltet sich erst in dieser Einheit des Verschiedenen als spannungsreicher prozessualer Effekt.

In diesen schwer, weil eigentlich nur in ihren Wirkungen greifbaren Phänomenen liegt die Herausforderung sozialwissenschaftlicher Arbeit. Sie unterläuft jede Suche nach vermeintlichen Universalschlüsseln. Im Übrigen vollziehen auch die *hard sciences* diesen Weg. Die Physiker Robert Laughlin und David Pines begruben bereits vor zwanzig Jahren den Traum von einer reduktionistischen „Theory of Everything“. Ihre Kollegin Sabine Hossenfelder hat jüngst die Sackgasse porträtiert, in die sich eine Physik gebracht hat, die ihre Ideale von Einfachheit und Eleganz als natürlich dogmatisiert und damit wissenschaftlicher Reflexion entzieht.

Wie aktuell diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen sind, lässt sich am Thema gesellschaftlicher Transformation im Horizont ökologischer Krisen durchspielen. Vor allem Nachhaltigkeitskonzepte verheißen hier Globallösungen. So formuliert ein aktueller Bericht des Club of Rome: „In der leeren Welt“, also vor dem großen Bevölkerungswachstum ab Mitte des 18. Jahrhunderts und dem sich dadurch vervielfachenden Ressourcenverbrauch, „war die Balance einfach vorhanden“, die Nachhaltigkeit heute wiedergewinnen soll. Doch hat es nie „einfach“ so eine Balance in oder mit „der Natur“ gegeben. Nur dem sich annähernde, dynamisch-unbeständige Prozesse existieren, häufig genug kippen sie. Die Physik spricht von Entropie: Nur durch Zufuhr immer neuer Impulse kann ein Zustand aufrechterhalten werden. Leben im Einklang mit „der Natur“ ist daher eine historisch gewachsene, utopische Verkürzung oder Projektion, gleich ob in tribalem oder weltgesellschaftlichem Maßstab. Wenn Natur – ein allerdings heillos kulturell imprägnierter Begriff – in sich schon nicht balanciert, gar irgendwie gut ist, wie sollte sie es dann gekreuzt mit Sozialität werden?

Nun darf den Autoren nicht mutwillige Verkürzung unterstellt werden. Sie orientieren sich an der Universalprämisse der Nachhaltigkeit. Diese suggeriert Alternativlosigkeit: Es gibt eine richtige Diagnose und eine passende Lösung, nämlich die Herstellung dauerhafter Balance von Mensch, Gesellschaft und „Natur“. Exemplarisch streben danach die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Unzweifelhaft sind viele dieser Ziele mehr oder weniger erreichbar und ohnehin wünschenswert, sei es die Reinhaltung der Meere oder verbesserte Arbeitsbedingungen. Hingegen muss bezweifelt werden, dass die erzielten Ergebnisse sich notwendigerweise ergänzen und aggregiert zu der erwünschten Balance führen, die ein gutes Leben aller sichern soll.

Das setzt eine mögliche, gar notwendige Konvergenz voraus. Zweifel, Verweigerung oder jedwede Irrationalität werden zu bloßen Unfällen; die Unberechenbarkeit und Widerständigkeit des Sozialen bleiben vernachlässigt. Gerade sie müssten jedoch in die Beobachtung sozialer Wirklichkeit einbezogen werden – nicht als Störgeräusche, sondern als Teil der Formel, die deshalb nie aufgehen kann. Menschen, soziale Dynamiken und Ökologie ergeben in ihren Vernetzungen kein kohärentes Ganzes. Auch Irrationalitäten, wie sie etwa in Gestalt sogenannter Fake News auftauchen, sind Ergebnisse derlei komplexer Verschränkungen und nicht bloß das Ergebnis eines falschen Bewusstseins. Mit solch gegenläufigen Trends ist zu rechnen, ohne dass sie genau berechenbar wären – unabhängig davon, wie hart die Fakten zu Klimawandel und Ressourcenverbrauch oder wie gut die Argumente zu Lebensqualität sind. Ein monoperspektivischer Aktivismus, wie ihn die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der Vereinten Nationen oder in Teilen die neue Klimaprotestbewegung postulieren, wird hiermit kaum konstruktiv umgehen können und ratlos bleiben.

Sicher, es ist richtig und wichtig, korrupte Interessenpolitik und kurzsichtige Profitgier anzuklagen, wie es etwa Kathrin Hartmann in „Die grüne Lüge“ tut.



Roland A. Römhildt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Center for Global Constitutionalism und der Forschungsprofessur Global Public Law. Sein Forschungsinteresse gilt der Systemtheorie und dem Poststrukturalismus in der Politischen Theorie. *[Foto: Martina Sander]*

roland.roemhildt@wzb.eu

Man kann auch versuchen, Nachhaltigkeit nicht linear zu denken, wie der Ökonom Fred Luks geistreich gezeigt hat. Doch das Ideal eines globalen Glücksversprechens verstellt nüchterne Analysen. Mit dem Politikwissenschaftler Edgar Grande kann eine „Governance-Falle“ diagnostiziert werden: Die Enttäuschung über bisherige Politik begünstigt Reaktionen, die weitere Enttäuschung wahrscheinlich machen. Eine Gruppe von Politikwissenschaftlern der Ludwig-Maximilians-Universität München spricht von einer „Responsivitätsfalle“: Die immer weiter steigende gesellschaftliche Komplexität erschwert die Umsetzung von Maßnahmen durch öffentliche Institutionen und lässt Debatten stetig anspruchsvoller und abstrakter werden, was Resignation und Desinformation begünstigt. Gleichzeitig lässt jene Komplexität die Bewertung und Korrektur einzelner Maßnahmen entweder scheitern oder für eine politische Weiterverwendung wenig opportun erscheinen. Man greift sie, wenn überhaupt, nur stark verkürzt auf, mit entsprechend vergrößernden Folgen.

Von Weltrettung zu reden, ist daher zwar affektiv verständlich, analytisch indes mindestens ambivalent. „Komplexität“ als Gegenparole auszuflaggen und es dabei zu belassen, ist allerdings genauso inadäquat. Vielmehr bedarf es der Fähigkeit, aus ihrer Diagnose passende Schlüsse zu ziehen, um mit dem sich weiter verschärfenden Dilemma des Auseinanderklaffens von Analyse- und Handlungsorientierung umgehen zu können. Gerade Politikwissenschaft sollte öfter die Perspektiven aktiver Politik – ob Regierungsarbeit oder Graswurzelinitiative – gegentesten und ihre Maßstäbe nicht anlegen, sondern hinterfragen.

Auch bedarf es Überlegungen dazu, wie Institutionenarrangements gestärkt werden können, die komplexitätsfreundliches politisches Agieren begünstigen. Bildungsarbeit oder die innovative Einbeziehung verschiedener Stakeholder sind klassische Antworten. Darüber hinaus sollten solche Arrangements Redundanzfähigkeit fördern: Mit der zunehmenden Vernetzung von Menschen, Gesellschaft, Technik und Ökologie potenziert sich die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls einzelner Aspekte, mit gravierenden Folgen für alles mit ihnen Verknüpfte. Das lässt sich kaum vermeiden, will man global Lebensstandards erhalten. Der Umgang mit diesen Risiken muss allerdings flexibler und kreativer ausfallen als mit einem schlichten „Alles oder Nichts“. Es gilt, Vernetzungspotenziale zu suchen, um Ausfälle abzufedern, Rückfalloptionen zu entwickeln und Synergien zu schaffen. Vielleicht kann man dann auch über suffizientere Lebensstile reden. Bisher sind jedoch vor allem Ideen aus dem Silicon Valley und von der chinesischen Regierung wegweisend, mit absehbaren Implikationen wie Intransparenz und einem uniformisierenden und instrumentalisierenden Menschenbild. Sozialwissenschaften können ein demokratie- und menschenfreundliches Korrektiv solcher Tendenzen sein, wenn sie verstärkt ihrem Gespür für das Nichtformelhafte der sozialen Welt und ihres Verhältnisses zur Natur folgen.

Literatur

Adam, Christian/Hurka, Steffen/Knill, Christoph/Steinebach, Yves: *Policy Accumulation and the Democratic Responsiveness Trap*. Cambridge/New York: Cambridge University Press 2019.

Baecker, Dirk: *4.0. oder Die Lücke die der Rechner lässt*. Leipzig: Merve 2018.

Grande, Edgar: „Governance-Forschung in der Governance-Falle? – Eine kritische Bestandsaufnahme“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2012, Jg. 53, Heft 4, S. 565–592.

Hossenfelder, Sabine: *Das hässliche Universum. Warum unsere Suche nach Schönheit die Physik in die Sackgasse führt*. 3. Auflage. Frankfurt/M.: S. Fischer 2018.

Tainter, Joseph A.: „Understanding Sustainability through History“. In: Jeremy L. Caradonna (Hg.): *Routledge Handbook of the History of Sustainability*. Abingdon/New York: Routledge 2018, S. 40–56.

Konferenzbericht

Mehrheits- und Minderheitsrechte

Johanna Hase

„Mehrheits- und Minderheitsrechte“, 7. Jahreskonferenz des WZB-Schwerpunkts Migration und Diversität, 25. bis 27. April 2019, organisiert von Liav Orgad und Ruud Koopmans (beide WZB)

Liberaldemokratische Staaten sollen Minderheitsrechte sichern. Aber sollte es auch Mehrheitsrechte geben? Und wenn ja, welche? Inwiefern stehen sie in Spannung zu Minderheitsrechten? In interdisziplinärer und internationaler Runde wurden diese Fragen kontrovers diskutiert. Erstes Ziel dabei war nicht Konsens, sondern Dialog.

Schon an der Frage, ob „Mehrheit“ überhaupt ein sinnvolles Konzept ist, schieden sich die Geister. Rainer Bauböck (Europäisches Hochschulinstitut Florenz) argumentierte, dass Mehrheiten, die Forderungen stellen, oft numerisch betrachtet Minderheiten sind. Andere Teilnehmer*innen führten das Aufkommen der Diskussion um Mehrheitsrechte vor allem auf neoliberale Entwicklungen (Christian Joppke, Universität Bern) oder starke Minderheitsrechte zurück (Yael Tamir, Shenkar College). Liav Orgad wies darauf hin, dass eine Mehrheit die logische Kehrseite von Minderheiten sei, dass diese also existiere und sich auch auf Rechte berufen könne. Alexander Jakobson von der Hebrew University in Jerusalem illustrierte, wie sich kulturelle Mehrheiten deutlich in Verfassungstexten niederschlagen. Ayaan Hirsi Ali (Stanford University) verwarf grundsätzlich den theoretischen Rahmen der Mehrheits- und Minderheitsrechte als nicht hilfreich zur Analyse und Verhinderung eines radikalen Islamismus.

Wie Mehrheits- und Minderheitsrechte analytisch zu fassen sind und was sie (nicht) beinhalten sollten, war ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz. Măriuca-Oana Constantin von der SNSPA-Governance School stellte eine an Will Kymlickas Minderheitsrechten angelehnte Typologie von Mehrheitsrechten vor. David Weinstock (McGill University) argumentierte, dass wie bei Minderheitsrechten auch höchstens grundlegende Strukturen und nicht konkrete Inhalte einer Mehrheitskultur geschützt

werden dürften. Als Beispiel führte Christoph Baumgartner (Universität Utrecht) hier die Tradition des Händeschüttelns an, die nicht geschützt werden solle, selbst wenn der Mehrheit ein Recht auf Kulturerhalt zugesprochen würde. Tamar de Waal von der Amsterdam Law School wies auf die Schwierigkeit hin, die im Versuch liegt, liberaldemokratische Werte aus einer „jüdisch-christlichen Kultur“ begründen zu wollen.

Eine Reihe von Teilnehmer*innen verstand Mehrheitsrechte als schlagkräftiges und notwendiges normatives Konzept. So stellte Ruud Koopmans dar, dass multikulturelle Politik zumindest in Europa nicht zu besserer Integration geführt habe. Er sieht Mehrheitskulturen in gewissen Kontexten durchaus bedroht. Der britische Journalist David Goodhart vom Think Tank Policy Exchange vertrat einen „legitimen Populismus“, der solchen Bedrohungen durch die Stärkung der nationalen Identität begegnen würde. Paul Cliteur (Universität Leiden) wies darauf hin, dass beispielsweise das mehrheitliche Verständnis von Meinungsfreiheit durch Terrorismus angegriffen werde. Ohne das Konzept von Mehrheitsrechten per se abzulehnen, waren andere Forscher*innen eher um Minderheitsrechte besorgt. In seinem Eröffnungsvortrag argumentierte Will Kymlicka von der Queen's University, dass identitätsstiftende Erzählungen in Nationalstaaten notwendig, aber nicht akut gefährdet seien, und plädierte angesichts struktureller Benachteiligungen für die normative Priorität von Minderheitsrechten. Ähnlich forderte Tariq Modood (University of Bristol) eine Diversifizierung nationaler Identitäten unter Einbindung der Minderheiten.

Die normativen Diskussionen wurden mit empirischen Beiträgen abgerundet. So zeigte Netta Barak-Corren von der Hebrew University den negativen Effekt des israelischen Nationalstaatsgesetzes auf jüdisch-arabische Beziehungen. Rebecca Tan (University of Bristol) diskutierte, wie Singapurs Einwanderungspolitik die ethnische chinesische Mehrheit im Land stärkt. Ryoko Ishikawa von der Ritsumeikan University stellte die Anti-Anglizierungsdebatten in Japan und den Streit um ein linguistisches Mehrheitsrecht vor. Roberta Medda-Windischer vom EURAC-Forschungszentrum in Bozen schließlich untersuchte die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Mehrheits- und Minderheitsrechten.

Personen

Gäste

Dr. **Medinat Abdulazeez Malefakis** ist seit März dieses Jahres Gastwissenschaftlerin der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Sie forscht im Rahmen des WZB-ISSC Global Fellowship Program zum Thema „Religion und religiöser Fundamentalismus im Tschadseebecken Westafrikas“, wobei der Schwerpunkt auf dem Aufstand der Terrorgruppe Boko Haram liegt.



(Foto: privat)

Medinat Abdulazeez Malefakis

Michael Doyle, Professor für internationales Recht und internationale Beziehungen an der Columbia University, New York, ist im Juni Gast der Forschungsgruppe International Citizenship Law. Er forscht zu globalem Konstitutionalismus und zur Theorie internationaler Beziehungen. Am WZB wird er sich unter anderem der Entwicklung eines Modells für ein internationales Mobilitätsabkommen widmen.

Niels Graaf, Doktorand an der Universität Utrecht (Niederlande), ist seit Frühjahr 2019 für fünf Monate am Center for Global Constitutionalism. Seine Forschung konzentriert sich auf die Anwendung ausländischen Rechts in den Debatten über die nationale verfassungsrechtliche Überprüfung des EU-Rechts zwischen 1992 und 2012.

Conrado Hübner Mendes, Assistant Professor am Department of Public Law der University of São Paulo (Brasilien), ist von Juli bis September 2019 Gast am Center for Global Constitutionalism und Wissenschaftler der Alexander von Humboldt-Stiftung. Seine Forschungsgebiete sind die Gewaltenteilung, Verfassungskontrolle, Verfassungsrechtsprechung sowie Grundrechte, Theorien der Demokratie und der Gerechtigkeit.

Dr. **Stijn van Kessel** von der School of Politics and International Relations, Queen Mary University of London, ist im Juni und Juli Gast in der Abteilung Global Governance. Er forscht im Rahmen eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung zum Projekt „Ideology, Strategies and Networks of Pro-European Social Movements“.

Im Rahmen des Visual Society Program (ViSoP) – einer Kooperation des WZB mit der Universität der Künste Berlin (UdK) – arbeiten seit April 2019 vier Studierende mit Wissenschaftler*innen der Forschungsgruppe International Citizenship Law zusammen: **Moritz Kreul** studiert im Masterstudiengang Visuelle Kommunikation. Thematisch beschäftigt er sich dabei mit „The Future of Citizenship“. **Svetlana Goldstein** ist Interaction Designer und Media Technologist. Der Fokus ihrer Arbeit liegt in der Verbindung klassischer und zeitgenössischer Medienformate, um komplexe Wissenssysteme für Nicht-Akademiker besser zugänglich zu machen. **Anneli von Klitzing** ist Studentin im Masterstudiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation. Im Rahmen des Visual Society Program setzt sie sich mit der spekulativen Kommunikation der wissenschaftlichen Annäherung zum Thema „Die Zukunft der Staatsbürgerschaft“ auseinander. **Catharina Alva Bruns** studiert im Masterstudiengang Gesell-

schafts- und Wirtschaftskommunikation. Ihr Interesse im Rahmen der ViSoP-Kooperation gilt der „Entdeckung der verbindenden Möglichkeiten von Kunst und Wissenschaft“. Zwei Studentinnen arbeiten im Rahmen des Programms mit Wissenschaftler*innen des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung zusammen: **Theresia Uhrlau** und **Christina Tran** studieren im Masterstudiengang Visuelle Kommunikation in der Fachklasse Visuelle Systeme.

James Laurence Ph.D. ist seit Dezember 2018 Gastwissenschaftler der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Im Rahmen eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung untersucht er Veränderungen im sozialen Zusammenhalt und sich wandelnde Muster ethnischer Vielfalt und Immigration in Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien.

Im Rahmen des Austauschprogramms mit der University of Sydney (Sydney Democracy Network) forscht **Jordan MacSwiney** über ein Doktorandenstipendium im Juni und Juli in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Thema seiner Doktorarbeit ist „Networked Organisation: The Far Right in Australia“.

Siddharth Mallavarapu, Assistant Professor am Department of International Relations and Governance Studies der Shir Nadar University in Uttar Pradesh (Indien), ist von Mai bis Juli Gast der Abteilung Global Governance. In seiner Forschung befasst er sich mit Theorien der Internationalen Beziehungen und der Globalisierung.

Professor **Martin Neugebauer** ist Juniorprofessor an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Während

seines Aufenthalts am WZB arbeitet er zu den Themen Bildungungleichheiten und Studienabbrüche.

Professor **Gerald Neumann** von der Harvard Law School forscht im Juni im Rahmen eines Gastaufenthalts bei der Forschungsgruppe International Citizenship Law am WZB. Seine Forschungsschwerpunkte liegen bei den Themen Menschenrechte in Zeiten des Populismus, Völkerrecht und globaler Konstitutionalismus.

Derek J. Penslar ist von April bis Juni Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Er ist William Lee Frost Professor of Modern Jewish History an der Universität Harvard, Cambridge, Massachusetts.

Sascha Riaz, Institute for Quantitative Social Science der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, ist von Juni bis August Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance. Er arbeitet an einem Dissertationsprojekt zum Thema „Kausale Interferenz in länderübergreifenden Längsschnittstudien“.

Thomas Rixen ist von März bis Oktober 2019 als Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. Er ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere international vergleichende Politikfeldanalyse, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Während seines Aufenthalts am WZB wird er sich insbesondere mit dem Projekt „Design of Financial Governance“ beschäftigen.

Steffen Schindler ist von April bis August 2019 Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Er ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Arbeit im Lebensverlauf. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Bil-

dungs- und Arbeitsmarktsoziologie; dabei beschäftigt er sich insbesondere mit Prozessen sozialer Ungleichheit beim Bildungserwerb, dem Übergang aus dem Bildungssystem in den Arbeitsmarkt sowie den Arbeitsmarkterträgen von Bildung.

Von Mai bis Juli 2019 ist **Ben Ross Schneider** zu Gast in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Er ist Ford International Professor of Political Science und Director des MIT Brazil Program am Department of Political Science des Massachusetts Institute of Technology. Am WZB wird er sich vor allem mit Thamy Pogrebinski über bildungspolitische Fragen in Lateinamerika austauschen.

Dr. **Martin Seeliger**, Seminar für Soziologie des Instituts für Gesellschaftswissenschaften und Theologie der Europa-Universität Flensburg, ist von Juli bis September als Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. In seiner Zeit am WZB arbeitet er an einem Forschungsantrag zum Thema: „Strukturwandel und Öffentlichkeit“ und an einem Buchprojekt.

Professor **Kwang-Yeong Shin** forscht von Juli bis August als Gastwissenschaftler am WZB. Shin ist Soziologe an der Chung Ang University in Seoul und beschäftigt sich während seines Aufenthalts in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung vor allem mit dem Aufstieg der extremen Rechten sowie den Beziehungen zwischen dem sich wandelnden Arbeitsmarkt und der Politik.

Yoon Jin Shin, Assistant Professor an der School of Law der Seoul National University, Südkorea, und ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin des Center for Global Constitutionalism, ist von Mitte Juni bis Ende August als Gastwissenschaftlerin am WZB. Sie wird unter

anderem beim Berlin Colloquium an der Humboldt Universität einen Vortrag zum Thema „Rising Global Constitutionalism in Asia: The Interplay Between Nationalism and Cosmopolitanism“ halten.

Peter J. Spiro, Charles R. Wiener Professor of Law an der Temple University, Pennsylvania, wird vom 21. Juni bis 5. Juli 2019 als Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe International Citizenship Law am WZB forschen. Sein Schwerpunkt liegt auf dem Staatsbürgerschaftsrecht, insbesondere der doppelten Staatsbürgerschaft, mit einem regionalen Blick auf die Vereinigten Staaten. Zudem forscht er zu internationaler Migration und Verfassungsrecht.

Dr. **Reuven Ziegler**, Associate Professor in International Refugee Law an der University of Reading, Großbritannien, ist vom 11. Juni bis 12. Juli 2019 Gast der Forschungsgruppe International Citizenship Law. Während seines Aufenthalts wird er zur Entwicklung der Unionsbürgerschaft forschen.

Berufungen

Professorin **Jutta Allmendinger** wurde in das International Scientific Advisory Board des Wissenschaftsfonds FWF aufgenommen, Österreichs zentraler Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung. Sie ist außerdem Mitglied der Evaluationskommission des Instituts für Höhere Studien (IHS), Wien, und wurde in den Stiftungsausschuss der Stiftungsuniversität Göttingen sowie den Universitätsrat der Universität Mannheim berufen.

Professorin **Anna Holzschelter**, Leiterin der Forschungsgruppe Governance for Global Health, hat den Ruf auf eine W3-Professur für Internationale Politik an der Techni-

schen Universität Dresden angenommen.

Dr. **Christian Kreuder-Sonnen**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Global Governance, hat den Ruf auf eine Juniorprofessur für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Organisationen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erhalten. Darüber hinaus wird er im Rahmen eines CES-Fellowships ab September 2019 für sechs Monate nach Harvard gehen.



(Foto: David Ausserhofer)

Christian Kreuder-Sonnen

Professor **Jonas Radl**, Leiter der Forschungsgruppe Effort and Social Inequality, wurde in die Global Young Academy (GYA) aufgenommen.

Dr. **Sebastian Schweighofer-Kodritsch**, der als Postdoc in den letzten Jahren in der Abteilung Verhalten auf Märkten und an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gearbeitet hat, hat zum 1. April 2019 ganz an die Humboldt-Universität gewechselt und nun die Juniorprofessur für das Fachgebiet Volkswirtschaftslehre (Industrieökonomik) inne.

Dr. **Alexandros Tokhi**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Global Governance, übernimmt im Sommersemester 2019 eine Vertretungsprofessur an der Freien Universität Berlin.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. **Dieter Gosewinkel**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsprofessur Global Public Law und

Ko-Leiter des Center for Constitutionalism, hat für sein bei Suhrkamp erschienenes Buch „Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert“ im Rahmen des Programms Geisteswissenschaften International eine von insgesamt 17 Übersetzungsförderungen für geisteswissenschaftliche Werke erhalten. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Fritz Thyssen Stiftung, die VG WORT und das Auswärtige Amt zeichnen zweimal im Jahr herausragende geistes- und sozialwissenschaftliche Werke aus und finanzieren deren Übersetzung ins Englische.

Personalien

Marie-Christine Fregin ist Postdoc in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und Mitarbeiterin im Horizon-2020-Projekt „Technequality“. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe um Heike Solga wird sie zu Erwachsenenbildung und Zusammenhängen zwischen technologischem Wandel, Skills und Erwerbskarrieren forschen. Sie promovierte am Research Centre for Education and the Labour Market der Maastricht University (Niederlande).

Dr. **Johannes Gerschewski** tritt im Rahmen des Exzellenzclusters Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS) eine Postdoc-Stelle in der Abteilung Global Governance an. SCRIPTS untersucht die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das Modell der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft aus historischer, globaler und vergleichender Perspektive. An dem Exzellenzcluster sind neben dem WZB die Freie Universität Berlin als antragstellende Hochschule, die Humboldt-Universität zu Berlin und fünf weitere Berliner Wissenschaftseinrichtungen beteiligt.

Mona Joly ist Doktorandin in der Forschungsgruppe Ge-

sundheit und soziale Ungleichheit. Sie befasst sich mit den Ursachen und Folgen sozialer Ungleichheiten mithilfe eines verhaltens- bzw. evolutionären Ansatzes. Vor Kurzem schloss sie mit einem Master in Kognitionswissenschaften an der École Normale Supérieure in Paris ab.

Christian König ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftler mit den Schwerpunkten Politikevaluation, Umwelt- und Ressourcenökonomie sowie Gesundheit. Er ist wissen-

schaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit.

Dr. **Filiz Özkan** arbeitet seit April 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Verhalten auf Märkten. Sie erhält für zwei Jahre ein Stipendium von der Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung, um am WZB im Forschungsprojekt „Sustainability and Justice: Measuring Social Discount Rates“ zu forschen.

Katarina Pollner ist seit Januar 2019 Gleichstellungsbeauftragte des WZB. Sie ist studierte Soziologin und hat zuvor als Assistentin im WZB gearbeitet, zuletzt für die Abteilung Demokratie und Demokratisierung.

Katja Salomo ist seit März wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Sie hat ein Masterstudium der Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena abgeschlossen.

Norbert Sendzik ist seit Februar wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Zuvor war er am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund tätig und arbeitete dort am Nationalen Bildungspanel mit.

Seit Dezember 2018 beschäftigt sich **Sebastian Steinmetz** mit Themen der schulischen Inklusion in der Forschungsgruppe der Präsidentin als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zuvor hat er ein Masterstudium der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg abgeschlossen.

Neue Forschungsgruppe: Gesundheit und soziale Ungleichheit

Es mehren sich die Belege dafür, dass Gesundheit viel mit sozialer Ungleichheit zu tun hat – und umgekehrt. Seit Januar untersucht eine neue Forschungsgruppe unter Leitung von Dr. **Jan Paul Heisig** diese Zusammenhänge, also die Verbindungen zwischen Gesundheit, sozialer Herkunft, der Familienbiografie und dem Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg.

Die Gruppe stellt folgende Forschungsfragen: Welche Rolle spielen gesundheitliche Ungleichheiten für die Weitergabe von sozialem Status von einer Generation an die nächste? Wie wirken sich gesundheitliche Ungleichheiten auf Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg aus – und wie wirken Bildungs- und Arbeitsmarktungleichheiten umgekehrt auf die Gesundheit zurück? Gesundheit umfasst dabei das körperliche Wohlergehen ebenso wie das psychische.

Kennzeichnend für die Arbeit der Gruppe ist ein dynamischer Lebensverlaufsansatz, der die Entstehung und die Folgen von gesundheit-



Jan Paul Heisig

[Foto: David Ausserhofer]

lichen Ungleichheiten und Unterschieden im Gesundheitsverhalten von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter untersucht. Durch die Verwendung von Längsschnittdaten und innovativen Methoden sollen die komplexen Wirkungspfade zwischen Gesundheit und anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit wie dem Bildungserfolg besser verstanden werden. Ein weiteres Kennzeichen der Forschungsgruppe ist ein international und historisch vergleichender Ansatz, durch den analysiert werden soll, wie wohlfahrtsstaatliche, gesundheits- und bildungspolitische Rahmenbedingungen die Entstehung gesundheitlicher Ungleichheiten und deren Folgen beeinflussen.

Veranstaltungen

27. und 28. Juni 2019

Designing and Evaluation Matching Markets **Workshop**

In the past two decades, the fields of matching theory and market design have seen great advances in terms of theoretical but also real-life contributions. These contributions have impacted the efficiency and organization of markets such as college admissions, school choice and organ donation. We are now seeing a growing literature on the empirical evaluation of these markets, both empirically and experimentally, in which theory is tested against the data, giving new inputs into the design of refined and novel mechanisms. At the same time, new proposals that go beyond the usual objectives of efficiency and stability are being proposed and having their merits debated. The workshop will bring together excellent leading economists from North America, Europe and Japan to present and discuss their latest research. It will also strengthen the mutual interaction between theory, experiments and empirical researchers in matching. Finally, the workshop aims to further strengthen the field of matching market design and experimental economics in Berlin, promoting the local researchers of the field and identifying new research perspectives **Veranstalter:** *Inácio Bó Ph.D., Professorin Dorothea Kübler (beide WZB), Professor Lars Ehlers (WZB Fellow, University of Montreal); Informationen: matching2019@wzb.eu*

5. Juli 2019

Practice Theory and International Relations **Book Discussion**

Are social practices actions or institutional frameworks of interaction structured by common rules? How do social practices such as signing a cheque differ from international practices such as signing a peace treaty? Traversing the fields of international relations (IR) and philosophy, this book defends an institutionalist conception of practices as part of a general practice theory indebted to Oakeshott, Wittgenstein and Hegel. The proposed practice theory has two core aspects: practice internalism and normative descriptivism. In developing a philosophical analysis of social practices that has a special relevance for international relations, Silviya Lechner and Mervyn Frost depart from Pierre Bourdieu's sociology of practice that dominates the current „practice turn“ in IR. The authors show that the contemporary global realm is constituted by two distinct macro practices – the practice of sovereign states and that of global rights. **Veranstalter:** *WZB Center for Global Constitutionalism; Informationen bei: [Hilde Ottschofski, E-Mail: hilde.ottschofski@wzb.eu](mailto:hilde.ottschofski@wzb.eu)*

6. Juli 2019

New Thinking in Global Constitutionalism **Scholars Workshop**

Das WZB Center for Global Constitutionalism, die Zeitschrift *Global Constitutionalism* und PluriCourts veranstalten gemeinsam den Workshop „New Thinking in Global Constitutionalism“, auf dem Studien zu Global Constitutionalism, Global Governance und zu Menschenrechten diskutiert werden. Das Center hat Autor*innen eingeladen, Beiträge aus einem breiten Spektrum von Disziplinen einzureichen, darunter Völkerrecht, Politikwissenschaft, internationale Beziehungen, Rechtsvergleich, politische Theorie und Philosophie. **Veranstalter:** *WZB Center for Global Constitutionalism; Informationen bei: [Hilde Ottschofski, E-Mail: hilde.ottschofski@wzb.eu](mailto:hilde.ottschofski@wzb.eu)*

8. und 9. Juli 2019

„Scraping the Demos“: Political Epistemologies of Big Data **International Conference**

Political elites see digital technologies as sources of new and better tools for learning about the citizenry, for increasing political responsiveness and for improving the effectiveness of policies. Scholars from various disciplines will carve out the political epistemologies and practices underlying the use of big data and related phenomena such as algorithms, machine learning and artificial intelligence in political contexts. They will point out interpretive conflicts with regard to the knowledge produced and legitimized by digital technologies and provide reflections from historical perspective. Finally, the democratic implications of digitally mediated political epistemologies and regulatory approaches will be discussed. **Veranstalter:** *Weizenbaum Institut und Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaften; Informationen bei: [Dr. Lena Ulbricht, E-Mail: demoscraping-weizenbaum@wzb.eu](mailto:demoscraping-weizenbaum@wzb.eu)*

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Gesundheit als innere Angelegenheit **Christian Kreuder-**

Sonnen Als 2003 in China die SARS-Epidemie ausbrach, sprach die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Reisewarnungen aus und übte Druck auf die chinesische Regierung aus, die die Krankheit eindämmen sollte. China dagegen setzte auf das Prinzip der staatlichen Eigenständigkeit, enthielt der WHO wichtige Informationen vor und behinderte deren Kontrollen. Gesundheitssicherung versus staatliche Souveränität: Weder China noch die WHO äußerten sich damals öffentlich zu der jeweiligen Position. In seinem Artikel zeigt Christian Kreuder-Sonnen, dass in solchen Normenkonflikten Taten mehr als Worte sagen können: Die Handlungsweise der beiden Akteure prägte die darauffolgenden Debatten zur Legitimität der entgegengesetzten Normen. *Christian Kreuder-Sonnen: „China vs the WHO: A Behavioural Norm Conflict in the SARS Crisis“*. In: *International Affairs*, 2019, Jg. 95, H. 3, S. 535–552.



Höchste Ansteckungsgefahr: Im Mai 2003 legt eine Chinesin eine Atemmaske an, um sich vor der SARS-Epidemie zu schützen. Leider ziehen die chinesische Regierung und die Weltgesundheitsorganisation nicht an einem Strang. Die Gründe dieses Konflikts analysiert Christian Kreuder-Sonnen.

(Foto: Zhang Zhiping/Imaginechina/dpa)

Schulinspektionen kämpfen um Anerkennung

Anne Piezunka In fast jedem Bundesland evaluieren Schulinspektionen regelmäßig durch Interviews, Unterrichtsbesuche und Lektüre die Qualität von Einzelschulen. Bisherige Studien legen allerdings nahe, dass Schulen nach solchen Inspektionen kaum Verbesserungsmaßnahmen vornehmen. In Interviews mit Mitarbeiter*innen der Schulinspektionen stellt Anne Piezunka fest, dass dieser Befund bekannt ist. Um mehr Wirksamkeit zu erzielen, haben einzelne Schulinspektionen verschiedene Maßnahmen getroffen, zum Beispiel eine stärkere Berücksichtigung der schulischen Interessen. Offen ist, ob die Schulinspektionen in diesem Zusammenhang auch Anforderungen abmildern, wenn es um Inklusion geht. *Anne Piezunka: „Struggle for Acceptance: Maintaining External School Evaluation as an Institution in Germany“*. In: *Historical Social Research*, 2019, Jg. 44, H. 2, S. 270–287.

Transformationen **Wolfgang Merkel/Raj Kollmorgen/**

Hans-Jürgen Wagener Wandel ist allgegenwärtig. Doch wie lässt sich ein so komplexes Phänomen beschreiben, das auf allen Gebieten wirksam wird – ob in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft, aber auch in den Naturwissenschaften und im Recht? Das Handbuch bringt ein internationales und multidisziplinäres Team von 76 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen, die in ihrem jeweiligen Forschungsgebiet die wichtigsten Bereiche, Theorien und Methoden der Transformationsforschung vorstellen – mit einem starken Bezug zur historischen und vergleichenden Dimension des Themas. *Wolfgang Merkel/Raj Kollmorgen/Hans-Jürgen Wagener (Eds.): The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation. Oxford/New York: Oxford University Press 2019.*

Über Leistung lügt man nicht **Agne Kajackaite**

Immer ging es darum, durch bestimmte Angaben Geld zu gewinnen – Angaben über eine gerade gezogene Glückszahl oder über die Anzahl gelöster Rechenaufgaben. So die Anlage eines Experiments, das die Ökonomin Agne Kajackaite auswertete. Das Ergebnis zeigt, dass sich Menschen leichter tun, den Zufall zu beschönigen als ihre eigene Leistung. Jedenfalls machte die Los-Gruppe deutlich höhere Angaben als die Rechengruppe. Offensichtlich sind die Schuldgefühle höher, wenn die eigene Leistung nicht korrekt angegeben wird. *Agne Kajackaite: „Lying About Luck versus Lying About Performance“. In: Journal of Economic Behavior & Organization, 2018, Jg. 153, Heft C, S. 194–199.*

Herausforderungen des Rechtsstaats **Takao Suami/**

Anne Peters/Dimitri Vanoverbeke/Mattias Kumm Von Paris bis Peking setzen populistische Bewegungen das Rechtsstaatsprinzip unter Druck. Parallel wird von allen Seiten die Rolle internationaler Organisationen untergraben. Vor diesem Hintergrund fordern die Autorinnen und Autoren die progressive Entwicklung des internationalen Rechts im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz. Das Buch ist der erste interkulturelle Versuch, europäische und ostasiatische Ansätze und Perspektiven zu verbinden und so Antworten auf den Vorwurf des Eurozentrismus zu bieten. Die Beiträge schlagen Brücken zum Dialog zwischen grundverschiedenen institutionellen und kulturellen Traditionen. *Takao Suami/Anne Peters/Dimitri Vanoverbeke/Mattias Kumm (Eds.): Global Constitutionalism from European and East Asian Perspectives. Cambridge: Cambridge University Press 2018.*

Unter Wert verkauft **Camilla Borgna, Heike Solga,**

Paula Protsch Für die eigene Stelle überqualifiziert zu sein, bedeutet Unterbezahlung, mangelnde Zufriedenheit und ein erhöhtes Risiko der Abwanderung. Die Autorinnen haben anhand von Daten des Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC, oft „Erwachsenen-Pisa“ genannt) für 16 europäische Länder untersucht, welchen Einfluss der individuelle Bildungsgrad, aber auch die globale ökonomische Krise nach 2008 auf die mangelnde Passung zwischen Ausbildung und Anstellung haben. Tatsächlich verschärft die Krise auch dieses Problem, vor allem für jene mit höheren Abschlüssen. *Camilla Borgna/Heike Solga/Paula Protsch: „Overeducation, Labour Market Dynamics, and Economic Downturn in Europe“. In: European Sociological Review, 2019, Jg. 35, H. 1, S. 116–132.*

Öffentlichkeit verändert Politik **Christian Rauh**

Die europäische Einigung ist in der Öffentlichkeit zunehmend umstritten. Christian Rauh argumentiert, dass diese gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit den bislang technokratischen Politikstil der Europäischen Kommission herausfordert. Am Beispiel von 17 verbraucherpolitischen Initiativen zeigt er, dass die EU-Kommission eine verbraucherfreundlichere Politik verfolgt, wenn Fragen der EU-Integration im Vordergrund öffentlicher Debatten stehen. Diese gesteigerte Responsivität wird allerdings durch starke Konflikte innerhalb der EU-Kommission und durch die nationalen Präferenzen der Mitgliedstaaten im Ministerrat der EU begrenzt. *Christian Rauh: „EU Politicization and Policy Initiatives of the European Commission. The Case of Consumer Policy“. In: Journal of European Public Policy, 2019, Jg. 26, H. 3, S. 344–365.*



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Hitze und Leistung

Wenn das stimmt, wäre jetzt die Jahreszeit der Frauen angebrochen. WZB-Ökonomin **Agne Kajackaite** hat gemeinsam mit Tom Chang von der USC Marshall School of Business in Los Angeles herausgefunden: Frauen können bei höheren Temperaturen besser arbeiten, Männer brauchen es kühler. In empirischen Tests mit über 500 Studierenden in Räumen, die zwischen 16 und 32 Grad Celsius warm waren, zeigte sich, dass Frauen jedenfalls in mathematischen und mündlichen Tests besser abschnitten, wenn die Raumtemperatur im oberen Bereich dieser Spanne lag. Gegen die Erhitzung der Gemüter mag folgender Befund wirken: Aufs logische Denken wirkte sich die Temperatur nicht aus.

Mobilität in Bewegung

Das Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel, kurz und prägnant InnoZ [sprich: „Innozet“] hat zu Ende April seine Arbeit eingestellt. Eine Erfolgsgeschichte ist das Unternehmen allemal: 2006 wurde es auf Initiative von WZB-Forscher **Andreas Knie** gegründet, das WZB war mit einem knappen Viertel und die Deutsche Bahn mehrheitlich beteiligt. Um das InnoZ herum etablierte sich der EUREF-Campus als einer der wichtigsten Mobilitätsstandorte Deutschlands. Elektromobilität wurde zu einer wichtigen Alternative im Stadtverkehr, und Mobilität ist als wissenschaftliches Top-Thema gesetzt: Im Forschungsministerium ist es ein Forschungsfeld, am WZB wird es ab 2020 eine Forschungsgruppe geben, und auch die Deutsche Bahn will die Arbeit in einer Geschäftseinheit „Neue Mobilität“ fortführen.

Prickelnde Neuigkeit

Mit solchen Wortspielen muss ein Netzwerk mit dem Namen CIDER wohl leben. Das „College for Interdisciplinary Educational

Research“, kurz eben: CIDER, wird im Oktober in die dritte Runde starten. Die Idee, Nachwuchswissenschaftler*innen der Erziehungswissenschaft, Ökonomie, Psychologie und Soziologie bei der Umsetzung interdisziplinärer Forschungsprojekte zu unterstützen, hat sich offensichtlich bewährt, seit 2013 verschiedene Institute der Leibniz-Gemeinschaft, die Jacobs Foundation und das Bundesministerium für Bildung und Forschung die erste Runde ausriefen. Wie lebendig der Austausch ist, hat zuletzt die Abschlusskonferenz der zweiten Kohorte gezeigt, die im April am WZB stattfand.

Denkmalliste

Am 16. April 2019 wurde das gesamte Gebäude des WZB, also Alt- und Neubau, in die Berliner Denkmalliste aufgenommen. Ein bürokratischer Akt, aber ein durchaus kunstsinniges Gutachten. Zitiert wird der Architekt Josef Paul Kleihues, der sich wiederum auf Colin Rowe bezog, der Architekten in Igel und Fuchs eingeteilt habe: „Der Fuchs weiß viele Dinge, aber der Igel weiß eine große Sache.“ Gemäß dieser Zoologie wäre der Vater des WZB-Neubaus, **James Stirling**, ein Fuchs, schreibt Kleihues: „Der Themenreichtum und die Sprachvielfalt beweisen sich im Werk Stirlings als deren zutiefst verwurzelter Charakter, welcher aufs Neue und einmal mehr in seinem Entwurf für den Neubau des Wissenschaftszentrums sich dokumentiert und der Berlin den Dialog zwischen Igel und Fuchs, zwischen Mies van der Rohe und Stirling vergönnt.“ Der Denkmalschutz-Status verbietet übrigens Veränderungen nicht per se – zum Glück, denn die Aufstockung des östlichsten Teils schreitet unübersehbar voran. Am 16. Mai wurde Richtfest gefeiert, froh und stolz, denn die Arbeiten liegen im Plan und sind bislang unfallfrei verlaufen.

Nachruf

Mit großer Dankbarkeit gedenkt das WZB seines langjährigen Kuratoriums-Vorsitzenden **Wolf-Michael Catenhusen**. Der Studienrat und SPD-Politiker war als zunächst parlamentarischer, später beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung quasi der Vertreter der großen Politik im Aufsichtsgremium des WZB (1998-2005). **Jürgen Kocka**, der ihn in seiner Zeit als Präsident des WZB im Amt erleben durfte, beschreibt ihn in persönlichen Erinnerungen als „progressiven Bildungsbürger“ mit großem Interesse an der Wissenschaft im

Allgemeinen und der Entwicklung des WZB im Besonderen. Akribisch vorbereitet sei dieser Vorsitzende stets gewesen, präsent und engagiert. Gleichzeitig habe er sich bei inhaltlichen Entscheidungen zurückgenommen. Auch den Vorsitz in zwei Findungskommissionen für die Präsidentschaft des WZB habe er abgelehnt – kein Zeichen des Desinteresses, sondern „der Selbst-Zurückhaltung der Politik gegenüber der Wissenschaft und ihrer Autonomie“. Kockas Bild des Sozialdemokraten Catenhusen lässt sich auch als spitzer Kommentar zur aktuellen Lage dieser Partei lesen: „Michael Catenhusen verkörperte eine nicht seltene Kontinuität zwischen kritischer 68er-Bewegung und aufsteigender SPD, die nicht nur die Interessen der Arbeiter vertrat, sondern auch ein Raum für gebildete, kritische, sich engagierende Bürger war – und eben aus dieser Verbindung ihre Stärke und Attraktivität gewann.“

Vorlese

Gerne erben wir eine Formulierung des kürzlich verstorbenen Satirikers Wiglaf Droste. Der hat den Rhythmus der Zeitschrift *Hauptling Eigener Herd*, die er mit dem Sternekoch Vincent Klink herausgab, beschrieben als „so vierteljährlich wie möglich“. Das gilt auch für diese Publikation. Durch die Vielzahl der Aktivitäten im Jubiläumsjahr sind wir etwas aus dem Tritt geraten. Das Sonderheft der WZB-Mitteilungen ist in den April gerutscht, und auch das vorliegende Juni-Heft verdient höchstens gerade so den Namen. Im September – oder sagen wir Herbst? – wird es um das Thema „Generationen“ gehen.

Was auf die Ohren

Mit von der Partie wird im nächsten Heft auch **Marcus Spittler** sein, unser Wahlforscher, der genau weiß, wie die Jugend tickt. Denn er arbeitet an der TUI-Jugendstudie mit: 8.000 16- bis 26-Jährige in 11 europäischen Ländern wurden hier befragt, zuletzt im Januar 2019. Am Tag zwei nach den Europawahlen vom 26. Mai lud **Ilyas Saliba** seinen Kollegen zum WZB Democracy Podcast ein. Der Gastgeber des Wissenschafts-Talks der Abteilung Demokratie und Demokratisierung wollte wissen: Haben etwa die jungen Leute die Wahl entschieden, mit einer starken Tendenz zu viel Grün und wenig Rechtspopulismus? Diesen Fortschrittsglauben bremste Marcus Spittler: Bei 4 Millionen Erstwähler*innen unter 65 Millionen Stimmfähigen in Deutschland sei die Gruppe doch zu klein, um einen „grünen Swing“ auslösen zu können. Und insgesamt zeichnet die TUI-Studie ein gemischtes Bild der jungen Generation. Eine gewisse Demokratieskepsis zeigt sich etwa in den hohen Zustimmungswerten, die die Frage erzielt, ob vielleicht lieber Experten

als Gewählte in bestimmten Sachfragen entscheiden sollten. Was schätzen Sie, welches Thema in Deutschland die meisten Jugendlichen mobilisiert? Was treibt quer durch Europa die Jugend um? Hören Sie mal rein und erfahren Sie dies und vieles mehr über die Jugend. Zu finden ist der Podcast, wie viele andere Folgen auch, unter democracy.blog.wzb.eu.

50 Jahre

Wenn Sie dieses Heft in Händen halten, wird der große Abend schon vorbei sein: Am 19. Juni feiert das WZB sein größtes Fest in diesem Jubiläumsjahr. „Europa – Mythos und Vision“ ist der Titel des Festakts, zu dem der Pierre Boulez Saal einlädt. Europa kann etwas Glanz gebrauchen in diesen Zeiten, wo die Fliehkräfte groß sind. Kunst und Wissenschaft können mit positiven Erzählungen an die wegweisende Kraft der europäischen Einigung erinnern und so Veränderungen anstoßen; das ist die erklärte Hoffnung hinter der interdisziplinären Veranstaltung. Highlights sind eine eigens zu diesem Anlass geschriebene Komposition von Jörg Widmann, interpretiert von Daniel Barenboim und dem Boulez Ensemble, sowie eine Installation des Künstlers Joe Ramirez. Auf goldene Scheiben werden Filme projiziert, die in Südeuropa gedreht wurden und auf poetische Weise von Sehnsucht, Heimkehr und europäischer Identität erzählen: „The Gold Projections: Vermilion“. Sprechen werden auch Bildungsministerin Anja Karliczek und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Das Kreuzberger Jugendkunst- und Kulturhaus S27 schließlich wird mit Filmen und einer Performance die Stimme der jüngsten Generation einbringen.

Vorbei ist das Jubiläumsjahr damit allerdings nicht. Im November lädt das WZB ans Reichpietschufer ein – zu einem internationalen Symposium, das dem Denken und Gedenken des WZB-Forschungsprofessors **Lord Ralf Dahrendorf** gewidmet ist, dessen Todestag sich zum zehnten Mal jährt.

WZB jetzt auf Instagram

Im WZB tut sich viel, heißt es im Vorspann zu jeder Nachlese. Vieles davon halten wir nicht nur hier, sondern auch auf Bildern fest. Ab sofort wollen wir die vielen Momente mit möglichst Vielen teilen. Zum 50. Geburtstag des WZB haben wir uns deshalb entschieden, dem Fotoklub alias Instagram beizutreten. Ganz nach dem (englischen) Motto: „Old dogs can learn new tricks after all.“ Wie wir uns dabei machen? Schauen Sie selbst: [instagram.com/wzb_berlin](https://www.instagram.com/wzb_berlin)

Meine Forschung ganz groß Think-Tank-Analyse „live on air“

Dieter Plehwe

Dienstag, 7. November 2017, später Abend. Zeit für *Die Anstalt*. Mit einem Glas Rotwein mache ich es mir auf dem Sofa gemütlich. Ich schätze diese politische Kabarettsendung im ZDF, die Unterhaltung mit Analyse verbindet. Heute allerdings fällt mir fast das Glas aus der Hand. Denn erklärt wird mir – meine eigene Forschung.

Seit Jahrzehnten untersuche ich die internationalen Netzwerke von Think-Tanks. Nicht selten sehen sich meine Kollegen und ich, die wir unsere Zeit mit der empirischen oder investigativen Untersuchung von neoliberalen und anderen Machteliten verbringen, dem Vorwurf ausgesetzt, wir seien Anhänger einer Verschwörungstheorie. Immer wieder wird damit der Versuch gemacht, von gravierenden Asymmetrien und manipulativen Techniken der professionellen und strategischen Einflussnahme abzulenken. Es handelt sich eben nicht um Verschwörungen, weil die entsprechenden Netzwerke sozialwissenschaftlich erforscht und mit geeigneten investigativen Methoden recherchiert werden können. Zum Beispiel deckte der Journalist Volker Lilienthal von *epd medien* auf, dass die Initiative für eine neue soziale Marktwirtschaft der Metall-Arbeitgeberverbände ihr Thema für 58.670 Euro in der Vorabendserie Marienhof platzierte. Eine solche verbotene Schleichwerbung wird auch von anderen Verbänden genutzt, zum Beispiel vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft und vom Verband der Arzneimittelhersteller.

Machteliten sind bei Charles Wright Mills die Führungskräfte von großen Organisationen im Staat, im Militär und in der Wirtschaft. Die Medien- und Wissenschaftslandschaft spielten bei Mills zum Zeitpunkt der Entstehung der Theorie in den 1950er-Jahren noch keine große Rolle. Die Erforschung von Think-Tank-Netzwerken stellt also eine theoretische Erweiterung der Machtelitentheorie dar: Zum einen können im Vergleich zu Großkonzernen eher kleine Organisationen wie Think-Tanks erstaunlich einflussreich werden, wenn sie in größeren Zusammenhängen koordiniert und gut vernetzt arbeiten. Zum anderen sind Machteliten und Einflussnahme nicht national beschränkt. Globale Netzwerke von Intellektuel-

len und Think-Tanks und deren Finanziern bilden eine transnationale Infrastruktur, über die eine Vielzahl von akademischen, medialen und gesellschaftlichen Diskursen und politischen Entscheidungsprozessen beeinflusst werden können. Mehr als 1.200 Mitglieder zählt die Mont Pèlerin Society (MPS) bisher. Der von Friedrich August von Hayek und anderen 1947 in Mont Pèlerin in der Schweiz gegründete Verein ist ein globaler Zusammenschluss von neoliberalen Wissenschaftlern, Think-Tank-Profis, Unternehmern, Politikern und Journalisten – eine Art neoliberale Internationale. Aktivitäten von Hunderten von Think-Tanks werden alleine unter dem Dach des Atlas Network weltweit zu einem gewissen Grad koordiniert. Die Unterlagen der Gesellschaft und der jährlichen Konferenzen auf regionaler oder globaler Ebene können nur in Kalifornien eingesehen werden, wo das Archiv der Hoover Institution an der Stanford University das Material bereitstellt. Neben dem Archiv der Mont Pèlerin Society finden sich dort die Nachlässe von wichtigen Mitgliedern wie Friedrich August von Hayek, Milton Friedman oder auch dem Kölner Ökonomen Günter Schmölders.

Gegenüber der Erfahrung, dass wissenschaftliche Arbeit manchmal erst nach Jahren öffentlich wirksam oder zumindest akademisch gewürdigt wird, wenn überhaupt, war das, was ich im November 2017 vom heimischen Sofa aus erleben durfte, ein warmer Regen, eine seltene Anerkennung. Schnell hatte ich verstanden, dass es bei der *Anstalt* an diesem Abend um mein Thema geht. Max Uthoff und Claus von Wagner erläutern an der Tafel, wie große deutsche Familienunternehmen und ihre Stiftungen über gesponserte Forschung und Medienpartner ein Narrativ zur Vermeidung der Erbschaftssteuer entwickeln: Jede Form der Besteuerung bedrohe Arbeitsplätze. Dann betreten die Mont Pèlerin Society und ihre Präsidentin (dargestellt von Sonja Kling) die Bühne. Für sie sind die dargestellten Lobby-Aktivitäten nur Peanuts, provozierend machen sie sich über dieses in ihren Augen provinzielle Netzwerk deutscher Politik lustig. Die Präsidentin klatscht in die Hände – und jetzt wankt mein Rotwein. Denn das riesige, drei mal drei Meter große Poster, das sich entrollt, zeigt ein Schau-

bild, auf dem die Mont Pèlerin Society und Hunderte von verbundenen Think-Tanks in einem globalen Netzwerk verzeichnet sind. „Das ist ein Netzwerk!“ Was da bei der Anstalt mal soeben von der Decke fällt, ist die Zusammenstellung aller MPS-nahen Think-Tanks weltweit, geordnet nach Gründungsdaten, das Ergebnis akribischer Forschungsarbeit – auch meiner Arbeit! – über mehrere Jahre. Was denn das Ziel der Mont Pèlerin Society sei, will Claus von Wagner wissen. „Hayek würde sagen, den Liberalismus als absolutes Prinzip sozialer Organisation durchsetzen“, doziert Kling. „Markt gut, Staat schlecht“, souffliert Kabarettist Michi Altinger als ein MPS-naher Unternehmer. Nils Heinrich als MPS-Professor präzisiert das Mantra: „Privatisierung, Steuersenkung, Sozialabbau“. „Deswegen finanziere ich als Unternehmer den ganzen Lobbybums, weil mir der Neoliberalismus taugt“, jubelt Geschäftsmann Michi.

In Deutschland waren es die Netzwerke neoliberaler Intellektueller, die Ludwig Erhards Truppen für eine neoliberal ausgerichtete kapitalistische Marktwirtschaft bildeten. Neben Hayek spielten der Präsident des Kieler Weltwirtschaftsinstituts Herbert Giersch und der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Otto Schlecht eine tragende Rolle. Im Fernsehsketch werden scheinbar mühelos die dreifachen, ineinander verschränkten Netzwerke von Professoren, Think-Tanks und Ideen zusammengespielt, deren Untersuchung zahlreiche Forscherinnen und Forscher seit vielen Jahren beschäftigen. Der Faktencheck der Sendung wird später zeigen, dass zur Vorbereitung auch meine eigene Arbeit herangezogen wurde.

Die humoristischen Qualitäten des politischen Kabarets haben große Wirkung: Direkt nach der Sendung gehen die Anfragen zur Mont Pèlerin Society auf einschlägigen Suchmaschinen im Internet steil nach oben. Den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie gemäß – es ist egal, ob gut oder schlecht, Hauptsache, es wird über mich geredet – bedankte sich ein neoliberaler Think-Tank bei der Anstalt für den Beitrag zur Popularisierung der Mont Pèlerin Society und ihrer Think-Tanks mit einer Schachtel Pralinen. Noch Monate später erfahre ich von Kolleginnen, dass sie dort zum ersten Mal von der Mont Pèlerin Society gehört haben. Ich bekomme Besuche von Studierenden, die sich auch an der Forschung über Think-Tanks und deren Einflussnahme beteiligen wollen. Danke schön! Aus dem Kreis des Fanclubs der Anstalt hat sich darüber hinaus eine Social-Media-Gruppe „Mont Pèlerin Society – Nein Danke“ konstituiert, die das Thema weiterverfolgt. Vielleicht könnte sich von dort ein Netzwerk bilden, das dafür sorgt, dass wenigstens die Finanzierung von Think-Tanks

und Stiftungen in Deutschland und Europa so transparent gestaltet wird, dass wir regelmäßig und mehr über die Mäzene der Stiftung Marktwirtschaft oder des Centrums für europäische Politik (CEP) in Freiburg erfahren können und nicht mehr spekulieren müssen, wer dahinter steckt. Apropos Stiftung Marktwirtschaft und CEP: Wer wissen will, wie man hervorragende Think-Tank-Arbeit in Deutschland macht, der sollte sich mit diesen neoliberalen Spitzeninstituten mal ein bisschen genauer beschäftigen. Kommt ein Vorstoß zur Verbesserung der staatlichen Rente, wird über die Stiftung Marktwirtschaft (Professor Raffelhüschen) umgehend die vermeintliche Gegenexpertise mobilisiert. Steht alles am folgenden Tag in der Presse. Gegenrede von linken Think-Tanks? Fehlanzeige.

Die unerwartete Öffentlichkeit für unsere Arbeit an jenem Novemberabend war nicht nur eine schöne Genugtuung für ein paar Forscher-Egos. Der Moment der großen Bühne unterstützt uns auch in dem, was wir mit unserer Arbeit erreichen wollen: Denn Netzwerke und deren Macht bleiben genau solange versteckt und damit ohne Kontrolle, wie sie nicht untersucht werden. Es ist also im Interesse all jener, die nichts zu verbergen haben, zum Gegenstand der Diskussion, der vergleichenden Forschung und des politischen Kabarets zu werden, damit sie nicht in den Ruf der Verschwörung geraten.

Dies ist eine überarbeitete Fassung des Beitrags von Dieter Plehwe: „Privatisierung, Steuersenkung, Sozialstaatsabbau: Das Netzwerk der Mont Pèlerin Society“. In: Dietrich Krauß (Hg.): Die Rache des Mainstreams an sich selbst. 5 Jahre Die Anstalt. Frankfurt/Main: Westend Verlag 2019, S. 154–163.



Dieter Plehwe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung. Er befasst sich vor allem mit Neoliberalismus, politischer Ökonomie und der Entwicklung des transnationalen Kapitalismus in seinen Varianten. (Foto: David Ausserhofer)

dieter.plehwe@wzb.eu



Ein Stuhl, ein farbiger Hintergrund, dazu viele Lampen und Kameras. Ein mobiles Studio reist an Orte, die bedeutsam sind für Forschungszweige am WZB: in den Hörsaal, ins Abgeordnetenhaus, ins Experimentallabor, ins Bürgeramt. Für eine neue Serie dreiminütiger Filme stellen WZB-Medienreferentin Gabriele Kammerer und Filmemacher Vladimir Bondarenko Fragen, die nicht unbedingt kurz und bündig zu beantworten sind: Wie beeinflusst die soziale Herkunft Bildungschancen? Warum neigen Gründer*innen dazu, den Markt zu positiv einzuschätzen? Welche Verbesserungen könnten Ämter bei der Vergabe von Terminen einführen? Zu den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich dieser Herausforderung stellen, gehören Bildungsforscherin Claudia Finger und der Ökonom Rustam Hakimov. Zu sehen sind die Filme demnächst auf unserer Website.